



Landtag von Baden-Württemberg

82. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 17. Dezember 2009 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr

Schluss: 12:59 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5927	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt in Baden-Württemberg (DLR-Gesetz BW) – Drucksache 14/5516	
Verabschiedung und Würdigung der Abg. Birgit Kipfer	5927	Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 14/5605.	5934
Umbesetzung im Finanzausschuss	5927	Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU.	5934
1. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – StHG 2010/11) – Drucksache 14/5600		Abg. Dr. Rainer Prewo SPD.	5935
Haushaltsrede des Finanzministers	5928	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE.	5936
Minister Willi Stächele.	5928	Abg. Beate Fauser FDP/DVP.	5936
2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesrichtergesetzes – Drucksache 14/5445		Minister Ernst Pfister	5937
Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 14/5499.	5933	Beschluss	5938
Beschluss	5933	5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg – Drucksache 14/5578.	5939
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (INSPIRE) sowie zur Änderung bodenschutzrechtlicher, wasserrechtlicher und abfallrechtlicher Vorschriften – Drucksache 14/5421		Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU.	5940
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft – Drucksache 14/5603.	5933	Abg. Reinhold Gall SPD	5940
Beschluss	5934	Abg. Theresia Bauer GRÜNE	5941
		Abg. Hagen Kluck FDP/DVP	5942
		Beschluss	5943
		6. Beschlussempfehlungen und Berichte des Finanzausschusses zu den Mitteilungen des Rechnungshofs vom 24. Juni 2009 – Denkschrift 2009 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2007 – Drucksachen 14/4700, 14/4701 bis 14/4727 und 14/5301 bis 14/5327.	5943
		Abg. Ingo Rust SPD.	5943
		Abg. Ursula Lazarus CDU.	5944

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE	5945	12. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 5. Oktober 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2004 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2002 – Beitrag Nr. 5: Einheitliches Personalverwaltungssystem und Führungsinformationssystem Personal – Drucksachen 14/5262, 14/5511	5964
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	5946	Beschluss	5964
Staatssekretär Gundolf Fleischer	5947		
Beschluss	5949		
7. Antrag der Fraktion der SPD – Verlängerung der geförderten Altersteilzeit – Drucksache 14/5560		13. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. September 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2006 – Beitrag Nr. 22: Gastprofessuren an den Hochschulen des Landes – Drucksachen 14/5167, 14/5512.	5964
– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO	5949	Beschluss	5964
Abg. Rudolf Hausmann SPD	5949, 5955		
Abg. Guido Wolf CDU	5950		
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	5951	14. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 7. September 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2006 – Beitrag Nr. 14: Förderung öffentlicher Tourismuseinrichtungen – Drucksachen 14/5080, 14/5513.	5964
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	5952	Beschluss	5964
Ministerin Dr. Monika Stolz	5954		
Beschluss	5956		
8. Große Anfrage der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Volksrepublik China als Wirtschaftspartner Baden-Württembergs – Drucksache 14/3946.	5956	15. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. August 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Staatshaushaltsplan 2009 – Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium – Drucksachen 14/5008, 14/5514.	5964
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	5956	Beschluss	5964
Abg. Dr. Rainer Prewo SPD	5958		
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	5959	Nächste Sitzung	5964
Abg. Beate Fauser FDP/DVP	5960		
Staatssekretär Richard Drautz	5962	Anlage 1	
		Einnahmen nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2010/11	5965
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 27. August 2009 – Beratende Äußerung zur Neuausrichtung der Organisation der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) in der Landesverwaltung – Drucksachen 14/5032, 14/5503	5963	Anlage 2	
Beschluss	5963	Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2010/11	5966
10. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 22. Oktober 2009 – Beratende Äußerung zu Ansätzen für ein optimiertes Erhaltungsmangement bei Landesstraßen – Drucksachen 14/5300, 14/5504	5964	Anlage 3	
Beschluss	5964	Die Einzelpläne nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2010/11.	5967
11. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. September 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2006 – Beitrag Nr. 5: Festsetzung der Versorgungsbezüge – Drucksachen 14/5044, 14/5510	5964		
Beschluss	5964		

Anlage 4 Entwicklung der Einnahmen des Landes 2002 bis 2011	5968	Anlage 9 Personalstellen nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2010/11.	5973
Anlage 5 Entwicklung der Personalausgabenquote, der Zinsquote und der Kreditfinanzierungsquote 1999 bis 2011 .	5969	Anlage 10 Finanzausgleich unter den Ländern 1998 bis 2008. . . .	5974
Anlage 6 Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2010/11 aufgeteilt nach Zwangsläufigkeiten	5970	Anlage 11 Steuereinnahmen des Landes vor und nach dem Finanzausgleich unter den Ländern im Vergleich mit den durchschnittlichen Steuereinnahmen der Länder 1998 bis 2008	5975
Anlage 7 Steuereinnahmen und die davon abhängigen Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2010/11	5971	Anlage 12 Ausgaben des Landes für Leistungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände 2004 bis 2011	5976
Anlage 8 Personalausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2010/11 nach Aufgabenbereichen	5972	Anlage 13 Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzung im Finanzausschuss	5977

Protokoll

über die 82. Sitzung vom 17. Dezember 2009

Beginn: 9:34 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 82. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Queitsch und Herrn Abg. Dr. Schmid erteilt.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Dr. Arnold und Frau Abg. Dr. Unold.

Aus dienstlichen Gründen hat sich Herr Minister Professor Dr. Reinhart entschuldigt.

Dienstlich verhindert sind Frau Ministerin Gönner und Herr Minister Professor Dr. Frankenber.

Meine Damen und Herren, unsere Kollegin, Frau Abg. Birgit Kipfer, hat mir mitgeteilt, dass sie ihr Landtagsmandat mit Ablauf des 31. Dezember 2009 niederlegen wird.

Frau Kollegin Kipfer gehörte dem Landtag seit April 1988 als Mitglied an, also mehr als 21 Jahre. Von 1992 bis 2001 war sie stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion.

Sie wirkte in vielen Ausschüssen erfolgreich mit, so z. B. zu Beginn ihrer Tätigkeit als Abgeordnete im Umweltausschuss und im Ausschuss für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst und bis zu ihrem Ausscheiden im Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft sowie im Ständigen Ausschuss.

Zeitweise war Frau Kollegin Kipfer auch Mitglied des Landtagspräsidiums.

In der 12. Wahlperiode arbeitete sie in der Enquetekommission „Rundfunk-Neuordnung“ und im Untersuchungsausschuss „Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände“ mit.

Im Jahr 2009 gehörte sie auch dem Sonderausschuss „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“ an.

Im Rundfunkrat des SWR wirkt Frau Kollegin Kipfer, die auch medienpolitische Sprecherin ihrer Fraktion und stellvertretende Vorsitzende des Landesrundfunkrats Baden-Württemberg ist, schon seit 1997 mit.

Frau Kollegin Kipfer brachte in ihre parlamentarische Arbeit großen Sachverstand ein und nahm ihre Tätigkeit im Wahlkreis ebenfalls sehr intensiv wahr.

Ich danke Frau Birgit Kipfer namens des ganzen Hauses für ihr Engagement als Abgeordnete und wünsche ihr für die Zukunft alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion GRÜNE für eine Umbesetzung im Finanzausschuss (*Anlage 13*). Ich stelle fest, dass Sie dieser Umbesetzung zustimmen. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen ebenfalls vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 1. Dezember 2009 – 29. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz in Baden-Württemberg 2008/2009 – Drucksache 14/5500

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 10. Dezember 2009 – Berechnungen über die Kosten des öffentlichen Schulwesens durch die Landesregierung nach § 18 a des Privatschulgesetzes – Drucksache 14/5590

Überweisung an den Finanzausschuss und federführend an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport

3. Mitteilung der Landesregierung vom 15. Dezember 2009 – 43. Landesjugendplan für die Haushaltsjahre 2010/2011 – Drucksache 14/5609

Überweisung an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport, soweit der Epl. 04 berührt ist, und an den Sozialausschuss, soweit der Epl. 09 berührt ist, und insgesamt federführend an den Finanzausschuss

4. Mitteilung der Landesregierung vom 15. Dezember 2009 – 21. Landessportplan für die Haushaltsjahre 2010/2011 – Drucksache 14/5610

Überweisung an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport und federführend an den Finanzausschuss

5. Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 16. Dezember 2009 – Wohnungsbau 2010/2011 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung – Drucksache 14/5611

Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und federführend an den Finanzausschuss

(Präsident Peter Straub)

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – StHG 2010/11) – Drucksache 14/5600

Haushaltsrede des Finanzministers

Ich erteile Herrn Finanzminister Stächele das Wort.

Finanzminister Willi Stächele: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Baden-Württemberg ist eines der wichtigsten Länder in Deutschland. Wenn Baden-Württemberg unabhängig wäre ..., dann wäre es vermutlich die achtgrößte Volkswirtschaft in Europa. Größer als die meisten unserer Mitgliedsstaaten, größer als die Wirtschaften vieler anderer Länder. Die kämen schon fast in die G 8, so eine wichtige Volkswirtschaft ist das.

(Abg. Wolfgang Drexler und Abg. Thomas Knapp SPD: Dann sollten wir es beantragen!)

So Präsident Barroso vor wenigen Tagen.

Sein hervorragendes Lob gilt einer Region in Europa, die nur 2 % der Bevölkerung stellt und deren Anteil an der Gesamtfläche um die 8 Promille beträgt. Aber – das darf uns mit Stolz erfüllen – unser Land spielt schon für sich genommen in der Champions League. Das hat mit der Einsatzbereitschaft unserer Bürgerinnen und Bürger, mit unseren tatkräftigen Unternehmen, aber auch mit den richtigen politischen Entscheidungen und zielgerichteten Staatsausgaben zu tun.

Bildung, Forschung, innere Sicherheit und Infrastruktur waren schon immer Schwerpunkte.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ha, ha, ha! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Feuerwehr!)

Nicht ohne Grund kam gerade dieser Tage die Meldung, Herr Schmiedel, dass wir bei der Forschungsintensität wiederum eine Steigerung zu verzeichnen haben. Wir haben einen weltweit sagenhaften Quotienten von 4,4 % des Bruttosozialprodukts erreicht. Wir lassen somit nicht nur alle anderen Bundesländer, sondern auch große Industrienationen wie die USA oder Japan hinter uns.

All dies wurde dank ständig wachsender Steuereinnahmen, aber zugegebenermaßen auch mit neuen Schulden erreicht.

Die überfällige Kehrtwende zum konsolidierten Haushalt haben wir erst unter der Führung unseres Ministerpräsidenten Oettinger geschafft und sind sowohl im Jahr 2008 als auch – das kann ich sagen – im Jahr 2009 ohne neue Schulden geblieben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Bis dann der Tag von Lehman Brothers kam und die Finanz-, die Banken- und die Wirtschaftskrise unerbittlich auch Westeuropa erfassten. Jetzt sind die Einnahmen in den tiefsten Keller gerutscht. Die Konjunkturbeobachter gehen davon aus, dass im Jahr 2009 das Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg um 8 % zurückgeht und, wie wir wissen, der Rückgang bei uns als einem Exportland deutlich stärker ausfällt als im Durchschnitt des Bundesgebiets, wo man mit etwa 4 bis 5 % zu rechnen hat.

Das hat Auswirkungen auf die Steuereinnahmen. Nach der Steuerschätzung vom November können wir nun für das Jahr 2009 mit Steuereinnahmen in Höhe von 24,8 Milliarden € rechnen. Das sind gemessen an dem, was wir als Zweiten Nachtrag 2009 beschlossen haben, 775 Millionen € weitere Mindereinnahmen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr – es ist wichtig, auch das zu wissen – beträgt 3,2 Milliarden € bzw. 11,4 %. Das ist in der Nachkriegsgeschichte unseres Landes noch nie da gewesen.

An sich gibt es in einer solchen Situation drei Möglichkeiten. Radikale Ausgabesenkungen sind die erste Möglichkeit. Dies, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen – darüber sind wir uns im Klaren –, würde unserer angeschlagenen Wirtschaft erheblich schaden.

Die zweite Möglichkeit: Gleiches würde gelten, wenn man versuchen würde, die Einnahmen über Steuererhöhungen zu steigern. Tausende Arbeitsplätze könnten dadurch vernichtet werden. Genau das wollen wir allerdings verhindern. Das ist ein gemeinsames Anliegen dieses Parlaments.

Deshalb bleibt uns nolens volens nur der dritte Weg, der da heißt: eine vorübergehende, zeitlich begrenzte, verantwortbare Neuverschuldung. Aber umso mehr gilt es in diesem Haushalt nicht nur, wie wir früher sagten, das Notwendige, Machbare vom Wünschenswerten zu unterscheiden, sondern auch bei jeder Ausgabestelle genau zu prüfen, ob sie der Förderung der Konjunktur und damit der Sicherung der Arbeitsplätze dient.

Wie sehen die Rahmenbedingungen für die weiteren Monate aus? Die Talsohle scheint erreicht. Dies untermauern alle Umfragen der namhaften Wirtschaftsverbände und Forschungsinstitute. Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt seit einigen Monaten nach oben. Auch die Exporte ziehen wieder an, wengleich im Anschluss an ein ganz tiefes Niveau. Die Konjunkturindikatoren signalisieren überwiegend positive Geschäftserwartungen. Die Bundesregierung ging zum Zeitpunkt der November-Steuerschätzung für 2010 von einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 1,2 % aus. Die Sachverständigen erwarten 1,6 %. Dieser Tage gehen manche Institute – wohl nicht ganz unrealistisch – davon aus, dass wir 1,9 % erreichen können.

Trotzdem sage ich: Es ist viel zu früh für eine Entwarnung. Wir sind noch nicht über den Berg. Der konjunkturelle Aufschwung ist noch nicht gefestigt. Bei realistisch erwartbaren wirtschaftlichen Entwicklungen werden wir aus heutiger Sicht auch dann, wenn man ganz zuversichtlich ist, dennoch erst etwa im Jahr 2013 wieder das Niveau der Wirtschaftsleistung und der Steuereinnahmen des Jahres 2008 erwarten dürfen.

Für die Steuereinnahmen gilt – das ist wichtig für uns, die wir über die Ausgaben zu entscheiden haben –: Sie werden sich

(Minister Willi Stächele)

natürlich erst zeitlich versetzt erholen. Das Delta zwischen den Ausgaben und den Einnahmen bleibt lange, sogar sehr lange bestehen. Dieses Delta wird uns noch gewaltig zu schaffen machen. Es kann – so hoffen wir alle – durch sich selbst tragendes Wachstum reduziert werden. Aber – das ist die zweite Botschaft – es muss daneben auch reduziert werden – dazu sind wir verpflichtet – durch Haushaltskonsolidierung, durch Schuldenabbau und durch Vorbereitung auf die Schuldenbremse, die wir nach dem Grundgesetz einzuhalten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Es ist erfreulich, dass internationale Beobachter nicht nur unsere Arbeitsmarktpolitik loben, sondern auch das rasche und gezielte Gegensteuern über die beiden Konjunkturprogramme. Das ist eine Chance, der Realwirtschaft zu helfen und zugleich auch eine Grundlage für neuen Aufschwung zu bieten.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Unternehmen und öffentlichen Stellen im Land danken, die zu einer vorbildlichen Umsetzung der Konjunkturprogramme in Baden-Württemberg – vorbildlich unter allen Bundesländern – beigetragen haben. Immerhin werden im Rahmen beider Konjunkturprogramme mehr als 5 600 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von ungefähr 2,4 Milliarden € umgesetzt. Baden-Württemberg kommt bei der Umsetzung von ZIP und LIP planmäßig und zügig voran und wird auch in den Jahren 2010/2011 die Realisierung beider Programme erfolgreich fortsetzen.

Aber auch für das Jahr 2010 rechnen wir trotz eines zu erwartenden leichten Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Leistung mit einem erneuten Steuerrückgang. Die Bruttosteueereinnahmen werden sich nach der aktuellen Steuerschätzung auf 23,4 Milliarden € belaufen und damit um 5,7 % unter dem ohnehin schon niedrigen Ergebnis für das Jahr 2009 liegen. Die Nettosteueereinnahmen werden danach etwa 18,6 Milliarden € betragen; das sind 2,3 % weniger, als für das Jahr 2009 erwartet. Die Steuerdeckungsquote – eine ganz wichtige Zahl – des Haushalts 2010 liegt nach jetziger Einschätzung und Vorhersage nur noch bei historisch niedrigen 67 % gegenüber etwa 81 % im Jahr 2008. Das ist der niedrigste Wert der Steuerdeckungsquote seit 35 Jahren. Die Differenz von 14 Prozentpunkten entspricht rund 4,9 Milliarden €, die uns jetzt fehlen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wieso muss man dann noch Steuern senken?)

Meine Damen und Herren, für das Jahr 2011 können wir mit Steuereinnahmen von brutto 23,8 Milliarden € rechnen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sind da die Steuersenkungspläne schon eingerechnet?)

Das sind zwar 1,8 % mehr als im Jahr 2010, aber unter Berücksichtigung der Ausgleichssysteme bleiben nur 1,2 % mehr. Dabei muss man jedoch auch wissen: Man geht von dem Tiefststand des Jahres 2010 aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind einige der Rahmendaten

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sind da die Steuersenkungspläne schon eingerechnet?)

– dazu komme ich gleich, Herr Kretschmann; nur Geduld – für den Staatshaushaltsplanentwurf 2010/2011, den ich Ihnen heute vorlege. Kurz gesagt: Wir stehen vor einer Finanzwirklichkeit, die uns alle gewaltig herausfordert.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Spielen Sie jetzt in der Champions League der Schuldenmacher?)

– Noch lange nicht. Auch darauf komme ich gleich zu sprechen, Herr Kretschmann. Ein bisschen Geduld! Es kann nicht alles auf einmal hier vorgetragen werden.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das deutete sich schon an! Ich weiß genau, was jetzt kommt! Nichts Gutes!)

Der Haushalt 2010/2011 ist ein Konjunkturhaushalt; er muss sogar ein Konjunkturhaushalt sein. Er stellt eine Reaktion auf die mit Abstand stärkste Rezession der Nachkriegsgeschichte dar. Wir müssen nach zwei Jahren ohne neue Schulden jetzt wieder an den Kapitalmarkt. Meine Damen und Herren, das ist alternativlos. Aber die neuverschuldungsfreien Jahre 2008 und 2009 haben im Lichte dieser Entwicklung noch mehr Bedeutung und Entlastungswirkung, als bisher angenommen wurde.

Zu Recht haben wir zur Aufstellung des Haushaltsentwurfs die Steuerschätzung im November abgewartet. Dadurch konnten wir dem Entwurf auch im Interesse der Beratung im Parlament viel mehr Solidität geben. Die parlamentarische Beratung erfolgt damit auf der Grundlage höchstmöglicher Aktualität und Klarheit.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das stimmt doch nicht! Die Regierungsbeschlüsse sind doch gar nicht drin!)

Dennoch – das ist ganz wichtig, weil das Lamento immer zu hören war – beginnen wir mit der Beratung im Dezember, wie in all den vergangenen Jahren auch.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Schon das entspricht nicht der Verfassung!)

Herr Kollege Kretschmann, jetzt zu Ihrer Frage: Berlin wird uns weitere Veränderungen bescheren.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Was heißt „Berlin“? CDU und FDP/DVP hier! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Entschuldigung, mit Berlin sind Deutscher Bundestag und Bundesrat gemeint. Die sind noch immer in Berlin, wie ich weiß.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ja, klar! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie bringen das! Nicht Berlin! Ihr schwarz-gelber Haufen! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Na, na, na!)

Die Eckdaten des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes sind bekannt.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Aber bis in die heutigen Abendstunden wird verhandelt.

(Oh-Rufe von der SPD und den Grünen)

(Minister Willi Stächele)

Kolleginnen und Kollegen, ich verschweige nicht, dass dieses Gesetz nach dem jetzigen Stand zu Mehrausgaben in Höhe von 170 Millionen € für das Jahr 2010 und zu Mehrausgaben in Höhe von 270 Millionen € für das Jahr 2011 führen wird. Diese Mehrausgaben müssen im Zuge des parlamentarischen Verfahrens in diesen Haushalt eingearbeitet werden. Das ist ein offenes Geheimnis, um das es keine Deutung geben kann.

(Lachen des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE – Unruhe)

Sobald dann Endgültiges feststeht, werden wir im Zuge des weiteren parlamentarischen Verfahrens diese Zahlen in den Haushaltsentwurf einarbeiten. Da dürfen Sie auch der Fantasie keine Grenzen setzen, egal, von wem die Vorschläge kommen. Ich habe gehört, dass sich unser Koalitionspartner neuerlich Gedanken darüber macht, wie man dies abdecken kann. Sie sollten den Koalitionspartner nicht unterschätzen. Bis zum Dreikönigstreffen ist noch immer ein Joker drin.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie sollten ihn aber auch nicht überschätzen! – Unruhe bei der SPD und den Grünen)

Ich habe den Eindruck, dass sich die Opposition ein bisschen mehr mit diesen Zahlen befassen müsste. Denn die SPD spricht einmal von 670 Millionen €, die an Mehrausgaben auf uns zukommen würden, ein anderes Mal sind es 1,2 Milliarden €. Ich sage Ihnen hier und heute: Wir können davon ausgehen, dass es 170 Millionen € für das Jahr 2010 und 270 Millionen € für das Jahr 2011 sein werden. Wir rechnen mit maximal 500 Millionen € für diese beiden Haushaltsjahre.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es ist gar nicht alles beschlossen, was Sie vortragen!)

Dies werden wir zum entsprechenden Zeitpunkt mit entsprechender Klarheit in den Haushalt einarbeiten.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, wichtig ist auch, dass wir trotz der gesamtwirtschaftlich schwierigen Situation und der gravierenden Folgen für den Landeshaushalt die erforderliche Neuverschuldung für das Jahr 2010 in Höhe von 2,6 Milliarden € im vorgelegten Entwurf unterhalb der Summe der im Haushalt veranschlagten Ausgaben für Investitionen halten. Das ist ein Verfassungsgebot. Ähnliches gilt für das Jahr 2011 – die Zahlen sind genannt –: Nach dem Entwurf gibt es im Jahr 2011 eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 2 Milliarden €; dagegen gibt es ein Investitionsvolumen in Höhe von 2,4 Milliarden €. Das heißt, auch der Entwurf für das Jahr 2011 ist verfassungsgemäß. Damit wird Artikel 84 der Landesverfassung eingehalten, ohne dass wir die Ausnahmetatbestände bemühen müssten.

Ich kann Ihnen allerdings sagen: Wann sonst wäre es angebracht und zulässig, aufgrund einer „erschütterten“ gesamtwirtschaftlichen Situation von den Ausnahmetatbeständen Gebrauch zu machen, wenn nicht in dieser Zeit? Trotzdem bemühen wir uns, diese Vorgabe der Verfassung einzuhalten. Mit dem Entwurf ist uns dies gelungen.

Wir haben uns ferner strenge Vorgaben in der Landeshaushaltsordnung gegeben. Wir haben im Jahr 2007 in § 18 der

Landeshaushaltsordnung eine Schuldenbegrenzungsregelung aufgenommen. Wir halten auch diese ein. Wann, wenn nicht jetzt, in dieser großen und größten Rezession der Nachkriegsgeschichte, ist der dort beschriebene Ausnahmetatbestand gegeben? Trotzdem halten wir diese Regel ein. Wir bleiben bei dem, was dort geboten ist. Obwohl der Rückgang der Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr deutlich mehr als 1 % beträgt – das ist die Maßgabe, über die hinausgehend der Ausnahmetatbestand begründet ist –, bleiben wir im Rahmen der von uns gelegten Vorgaben der Landeshaushaltsordnung.

Natürlich muss auch bei diesem Haushalt entschieden werden, worauf wir unsere Kräfte konzentrieren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt! – Unruhe)

Ich habe dazu in den letzten Tagen eine Vielzahl von Vorschlägen lesen dürfen. So erinnerte vor einigen Tagen – Sie haben es auch gelesen – seine Exzellenz, Herr Erzbischof Zollitsch, daran, mehr für die Privatschulförderung zu tun.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Bravo! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da hat er recht!)

– Sie dürfen bei den jeweiligen Vorschlägen klatschen, wenn Sie jeweils einen Sparvorschlag mit einbringen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich will das nur einmal ansprechen, weil das öffentliche Meinungen sind, und zwar öffentliche Meinungen, die auch wirken. Der Herr Bundespräsident hat gesagt, wir sollten

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vorsicht!)

mehr für unsere „verlotterten Hochschulräume“ tun.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Herr Professor Dr. Franz, Präsident des ZEW und Vorsitzender des Sachverständigenrats, betont, dass man mehr für Aus- und Weiterbildung tun sollte. Schließlich weist der Präsident des Landesrechnungshofs auf einen Nachholbedarf bei der Sanierung von Landesstraßen hin. Dies tut auch die SPD.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich bin offen für alle Vorschläge, egal, von wem sie kommen, ob von Hochrangigen oder von Niederrangigen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Bei der SPD ist es niederrangig!)

Aber gleichzeitig bitte ich um ein paar Gedanken zur Gegenfinanzierung im Haushalt. Dies ist ebenfalls angebracht. Ich bin übrigens auch offen für Sparvorschläge, die außerhalb des Landes Baden-Württemberg gemacht werden.

Meine Damen und Herren, Finanzpolitik – das hat schon Manfred Rommel gesagt – ist eine Auseinandersetzung zwischen jenen Leuten, die 1 € haben und 2 € ausgeben wollen, und jenen anderen, die wissen, dass das nicht geht. Manfred Rommel hat recht.

(Minister Willi Stächele)

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Die Frage ist nur, zu welchen Sie gehören!)

Da wir die begrenzten Mittel aber nur einmal ausgeben können, setzen wir auch in diesem Haushalt gezielte Schwerpunkte.

Erstens: Die von der Landesregierung im Jahr 2008 zugesagte Qualitätsoffensive Bildung führen wir ohne jeden Abstrich weiter.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Bis einschließlich 2012 sind dies zusätzliche Bildungsausgaben in Höhe von 528 Millionen € neben dem regulären Etat, Herr Kollege Rau, in Höhe von 8 Milliarden €. Dies sind zusätzliche Ausgaben, die trotz einer schwierigsten Zeit für die Bildung aktiviert werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Toll!)

Trotz anhaltend rückläufiger Schülerzahlen sind in beiden Haushaltsjahren jeweils zusätzliche Personal- und Sachmittel im Wert von über 1 000 Lehrerdeputaten im Haushalt veranschlagt. Damit werden wir in erster Linie den Klassenteiler – wie geplant – weiter absenken, damit unsere seit Jahren hervorragende Schüler-Lehrer-Relation nochmals deutlich verbessert werden kann.

Zusätzliche Ausgaben gibt es aber nicht nur im öffentlichen Schulwesen. Für die Privatschulförderung schafft der Haushaltsentwurf die finanzielle Ermächtigung, den Kostendeckungsgrad für das Schuljahr 2010/2011 wieder auf einen Mindestsatz von 70,5 % zu bringen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: 80 %! – Abg. Norbert Zeller SPD: Wann kommen die 80 %?)

Insgesamt haben wir für die Privatschulen 80 Millionen € mehr eingeplant. Was auch wichtig ist – das sage ich für all diejenigen, die im Moment schreiben –: Wir haben seit dem Jahr 2003 eine Steigerung um 257 Millionen € geschafft. Das sind 54 %. Auch das gehört zur öffentlichen Diskussion, die derzeit mittels Postkarten geführt wird.

(Zuruf des Abg. Christoph Bayer SPD – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Weil sie halt mehr Schüler haben! Das ist der Grund! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Zweitens: Der Werterhalt und die Modernisierung der landeseigenen Gebäude, insbesondere nach energetischen Standards, bleiben einige der wichtigen Ziele der Landesregierung. Dafür sind 315 Millionen € vorgesehen.

Der Ausbau der Universitäten, Universitätskliniken und Hochschulen stellt mit 160 Millionen € einen weiteren Investitionsschwerpunkt dar. Wir bereiten damit den Boden für zukunftsorientierte Forschungsfelder und Schlüsseltechnologien und sichern damit die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Baden-Württemberg. Wir sichern Arbeitsplätze für unsere Kinder.

Drittens: Dieser Doppelhaushalt ist ein klares Bekenntnis zu einer starken und leistungsfähigen Polizei. Wir haben zu Beginn der Legislaturperiode 1 400 Hebungen im mittleren Dienst versprochen. Wir haben auch zugesagt, bis zum Jahr 2011 den Anteil des gehobenen Dienstes auf 55 % zu erhöhen. Beides werden wir mit diesem Doppelhaushalt erreichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Gleichzeitig führen wir den Einstellungskorridor für die Polizei fort. Das heißt, dass auch für die Jahre 2010 und 2011 jeweils 800 Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Wir stellen damit mehr Anwärter ein, als wir für den Ersatz ausscheidender Beamter benötigen. Das ist ein wichtiger Beitrag mit Blick auf die Altersstruktur und ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Polizei.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Wie kann man aus einer Reduzierung eine Stärke machen? Das möchte ich wissen!)

Viertens: Baden-Württemberg ist und bleibt auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Auch in finanziell schwieriger Zeit ist es unsere Aufgabe, die Infrastruktur zu erhalten und zu verbessern. Dieser Aufgabe stellen wir uns.

Stuttgart 21 und die Neubaustrecke von Stuttgart nach Ulm sind in den Haushalt eingeplant. Dazu wollen wir uns bekennen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber wohl nicht mit den Kostensteigerungen!)

Das ist ein klares und eindeutiges Bekenntnis zu diesem Zukunftsprojekt. Es handelt sich um ein Superkonjunkturprogramm. Mit 60 Millionen € des Landes im Jahr 2010 und 90 Millionen € im Jahr 2011 befördern wir die ersten Aufträge zur hoffentlich baldigen baulichen Umsetzung des Projekts.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Schließlich im Blick auf die Anträge, die auch von der SPD veröffentlicht wurden: Die Mittel für den Landesstraßenbau haben wir gegenüber dem Jahr 2009 weiter aufgestockt. Die Erhaltung wird in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt sein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ein Schlagloch nach dem anderen!)

– Lieber Herr Schmiedel, Sie rennen bei uns wirklich offene Türen ein. Zu Ihnen für Ihre Rede nur ein ganz kurzer Satz: Für die Jahre 2010 und 2011 stehen in wirtschaftlich schwierigster Zeit insgesamt 310 Millionen € zur Verfügung.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Thomas Knapp SPD: Gibt es keinen Beifall? Was ist los?)

– Den Beifall heben wir uns bis zum Schluss auf, aber dann kräftig.

Fünftens: Wissenschaft und Forschung. Den Solidarpakt II für unsere bundesweit führende Hochschullandschaft führen wir

(Minister Willi Stächele)

ohne Abstriche fort. Auch das muss einmal gerade denen gesagt werden, die dies gern – das ist gut und sinnvoll – in Anspruch nehmen. Ohne Abstriche wird dieser Solidarpakt fortgeführt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ein einziger Abstrich, der Solidarpakt!)

Mit dem Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ gewährleistet die Landesregierung die Schaffung von 16 000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen. Dafür stehen weitere 113 Millionen € im Jahr 2010 und weitere 120 Millionen € im Jahr 2011 zur Verfügung. Auch das ist ein Kraftakt, zu dem wir uns bekennen, und zwar im Interesse des Wissenschaftsstandorts Baden-Württemberg und der Zukunft unseres Landes und seiner Kinder.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ergänzend wird die Landesregierung außerdem mit einer Landesinitiative Elektromobilität den Technologie- und Strukturwandel im Fahrzeugbau weiter aktiv begleiten und unterstützen.

Sechstens: In guter Tradition haben Land und Kommunen in den letzten Wochen ihre Finanzbeziehungen besprochen. In partnerschaftlicher Atmosphäre – das muss man in dieser schwierigen Zeit, in der auch Interessen aufeinanderprallen, erwähnen – haben wir uns darauf verständigt, die bis zum Jahr 2010 vereinbarte Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen um ein Jahr bis zum Jahr 2011 fortzusetzen. Dadurch wird der Haushalt im Jahr 2011 um 405 Millionen € entlastet. Auch dafür einmal Anerkennung, Respekt und Dank an die kommunalen Landesverbände.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Teil der Vereinbarung war auch die Verbesserung des Personalschlüssels in den unterschiedlichen Betriebsformen der Kindergärten mit jährlichen Gesamtkosten in Höhe von 200 Millionen € in der Endstufe, für die das Land 133 Millionen € Zuschuss gewährt. Schließlich – das wissen Sie auch – setzen wir 10 Millionen € dafür ein, dass das pädagogische Personal für diesen wichtigen Abschnitt für unsere Kinder weiter aus- und fortgebildet werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, schon diese wenigen Beispiele zeigen die klare Ausrichtung des Haushaltsentwurfs, nämlich konjunkturbedingte Arbeitsplatzsicherung. Dafür notwendige Ausgaben und Schulden müssen mit der Zukunftsfähigkeit des Landes und damit auch mit der Zukunft der Kinder, die diese Schulden abtragen müssen, untrennbar verbunden sein. Das ist das Postulat für diesen Haushalt. Nichts darf nur dem aktuellen Besitzstand untergeordnet werden, sondern alles muss wirklich den Zukunftschancen dienen.

Auch wenn im Moment die Milliardenbeträge die Runde machen: Ich habe gestern gelesen, dass der Bund – was unglaublich ist – in einer mittelfristigen Finanzplanung in Jahr 2010 einmal 6 Milliarden € Schulden machen wollte und dass daraus mittlerweile das Vierzehnfache, nämlich 86 Milliarden €, geworden ist.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wie ist es bei Ihnen in der mittelfristigen Finanzplanung?)

Ich klage nicht an. Aber wir müssen jetzt aufpassen, dass wir bei den ganzen Milliardenbeträgen noch Übersicht bewahren und nicht ins Purzeln kommen.

(Lachen bei der SPD)

Im Ländervergleich können wir uns, wenn ich unseren Entwurf anschau, sehen lassen. Alle müssen Schulden machen. Hessen plant 3,4 Milliarden € neue Schulden im Jahr 2010 und 3,1 Milliarden € für das Jahr 2011, und Rheinland-Pfalz, das gerade einmal 40 % unserer Einwohnerzahl hat, braucht 2,3 Milliarden € im Jahr 2010. Das heißt also, dass alle neue Schulden machen.

Wenn ich jetzt vortrage, was die einen oder anderen tun, dann nicht der Genugtuung wegen oder um uns reinzuwaschen, sondern einfach, um die objektive Situation darzustellen. Egal, ob ein Land CDU-, SPD- oder CSU-regiert ist, alle müssen der Konjunktursituation und der Sicherung von Arbeitsplätzen gerecht werden.

Allerdings muss man wissen, was man da tut. Da stecken Zeitbomben drin.

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich will eine Bombe gern immer wieder nennen, weil ich das Gefühl habe, dass sie nicht allen gegenwärtig ist: Das ist die Geschichte mit den Zinsen. Wenn die Zinsen um nur einen Prozentpunkt nach oben gehen – die Finanzmärkte lassen erahnen, dass in nächster Zeit viel Geld abgezogen wird –, sind das im ersten Jahr 80 Millionen € zusätzliche Belastung für uns nur aus der Zinserhöhung. Aber Sie können und müssen davon ausgehen, dass sich das aufstaut, und in vier oder fünf Jahren haben Sie plötzlich zusätzlich zu alledem, was an strukturellen Problemen in diesem Haushalt schon da ist, weitere 400 Millionen € an Zinsausgaben.

Das heißt also, es darf wirklich nur derjenige die Hand zur Billigung dieser Neuverschuldung heben, der sich ganz klar der neuen, grundgesetzlichen Schuldenbremse bewusst ist. Das muss im Kopf sein, wenn darüber abgestimmt wird.

Das Zweite ist: Mit der Zustimmung zu diesem alternativlosen Haushalt muss sich jeder bereit erklären, nach der Überwindung der Krise eine radikale Kehrtwende mitzumachen. Das gehört zur Abstimmung über diesen Haushalt dazu. Diese Kehrtwende, meine Damen und Herren, wird es nicht zum Nulltarif geben. Auch das sei zur Einbringung des Haushalts gesagt. Neben einem soliden Wachstum – hoffen wir, dass es anhält und das bringt, was wir erwarten dürfen – stehen schmerzliche Ausgabekürzungen, die hinzutreten müssen, um nach dieser Wirtschaftskrise künftige Haushalte wieder in Ordnung zu bringen und das Ganze auf die Einhaltung der Schuldenregel des Grundgesetzes hinzuführen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin mir ganz sicher, dass wir mit diesem Haushaltsentwurf die richtige politische Antwort auf die aktuelle wirtschaftspolitische Herausforderung geben, nämlich die notwendige Sicherung von Arbeitsplätzen. Ich bin mir ganz sicher, dass dies die richtige politische Antwort ist. Aber mit den zwei Jahren

(Minister Willi Stächele)

Geltungsdauer dieses Doppelhaushalts dürfen wir uns nicht zufriedengeben. Zufrieden darf niemand sein, auch wenn die Antwort für die Sicherung der Arbeitsplätze die richtige ist.

Berater und Sachverständige gibt es ja viele. Manche ändern auch wöchentlich ihre Meinung. Aber nur wir, die Entscheider, werden letztlich zur Verantwortung gezogen. Mit diesem Haushalt zur Sicherung der Arbeitsplätze – das sage ich ganz offensiv – muss schon jetzt eine offensive Diskussion über das Danach beginnen. Bei jedem Haushaltstitel muss man sich die Frage stellen: Werden damit Forschung und Innovationen für die Arbeitsplätze bis zum Jahr 2020 und danach gesichert, oder geht es nur um Besitzstände?

Meine Damen und Herren, auch die mittelfristige Finanzplanung wird Ihnen rechtzeitig zur Debatte vorgelegt. Die heute in einer Zeitung veröffentlichten Spekulationen können Sie vergessen; denn gerade um 12:00 Uhr findet wieder eine Arbeitsbesprechung statt. Da gibt es ein paar Eckdaten. Solche Eckdaten sind ganz gut, um hinterher Freude am wirklichen Ergebnis haben zu können.

Ich will in dieser Diskussionsphase, die im Grunde schon mit der Verabschiedung dieses Haushalts beginnt, auch gern meinen Beitrag als Finanzminister leisten. Das heißt, ich will dafür Sorge tragen und mit dazu beitragen, dass die Beliebtheit des Finanzministers immer unter null bleibt.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber ich lade Sie alle zum Mittun ein. Schon die parlamentarische Beratung – wir haben dafür mehrere Wochen Zeit – muss jedem Baden-Württemberger den Blick für die Sonder-situation, aber auch für den zwingenden Weg danach eröffnen. Es ist ganz wichtig, diese Chance der parlamentarischen Beratung nicht zu vergeben. Deswegen danke ich Ihnen und wünsche uns allen eine über die nächsten sechs Wochen gehende gute Parlamentsberatung.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Der Applaus war ja Bestätigung! – Gegenruf des Abg. Stefan Mapus CDU)

Präsident Peter Straub: Vielen Dank, Herr Finanzminister.

Die Aussprache zum Haushalt erfolgt in der Plenarsitzung am 19. Januar 2010.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesrichtergesetzes – Drucksache 14/5445

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 14/5499

Berichterstatter: Abg. Rainer Stickelberger

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich darf um Ruhe bitten.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, keine Aussprache zu führen.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m - m u n g** über den Gesetzentwurf.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 14/5499. Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesbeamtengesetzes

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Das war einstimmig.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesrichtergesetzes

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Einstimmig angenommen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 17. Dezember 2009 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesrichtergesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Das Gesetz ist einstimmig angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (INSPIRE) sowie zur Änderung bodenschutzrechtlicher, wasserrechtlicher und abfallrechtlicher Vorschriften – Drucksache 14/5421

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft – Drucksache 14/5603

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

(Präsident Peter Straub)

Auch hierzu wurde im Präsidium festgelegt, dass in der Zweiten Beratung keine Aussprache stattfindet.

Wir kommen daher nun zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/5421.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft, Drucksache 14/5603.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten für Baden-Württemberg (Landesgeodatenzugangsgesetz – LGeoZG)

mit den §§ 1 bis 14. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Dieser Artikel ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Wassergesetzes für Baden-Württemberg

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Landesabfallgesetzes

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Einstimmig angenommen.

Ich rufe jetzt gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft auf

Artikel 5

Außerkräfttreten des Gesetzes zum Schutze der Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker“

Der Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft empfiehlt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 14/5603 die Einfügung dieses neuen Artikels 5 nach Artikel 4.

Wer diesem neuen Artikel 5 zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Einstimmig angenommen.

Der bisherige Artikel 5 wird aufgrund dieses Beschlusses nun Artikel 6.

Ich rufe jetzt auf

Artikel 6

Inkrafttreten

Wer diesem Artikel zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Auch dem neuen Artikel 6 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 17. Dezember 2009 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (INSPIRE) sowie zur Änderung bodenschutzrechtlicher, wasserrechtlicher und abfallrechtlicher Vorschriften“. – Sie stimmen dieser Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Das Gesetz ist damit einstimmig angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt in Baden-Württemberg (DLR-Gesetz BW) – Drucksache 14/5516

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 14/5605

Berichterstatter: Abg. Peter Hofelich

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler das Wort.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Steinschen Reformen brachten die Selbstverwaltung. Seither ist sehr viel passiert. Obrigkeitsstaatliches Denken haben wir in unseren Amtsstuben aber noch immer. Der Mief ist nicht ganz verschwunden. Mit dem neuen Artikelgesetz wollen wir eine neue Qualität im Verwaltungsleben schaffen. Das Verhältnis zwischen Bürger und Staat wird neu gebildet; es wird horizontal auf zwei Ebenen geordnet.

Durch den Einheitlichen Ansprechpartner werden wir gleichberechtigt ein duales System von Kommunen und Kammern haben. Wir werden ein System haben, bei dem die Verwaltung ein Verfahren innerhalb von drei Monaten erledigt haben muss; ansonsten tritt eine Genehmigungsfiktion in Kraft.

(Dr. Reinhard Löffler)

Mit diesem Artikelgesetz machen wir so etwas wie eine schwäbische Kehrwoche. Alle Gesetze, die nicht binnenmarktkonform sind, die binnenmarkthemmend sind, werden eliminiert. Insgesamt sind in Baden-Württemberg 16 Fachgesetze davon betroffen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Dieses Gesetz schafft eine neue Qualität, weil wir jetzt eine völlig andere Beziehung im Verhältnis zwischen Bürger und Staat haben. Das ist auch richtig so. Das ist etwas, was dieses Land innerhalb Europas voranbringen wird, und es ist auch eine konsequente Folge der Lissabon-Strategie der EU.

Ich weiß, dass der Kollege Prewo hier schon mehrfach kritisiert hat, das Land sei zu langsam und hätte selbst auf die Idee kommen können, solche Verfahrenserleichterungen auf dem Dienstleistungssektor einzuführen; dazu hätte es nicht der Europäischen Union bedurft. Aber zum einen ist Baden-Württemberg nicht für den Binnenmarkt zuständig, und zum anderen können die Kommunen im Rahmen ihrer Selbstverwaltungsgarantie, die ihnen verfassungsrechtlich zugesichert ist, ein solches System selbst auf die Beine stellen. Dazu brauchen sie das Land nicht. Das haben Sie als Oberbürgermeister von Nagold nicht getan, und auch kaum ein anderer SPD-Oberbürgermeister in diesem Land hat einen solchen Einheitlichen Ansprechpartner etabliert. Was die Grünen betrifft, frage ich schon gar nicht; da erwarte ich das auch gar nicht.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sie kennen den Oberbürgermeister Salomon nicht!)

– Ihr grüner Bürgermeister beschäftigt sich mit seiner „blauen Phase“ und mit allerlei Klimbim, um in die Presse zu kommen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wir haben ja mehrere!)

Aber als innovativ für die Verwaltung ist er bislang nicht aufgefallen. Aufgefallen ist er nur dadurch, dass er die Finanzlage seiner Stadt durch Verschuldung in den Keller getrieben hat. Das ist aber auch eine Leistung, die erst einmal erbracht werden muss.

In Stuttgart hat man das jedoch geschafft. Dort haben der Wirtschaftsförderer und der Oberbürgermeister zusammen mit dem Gemeinderat bereits vor fünf Jahren eine One-Stop-Agency – so hat man das auf gut Schwäbisch genannt – auf die Beine gestellt, allerdings nach einem Vorbild aus Dortmund. Das hat funktioniert. Stuttgart war im Bereich der Ansiedlung sehr erfolgreich.

Wir werden in Baden-Württemberg mit diesem System ebenfalls erfolgreich sein. Ich glaube, es ist der richtige Weg, diesem Gesetz heute zuzustimmen.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern – ich glaube, nur in fünf Bundesländern ist der Einheitliche Ansprechpartner bislang überhaupt gesetzlich normiert – haben wir sowohl den Einheitlichen Ansprechpartner normiert als auch das Artikelgesetz geschaffen. Wir sind innerhalb der Zeitvorgabe der Europäischen Union.

Ich glaube, die Qualität des Gesetzes ist durchaus mit den Steinschen Reformen vergleichbar.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na ja!)

Wir seitens der CDU-Landtagsfraktion werden diesem Artikelgesetz zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo das Wort.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt zustimmen!)

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das sind für dieses Gesetz bzw. für diese in der Tat große Verwaltungsreform jetzt die letzten Meter auf der Zielgeraden. Wir sind so weit gekommen. Die Opposition hat im Laufe des Verfahrens einige kräftige Beiträge dazu geleistet; das hätte man vielleicht auch einmal erwähnen können.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Tatkräftige Mitarbeiter!)

– In Ordnung, Herr Kollege Löffler.

Aber eines noch einmal ganz deutlich: Ohne die Europäische Union wäre es nicht zu diesem Stück moderner Verwaltung in unserem Land gekommen. Übrigens gibt es einzelne Städte, die das schon mit den heute vorhandenen rechtlichen Mitteln – das Land hat bislang keine ausreichende gesetzliche Grundlage bereitgestellt – machen; u. a. hat der Oberbürgermeister der Stadt Nagold vor drei Jahren mit der Handwerkskammer ein Startercenter eingerichtet, um schon vorher genau diese Dienstleistung zu bieten; dies nur nebenbei. Ich sage das nur, weil Sie es ausdrücklich angesprochen haben.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Hört, hört! Sehr gut! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie heißt der? Name? – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Respekt, Herr Kollege, Respekt!)

Meine Damen und Herren, worum geht es? Es geht darum: Wenn ein Dienstleister ein Gewerbe aufnehmen will, soll er nicht zehn, zwölf, 13 verschiedene Behörden kontaktieren müssen, sondern soll eine Stelle aufsuchen, die dann die Dinge für ihn erledigt.

Das Verfahren in seiner Kompliziertheit wird in der Verwaltung selbst abgewickelt. Die Verwaltung muss ihre eigene Kompliziertheit sozusagen verdauen. Sie kann sie nicht auf den Antragsteller, den Dienstleister, abwälzen. Die Verwaltung muss sozusagen ein Kompliziertheitsrecycling durchführen, so wie ein Motor seine Wärme oder seine Abgase wiederverwerten muss, sodass nach außen nur die pure Leistung herauskommt. Das ist der Sinn der Sache. Das kommt aus Brüssel, und dafür sollten wir auch einmal dankbar sein.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

(Dr. Rainer Prewo)

Das Tüpfelchen auf dem i ist dabei die Genehmigungsfiktion, und das drückt das Leistungsprinzip der Verwaltung aus. Ist die Verwaltung nicht in der Lage, innerhalb von drei Monaten die Genehmigung sozusagen zu produzieren, dann gilt die Genehmigung als erteilt; der Dienstleister kann seine Tätigkeit aufnehmen.

Übrigens: Das ganze Gerede der Regierungsfractionen über die 1:1-Umsetzung von EU-Richtlinien gilt hier natürlich nicht. Man hat – und zwar gottlob – überhaupt nicht 1 : 1 umgesetzt. Man hat mehr als nur eine einzige Stelle in Baden-Württemberg geschaffen. Sämtliche Kammern, sämtliche Stadt- und Landkreise können es machen. Uns geht dies nicht weit genug. Wir hätten auch die kleineren Städte einbezogen.

Zweitens: Wir machen nicht nur ein Onlineangebot – was die Mindestanforderung der EU war –, sondern wir machen ein richtiges Angebot mit Stellen, zu denen man hingehen kann.

Drittens: Wir bieten diesen Service nicht nur den EU-Ausländern an, sondern selbstverständlich auch den Inländern. Aber die EU hat es nur für die EU-Ausländer zwingend gefordert.

Schließlich: Wir bieten den Service nicht nur für den eingeschränkten Bereich der Dienstleister im Sinne der EU-Richtlinie an, sondern wir bieten ihn für alle Gewerbetreibenden an. Das ist auch richtig so.

Deswegen stimmen wir diesem Gesetz mit dem Normenscreening und mit der Anpassung der anderen Landesgesetze jetzt auch zu. Ich möchte sogar sagen: Das Wirtschaftsministerium hat in den letzten Wochen eine Fleißarbeit geleistet.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Da wollte sich auch der Wirtschaftsausschuss nicht als Spielverderber zeigen, sondern hat heute in aller Frühe eine Sitzung anberaumt, um die Ausschussberatung abzuschließen. Ich glaube, am Ende können wir alle froh über dieses Ergebnis sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt ebenfalls Lob!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in diesem Jahr, wenn man zurückblickt, einen Dreiklang in Bezug auf die Umsetzung der europäischen Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet. Heute findet der letzte Akt statt. Begonnen hat es mit der Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes. Dann wurde das Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg verabschiedet, und jetzt wird das Gesetz über Dienstleistungen im Binnenmarkt in Baden-Württemberg auf den Weg gebracht.

Die Kollegen haben es schon gesagt: Es geht um die Anpassung von baden-württembergischen Gesetzen, um insgesamt

16 Fachgesetze, die mit diesem Artikelgesetz geändert werden müssen. Das reicht vom Hafensicherheitsgesetz bis zum Landespflegegesetz. Die Umsetzung erfolgt tatsächlich 1 : 1. Im Wesentlichen geht es bei der Verfahrensabwicklung zum einen um den Einheitlichen Ansprechpartner und zum anderen um die Genehmigungsfiktion.

Es ist erfreulich, dass wir es heute noch schaffen, das Gesetz in zweiter Lesung zu verabschieden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es ist bald Weihnachten!)

damit es am 1. Januar 2010 auch fristgerecht, gemäß europäischen Vorgaben, in Kraft treten kann. Wir haben dafür noch heute Morgen gern eine Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses abgehalten. Wie mein Kollege Uli Scerl in der ersten Lesung schon gesagt hat, wird die Fraktion GRÜNE diesem Gesetz zustimmen.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wir hoffen, dass von diesem Dreiklang an Gesetzen wichtige Impulse ausgehen, um bei Gewerbeanmeldungen und bei Verwaltungsverfahren zu rascheren, einfacheren und praktikableren Umsetzungen im Sinne der Kundinnen und Kunden zu kommen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP darf ich Frau Abg. Fauser das Wort erteilen.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich dem Lob an das Wirtschaftsministerium anschließen. Es ist erfreulich, dass wir heute ein vorzügliches Gesetz verabschieden können, über das wir in den letzten Monaten umfassend inhaltlich diskutiert haben. Bereits in der ersten Lesung wurde hier kontrovers darüber diskutiert, aber übereinstimmend festgestellt, dass wir damit im Bereich der Anmeldung von Gewerbe zur raschen Umsetzung von mehr Dienstleistungen eine Verbesserung bekommen werden.

Meine Damen und Herren, konstituierende Inhalte der Richtlinie der Europäischen Union sind die Niederlassungsfreiheit und die Freiheit des Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie der Austausch von Unternehmungen untereinander. Dies wurde jetzt vereinheitlicht und vereinfacht. Ich hoffe, dass dadurch tatsächlich Erleichterungen für diejenigen, die sich bei uns ansiedeln wollen, geschaffen werden.

Wer schon einmal eine Firma gegründet hat, weiß, dass die Anmeldung noch ganz einfach geht. Da muss man zum Notar, oder man holt sich einen Gewerbeschein. Bei uns im Land fängt die Problematik immer dann an, wenn man ein Unternehmen hat und dann mit der Knappschaft, mit der Berufsgenossenschaft, mit den Kassen, mit allen möglichen Organisationen zu tun hat.

Wir haben gehört: Die Bankberater sind auch nicht immer das, was sie sein sollten. Dies gilt natürlich auch für manche Steu-

(Beate Fauser)

erberater oder andere Berater. Im Großen und Ganzen sind sie alle natürlich gut. Aber ich darf sagen: Wer schon einmal ein Unternehmen gegründet hat und es dann auch weiterführt, weiß: Darin liegt die Krux. Das Anmelden ist schnell umgesetzt, aber die Belastung durch Bürokratie, Steuern, Gebühren und Abgaben ist für Existenzgründer bzw. KMUs fast nicht erträglich.

Meine Damen und Herren, für die Gemeinden ist es nicht ganz einfach, weil sie – wie wir schon gehört haben – 16 Fachgesetze umsetzen müssen. Wir als FDP/DVP sind froh, dass wir zu einem Allkammernsystem gekommen sind, weil die Kammern die Beratung am besten durchführen können,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ich glaube, Sie haben den Gesetzentwurf nicht gelesen, Frau Fauser!)

weil sie die schwierigen Probleme in den einzelnen Berufssparten und auch die berufsspezifischen Anforderungen kennen. Darüber hinaus sind die Stadt- und Landkreise mit einbezogen. Ich meine, dass damit ein umfassendes Angebot für alle vorliegt.

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP-Fraktion freut sich, dass wir mit diesem Gesetz die EU-Richtlinie zum 1. Januar 2010 umsetzen können. Ich hoffe, dass wir in den nächsten Jahren keine Probleme, sondern nur eitel Freude und Sonnenschein mit diesem Gesetz haben werden.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, nachdem Sie heute schon sehr gelobt worden sind, erhalten Sie nun auch das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er feiert schon heute Weihnachten!)

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es kommt in der Tat nicht jeden Tag vor, dass einhellig über alle Fraktionen hinweg

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es ist bald Weihnachten!)

Zustimmung zu einem Gesetzentwurf der Landesregierung gegeben wird.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir hätten es schon besser gemacht!)

Dafür will ich mich ausdrücklich bedanken.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Man kann es auch einmal umgekehrt machen!)

Ich glaube auch, dass das Thema „Einheitlicher Ansprechpartner“ und alles, was damit zusammenhängt – die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie –, schon auch ein wichtiges Ereignis für die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg ist. Man sollte das nicht unterschätzen. Sie alle haben das nicht unterschätzt, sondern hierauf hingewiesen.

Ich weise noch einmal ausdrücklich darauf hin: Man kann schon heute sagen, dass der Europäische Binnenmarkt, was den Warenverkehr angeht, ein Erfolgsrezept war und eine Erfolgsgeschichte ist. Das gilt besonders für das Land Baden-Württemberg, das natürlich, wie man weiß, in besonderer Weise vom Export abhängig ist.

Wir ergänzen diesen Europäischen Binnenmarkt im Warenbereich durch den Dienstleistungsbereich. Ich will nicht wiederholen, was alles schon gemacht worden ist. Heute ist gewissermaßen die Schlussveranstaltung. Es geht einfach darum, jetzt noch zu erreichen, dass alle Binnenmarktschranken, die in unseren Gesetzen, in unseren Vorschriften noch vorhanden sind, abgebaut werden, damit die Umsetzung dieser Dienstleistungsrichtlinie zum Einheitlichen Ansprechpartner zu einem Erfolg wird.

Sie müssen sich vorstellen, meine Damen und Herren – es ist von Fleißarbeit gesprochen worden; es war tatsächlich so –: In der Tat mussten rund 1 000 Rechtsnormen durchforstet werden, und zwar über alle Ministerien hinweg, um die Binnenmarktschranken für den Einheitlichen Ansprechpartner wirklich zu beseitigen. Das ist gelungen. Wir haben hierzu einen schlanken Gesetzentwurf vorgelegt, in dem 16 Einzeländerungen gebündelt werden. Ich finde schon, dass das ein Beitrag dafür ist, dass der Binnenmarkt im Dienstleistungsbereich in der Zukunft funktionieren kann.

Ich will noch darauf hinweisen, dass nicht einmal die Hälfte der Bundesländer so weit sind wie wir. Ich kann Ihnen sagen, dass viele Bundesländer in diesen Tagen überhaupt erst in das parlamentarische Verfahren hierzu einsteigen und daher natürlich noch einige Zeit brauchen werden. Wir sind just in time. Das hängt damit zusammen, dass wir auch von Regierungsseite her versucht haben, die Dinge so schnell wie möglich voranzubringen, obwohl es natürlich auch viele Diskussionen gegeben hat.

Aber natürlich haben auch das Parlament, die Fraktionen, der Wirtschaftsausschuss und die Landtagsverwaltung ein ganz besonderes Verdienst daran, indem zugesagt wurde, heute Morgen noch die notwendige Sitzung des Wirtschaftsausschusses zur Beratung dieses Gesetzentwurfs durchzuführen, um damit den Weg freizumachen, dass dieses Gesetz noch vor dem 1. Januar 2010 unter Dach und Fach gebracht und zum 1. Januar 2010 auch tatsächlich wirksam werden kann.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Ich bedanke mich dafür ausdrücklich. Ich bin froh, dass wir die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie jetzt in trockenen Tüchern haben. Ich will noch einmal darauf hinweisen: Der Europäische Binnenmarkt ist nicht nur ein Warenmarkt, sondern auch ein Dienstleistungsmarkt.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Jawohl! Sehr richtig!)

Genau diesen Dienstleistungsmarkt, der – jedenfalls in der Zukunft – mindestens genauso wichtig sein wird wie der Warenmarkt, hatten wir seit einem halben Jahr im Fokus. Drei Gesetze waren notwendig, um dies auf die Reihe zu bringen. Das ist mit dem heutigen Tag gelungen. Das ist ein guter Tag für die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg, aber auch ein guter Tag für das Zusammenspiel von Parlament und Regie-

(Minister Ernst Pfister)

zung, wofür ich mich noch einmal ausdrücklich bedanken will.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/5516.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 14/5605. Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Hafensicherheitsgesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 3 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Landespressegesetzes

Wer Artikel 4 zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 4 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Gesetz über die Anerkennung als Markscheider (Markscheidergesetz)

(Abg. Walter Heiler SPD: Marktschreier? – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Was ist denn das, bitte schön?)

Wer Artikel 5 zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 5 ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 6

Änderung des Architektengesetzes

Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 6 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 7

Änderung des Ingenieurgesetzes

Wer Artikel 7 zustimmt, den bitte ich, die Hand zu heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 7 ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 8

Änderung des Ingenieurkammergesetzes

Wer Artikel 8 zustimmt, den bitte ich, die Hand zu heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 8 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 9

Änderung der Landesbauordnung

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Das ist der wichtigste!)

Wer Artikel 9 zustimmt, den bitte ich, die Hand zu heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 9 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 10

Änderung des Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetzes

(Einige Abgeordnete heben die Hand.)

– Sie müssen noch nicht strecken.

(Heiterkeit)

Die letzte Änderung des Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetzes erfolgte heute unter Tagesordnungspunkt 3 durch den Gesetzesbeschluss des Landtags zu Artikel 2 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (INSPIRE) sowie zur Änderung bodenschutzrechtlicher, wasserrechtlicher und abfallrechtlicher Vorschriften, sodass der Einleitungssatz von Artikel 10 bei der Anführung der letzten Gesetzesänderung und der Fundstel-

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

lenangabe noch einer redaktionellen Anpassung bedarf. Sie sind damit einverstanden,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Aber natürlich!)

dass diese Änderung vom Landtagspräsidenten zusammen mit dem Ausfertigungs- und Verkündungsorgan vor der Verkündung des Gesetzes noch vorgenommen wird.

Wer Artikel 10 unter dieser Bedingung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dürfen wir jetzt strecken?)

– Jetzt. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 10 ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 11

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes

Wer Artikel 11 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 11 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 12

Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes

Wer Artikel 12 zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 12 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 13

Änderung des Naturschutzgesetzes

Wer Artikel 13 zustimmt, den bitte ich, die Hand zu heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 13 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 14

Änderung des Landeshochschulgesetzes

Wer Artikel 14 zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 14 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 15

Änderung des Privatschulgesetzes

Wer Artikel 15 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 15 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 16

Änderung des Landespflegegesetzes

Wer Artikel 16 zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 16 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 17

Inkrafttreten

Wer Artikel 17 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 17 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 17. Dezember 2009 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt in Baden-Württemberg (DLR-Gesetz BW)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen?

(Abg. Winfried Kretschmann und Abg. Werner Wölflé GRÜNE unterhalten sich im Stehen. – Heiterkeit)

– Sind das Gegenstimmen? Ich frage gerade nach Gegenstimmen.

(Abg. Werner Wölflé GRÜNE: Das ist doch schon vorbei!)

– Nein, nein. Ich habe gerade nach den Gegenstimmen gefragt. – Es ist niemand dagegen. Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg – Drucksache 14/5578

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Abg. Dr. Scheffold das Wort erteilen.

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! So wie die Parteien, so wie einzelne Abgeordnete, so sind auch die Fraktionen für die politische Willensbekundung und für die politische Arbeit wichtig. Deshalb ist es wichtig, dass wir eine zeitgemäße Beschreibung der Aufgaben der Fraktionen vornehmen und in eine Gesetzesform gießen. Dies dient den Fraktionen, dies dient den Kontrollorganen, und dies dient letztlich auch dem Landtag.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

In der Vergangenheit hatte es bedauerlicherweise immer wieder strittige Fragen gegeben, beispielsweise dann, wenn von Fraktionen Druckerzeugnisse herausgegeben worden sind, wenn Veranstaltungen durchgeführt worden sind,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

wenn Straßen- oder Standaktionen veranstaltet worden sind, wenn Werbematerial vergeben worden ist, wenn Internetauftritte erfolgen oder wenn Meinungsumfragen veranstaltet worden sind.

Es soll aber keinen Streit über die bestimmungsgemäße Verwendung von Fraktionsgeldern geben. Das ist im Sinne der Fraktionen, im Sinne des Rechnungshofs und letztlich auch im Sinne des gesamten Landtags, insbesondere im Sinne von dessen Präsidenten, der über solche Rechtsfragen letztlich zu entscheiden hat.

Der vorgelegte Gesetzentwurf dient daher der Klarstellung und der Präzisierung. Er gibt klare Definitionen vor, und er zieht entsprechende Folgerungen daraus. Zunächst einmal gibt er eine zeitgemäße Aufgabenbeschreibung der Fraktionsarbeit, und er klärt dann auch den Einsatz der den Fraktionen zugewiesenen staatlichen Mittel. Mit dieser gesetzlichen Präzisierung erleichtern wir letztlich auch die Arbeit des Rechnungshofs sowie des Landtags und seines Präsidenten. Insbesondere gibt der vorgelegte Gesetzentwurf Antworten auf Fragen zu Inhalt und Umfang der Fraktionsautonomie.

Meines Erachtens sind dabei aus heutiger Sicht folgende Aspekte besonders bedenkenswert: Der erste Punkt ist, dass mit der Parlamentsreform auch eine deutliche Steigerung der Anforderungen an die Fraktionsarbeit einhergeht. Wir haben zweitens eine spürbare Zunahme der Verflechtungen zwischen der Landespolitik einerseits und der Bundespolitik oder der Europapolitik andererseits. Damit haben wir natürlich auch einen entsprechenden Kommunikationsaufwand mit deren Organen. Wir müssen mit dem Bundestag kommunizieren, wir müssen mit dem Europaparlament kommunizieren, wir müssen mit anderen Landtagen kommunizieren, und ebenso müssen wir mit Landkreisen sowie dem Städtetag und dem Gemeindetag kommunizieren.

Wenn wir diese weit gefasste Fraktionsautonomie als Spiegelbild sehen, dann korrespondiert damit eine Öffentlichkeitsarbeit, die eigenverantwortlich sein muss. Das ist eigentlich auch eine Selbstverständlichkeit. Das regeln wir mit diesem Gesetz jetzt ausdrücklich. Die Fraktionen haben in einer repräsentativen Demokratie nicht nur Adressat von dem zu sein, was die Bürger an die Fraktionen und an deren Arbeit heranreichen, sondern sie sind auch selbst ein autonomer Faktor in der parlamentarischen Demokratie, in der parlamentarischen

Willensbekundung. Deswegen ist es für uns selbstverständlich, dass dieses Gesetz jetzt so gefasst wird.

Wir heben allerdings hervor, dass eine klare Grenze zur Parteiarbeit gezogen werden muss. Das ist für uns als CDU ebenso eine Selbstverständlichkeit. Deswegen wird dies in diesem vorgelegten Gesetzentwurf auch ausdrücklich so geregelt.

Ich fasse zusammen: Es ist ein notwendiges Gesetz. Es dient den Fraktionen hier im Landtag, es dient dem Rechnungshof, es dient dem Landtag insgesamt.

Wenn ich mir zum Schluss noch einen Satz erlauben darf, so ist es folgender: Der Landtag von Baden-Württemberg ist und bleibt das kosteneffizienteste Parlament. Das wird durch diesen Gesetzentwurf nicht verändert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Gall das Wort.

Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr verehrter Herr Präsident, wer te Kolleginnen, wer te Kollegen! Bei der Diskussion über die Beratende Äußerung des Rechnungshofs zur Mittelverwendung der Fraktionen zu Beginn dieses Jahres sind wir zumindest bei den Wortmeldungen übereinstimmend zu der Auffassung gekommen, das Fraktionsgesetz noch in dieser Periode zu novellieren, und zwar mit dem erklärten Ziel, die Fraktionsarbeit insgesamt auch zeitgemäßer zu beschreiben, wie es Herr Kollege Dr. Scheffold gerade ausgeführt hat.

Meine Fraktion hat in der seinerzeitigen Debatte anerkannt – keine Frage –, dass der Rechnungshof formuliert hat, dass politische Aktivitäten von Fraktionen nicht umfassend aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden dürfen. Diese Formulierung allerdings – „nicht umfassend“ – lässt genau den verfassungsrechtlichen Spielraum für die politischen Aktivitäten, die wir jetzt in ein neues Fraktionsgesetz gießen.

Meine Damen und Herren, es gehört zu unserem Selbstverständnis als Fraktion – ich glaube, das sollten wir alle zu unserem Selbstverständnis machen –, dass wir als Teil des Landtags natürlich unmittelbarer Adressat auch der politischen Willensbildung seitens der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und ebenso natürlich und grundsätzlich Teil der politisch-parlamentarischen Willensbildung hier im Landtag sind. Alles andere, glaube ich, wäre im 21. Jahrhundert ziemlich weltfremd.

Diese Prozesse – der Kollege Rüeck hat das damals, glaube ich, in der Debatte gesagt – enden nicht an der Innenseite der Pforte des Landtags von Baden-Württemberg. Denn wenn dies so wäre, dann wären wir ein bürgerfernes, ein abgehobenes und ein vom Volk distanzierendes Parlament. Das wollen wir ganz gewiss nicht sein.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Ich bin überzeugt: Auch die Bürgerinnen und Bürger im Land wollen dies nicht. Deshalb schaffen wir mit diesem neuen Gesetz jetzt die Möglichkeit, Transparenz zu schaffen und natür-

(Reinhold Gall)

lich auch öffentlich zu machen, was sich hier im Parlament abspielt. Dies formulieren wir jetzt, wie gesagt, in einem neuen Gesetz.

Nebenbei bemerkt geht es hierbei auch darum, dass wir uns als Parlament auf Augenhöhe zur Regierung präsentieren können. Das gilt im Besonderen – keine Frage – natürlich für die Oppositionsfraktionen. Denn auch der Rechnungshof erkennt in seiner seinerzeitigen Beratenden Äußerung an, dass in der Gewaltenteilung längst nicht mehr das Gesamtparlament der Regierung gegenübersteht, sondern ausschließlich die Oppositionsfraktionen, da die Regierung und die Mehrheitsfraktionen im Landtag de facto eine politische Einheit bilden. In Baden-Württemberg ist dies allemal so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gerade deshalb, weil sich dies im Lauf der Zeit so gewandelt hat, hat auch das Bundesverfassungsgericht diesen Wandel in der Parlamentsarbeit eindeutig anerkannt und die Zuordnung z. B. von reinen Parlamentsrechten hin zu Fraktionen wie auch die Finanzierung der Fraktionen aus öffentlichen Mitteln ausdrücklich begrüßt und im Prinzip als verfassungskonform bezeichnet.

Dass dies natürlich im Rahmen einer korrekten Mittelverwendung geschehen muss, steht in diesem Haus außer Zweifel. Diesbezügliche Beanstandungen, die der Rechnungshof in der Vergangenheit immer wieder einmal aussprechen musste, stehen hier, wie gesagt, nicht zur Diskussion. Das akzeptieren wir. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass dies in diesem Haus – für unsere Fraktion will ich das ausdrücklich sagen – je strittig gewesen wäre. Wenn Beanstandungen erfolgt sind, haben wir diese Mittel zurückerstattet.

Damit die Fraktionen dies in dem vorgesehenen Wandel auch zukünftig korrekt handhaben können, präzisieren wir nun unser Fraktionsgesetz, indem wir, wie schon gesagt, klar zum Ausdruck bringen, dass wir Adressat der politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger sein möchten. Natürlich möchten auch wir die Erforderlichkeit der Wahrnehmung dieser politischen Aufgabe nicht eingeschränkt sehen. Deshalb möchten wir diese klaren Formulierungen im neuen Gesetz.

Unser Handwerkszeug – es kann gar nicht anders sein –, um diesen politischen Diskurs auch öffentlich zu machen, sind natürlich hauptsächlich die Öffentlichkeit und die Möglichkeiten, die wir zur Öffentlichkeitsarbeit, zur Unterrichtung von Bürgerinnen und Bürgern, zur Unterrichtung von Interessengruppen, zur Unterrichtung von Verbänden und zum Dialog mit diesen von mir genannten Gruppen haben.

Es geht bei der Novellierung des Fraktionsgesetzes um nicht mehr als um die Nutzung dieses Handwerkszeugs Öffentlichkeitsarbeit. Dass sich dies auch zukünftig in einem finanziellen Rahmen abspielt, innerhalb dessen wir das Ganze schon bisher praktiziert haben, mag deutlich machen, dass es uns nicht um mehr Geld geht,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

sondern ausschließlich um die Wahrnehmung unserer Rechte, wie wir sie verstehen.

Kollege Scheffold hat klar und deutlich zum Ausdruck gebracht: Auch nach dieser Änderung wird der Landtag von Ba-

den-Württemberg das kostengünstigste Parlament in ganz Deutschland sein. Es geht ausschließlich um die Klarstellung, um die Absicherung dessen, was wir – die Fraktionen und das Parlament insgesamt – als unsere Aufgabe betrachten, das heißt dialogorientiert mit den Bürgerinnen und Bürgern im Land zu kommunizieren und unsere parlamentarische Arbeit mit einem Höchstmaß an Transparenz – dies kann nur durch Öffentlichkeit geschehen – zu versehen.

In diesem Sinn bitten wir um die Unterstützung des Gesetzesentwurfs durch das gesamte Haus.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Bauer das Wort.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns hier im Haus darüber einig: Die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen muss zeitgemäß erfolgen. Die Öffentlichkeitsarbeit und der direkte Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern sind wichtige Aufgaben, die wir zu erledigen haben.

Die Öffentlichkeitsarbeit unserer Fraktionen kann heute nicht mehr so aussehen, wie sie vor 50 Jahren ausgesehen hat. Wir haben uns den Veränderungen der Gesellschaft zu stellen, wir haben uns den Veränderungen der Demokratie zu stellen, wir haben uns den Veränderungen durch die Mediendemokratie zu stellen, und wir müssen insbesondere darauf reagieren, dass sich die Nähe zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den Parlamentariern in letzter Zeit nicht gerade verstärkt hat.

Wir sind in einer Situation, in der wir nach neuen, kreativen Wegen suchen müssen, wie wir in Austausch, in Auseinandersetzung, in Dialog mit der Öffentlichkeit kommen. Dafür müssen wir auch Wege beschreiten, die es vielleicht vor 30 Jahren in dieser Form nicht gegeben hat.

Deswegen sind auch wir als Fraktion GRÜNE fest davon überzeugt: Heutige Öffentlichkeitsarbeit besteht nicht nur in der Erzeugung von bedrucktem Papier, das man unten im Foyer auslegt. Heutige Öffentlichkeitsarbeit findet z. B. auch im Internet statt. Heutige Öffentlichkeitsarbeit kann sich nicht nur in den Räumen dieses Gebäudes abspielen. Vielmehr müssen wir auf die Leute zugehen und uns deswegen auch auf die Straße begeben und uns dort, wo die Leute unterwegs sind, auch zeigen.

Heutige Öffentlichkeitsarbeit ist auch nicht nur die Rundreise mit dem Auto. Vielmehr kann man sogar etwa auch zu Fuß, bei einer Wanderung, bei den Leuten sein.

Ich nenne all diese Beispiele, weil es sich dabei um vom Rechnungshof kritisierte Beispiele in Bezug auf die Frage handelt: Was ist legitime Öffentlichkeitsarbeit den Fraktionen?

Wir stehen voll und ganz hinter dem Anliegen des vorliegenden Gesetzesentwurfs, dass für unsere Öffentlichkeitsarbeit Möglichkeiten bestehen müssen, uns kreativ und anders vorzuzeigen, als es früher der Fall war. Deswegen ist es richtig, diese gesetzliche Präzisierung vorzunehmen. Denn wenn ich die Kritik durch den Rechnungshof richtig verstanden habe, ging es ihm nicht darum, ob die Fraktionen effizient, wirtschaftlich und sparsam gewirtschaftet haben. Vielmehr drehte

(Theresia Bauer)

sich die Kritik des Rechnungshofs um die Frage: Welche Art der Öffentlichkeitsarbeit ist angemessen? Ich bin mir sicher: Wir brauchen deswegen die gesetzliche Präzisierung und die Öffnung unserer Möglichkeiten, weil wir auf den alten Kommunikationswegen nicht vorankommen.

Dennoch sind wir Grünen nicht Mitunterzeichner dieses Gesetzentwurfs. Dies möchte ich noch kurz erläutern.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir tragen das Thema in der Sache mit. Unsere Kritik bezieht sich also nicht auf das, was in dem Gesetzentwurf steht, sondern auf das, was nicht darin steht. Denn wir haben in diesem Haus miteinander verabredet, dass wir im Rahmen der Parlamentsreform in dieser Legislaturperiode die Funktionszulagen für Abgeordnete neu fassen, auf eine gesetzliche Grundlage stellen, sie in ihrer Höhe begrenzen und verfassungskonform regeln.

(Beifall bei den Grünen)

Um die Funktionszulagen neu zu regeln, müssen wir das Fraktionsgesetz und das Abgeordnetengesetz ändern. Nun haben wir in dieser Legislaturperiode gerade noch ein gutes Jahr vor uns. Es macht doch einfach keinen Sinn, jetzt am Fraktionsgesetz ein Detail zu ändern und in einem halben Jahr wieder Änderungen vorzunehmen. Es ist eine gute Tradition in diesem Haus: Wenn man ein Gesetz ändert, dann nimmt man alle Änderungen zusammen vor. Deswegen wollten wir bei der Novellierung des Fraktionsgesetzes jetzt das Thema Funktionszulagen mit geregelt haben. Weil wir uns hierauf nicht verständigen konnten, haben wir der Initiative für diesen interfraktionellen Gesetzentwurf nicht zustimmen können.

Wir werden unsere Vorstellungen in den Beratungsprozess einbringen. Das werden Formulierungsvorschläge dazu sein – sie sind schon lange im Gespräch –, wie die Funktionszulagen begrenzt und verfassungskonform geregelt werden können. Wir hoffen sehr, dass wir in dieser Hinsicht mit den Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen noch übereinkommen.

Aber unsere Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf hängt nun einmal davon ab, dass wir unserer gemeinsamen Verabredung, in dieser Legislaturperiode die Funktionszulagen gesetzlich zu regeln, nachkommen. In diesem Sinn hoffe ich, dass wir bei den Ausschussberatungen zu einer Verständigung darüber kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kluck das Wort.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Bauer, auch wir hätten gern noch manchen Wunsch in den Gesetzentwurf eingebracht. Das gilt beispielsweise für eine deutliche Personalhoheit der Fraktionen in dem Sinn, dass sie nicht immer starr an die Tarifverträge im öffentlichen Dienst gebunden sind, und Ähnliches. Aber uns war der Konsens wichtiger. Deshalb haben wir solche Punkte zunächst einmal hintangestellt.

Daran sehen Sie auch, Herr Kollege Gall, dass es nicht so ist, wie Sie behauptet haben, dass die Regierungsfaktionen mit der Regierung gleichzusetzen seien.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das sagt sogar das Bundesverfassungsgericht!)

Nein, sowohl die CDU-Fraktion als auch die FDP/DVP-Fraktion sind eigenständige Fraktionen, die auch nicht immer mit allem, was die Regierung macht, einverstanden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Das bringen sie hier im Parlament auch zum Ausdruck.

Diese Gesetzesänderung, meine Damen und Herren, ist erforderlich, damit die Fraktionen ihre Arbeit machen können. Im Gegensatz zum Parlamentsbetrieb des 19. Jahrhunderts findet diese Arbeit nicht nur in den Debatten und Diskussionen hier in diesem Hohen Haus statt.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Vielmehr müssen wir Informationen, den Informationsfluss zwischen Bürgerschaft und Parlament ermöglichen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass die Abgeordneten das Gespräch mit ihnen suchen. Das heißt, das ist keine Holschuld der Bürgerinnen und Bürger,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

sondern eine Bringschuld auch des Parlaments, der Parlamentsfraktionen und der Abgeordneten. Deswegen ist es wichtig, dass es darüber nicht immer wieder Streit mit dem Rechnungshof gibt, sondern dass wir das Ganze jetzt gesetzlich so klar regeln, dass auch der Rechnungshof weiß, worauf er sich bei der Prüfung konzentrieren muss.

Bisher gab es immer das Ritual: Der Rechnungshof hat gerügt, und das Präsidium des Landtags hat daraufhin bestimmte Rügen zurückgewiesen. Dann war es doch so, wie es war. Jetzt machen wir alles einfach besser. Dieses Ritual können wir uns künftig ersparen. Wir werden eine klare gesetzliche Grundlage haben, wenn das Gesetz nach den Ausschussberatungen und der Zweiten Beratung im Plenum so beschlossen wird.

Künftig entscheiden die Fraktionen selbst über die ihnen geeignet erscheinenden Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit. Frau Kollegin Bauer hat schon darauf hingewiesen, dass wir in einer Mediendemokratie leben. Das heißt, wir müssen uns darstellen, wir müssen die neuen Wege und Möglichkeiten nutzen. Das wollen wir tun. Deswegen kann es auch keine thematische oder auch zeitliche Begrenzung der Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen geben.

Dieser Landtag ist keine „Gesetzesherstellungsmaschine“, obwohl es auch zu unseren wichtigen Aufgaben gehört, Gesetze zu erlassen. Wir sind vielmehr auch das parlamentarische Forum, das Ansichten, Wünsche und Interessen der Bürgerschaft wahrnimmt, aufgreift und zum Gegenstand der Debatten hier macht. Daher sind wir ein Teil der politischen Meinungsbildung. Diese Meinungsbildung können wir jetzt, wenn dieses Gesetz Wirklichkeit wird, deutlich besser wahrnehmen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Es wird dann immer

(Hagen Kluck)

klar sein, dass die Fraktionen eine wichtige Aufgabe erfüllen.

Die Trennung zwischen Fraktion und Partei soll es weiterhin geben. Das ist völlig klar; darüber sind wir uns einig.

Bei allen Aktionen muss immer ein Bezug zur Parlamentsarbeit vorhanden sein, und die Urheberschaft der Fraktionen selbst muss erkennbar sein. Dem kommen wir gern nach. Das haben wir auch immer gemacht, wie ich gleich hinzufügen will. Mit diesem Gesetz verlangen wir also nichts Ungebührliches. Vielmehr passen wir einfach die Arbeit des Landtags und die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen an die neuen Gegebenheiten an. Das ist überfällig.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 14/5578 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Sie stimmen dieser Überweisung zu.

Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 6:**

Beschlussempfehlungen und Berichte des Finanzausschusses zu den Mitteilungen des Rechnungshofs vom 24. Juni 2009 – Denkschrift 2009 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2007 – Drucksachen 14/4700, 14/4701 bis 14/4727 und 14/5301 bis 14/5327

Berichterstatteerin: Abg. Ursula Lazarus

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Lazarus das Wort.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie ist nicht da!)

– Die Kollegin Lazarus ist noch nicht da. Können wir dann mit einem anderen Sprecher fortfahren?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Einverstanden!)

– Ja. Gut.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rust das Wort.

Abg. Ingo Rust SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Zunächst darf ich an dieser Stelle dem Rechnungshof für die erneut ausgezeichnete Arbeit an der Denkschrift 2009 sehr herzlich danken. Herr Präsident Munding, Sie haben mit Ihrer Arbeit, den Prüfungen und Empfehlungen für die verschie-

denen Bereiche der Landesverwaltung sehr, sehr gute Empfehlungen für mehr Wirtschaftlichkeit und substanzielle Einsparungen im Landeshaushalt vorgelegt. Wir danken Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diese Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

Aufgrund der sehr beschränkten Redezeit möchte ich mich auf drei Beiträge in der Denkschrift konzentrieren. Insgesamt waren es 27 Einzelbeiträge.

Zunächst zum Thema Landesschulden, dem Beitrag Nummer 3 in der Denkschrift: Das Haushaltsjahr 2008 war für Baden-Württemberg unter dem Aspekt der Schuldenentwicklung ein besonderes Jahr. Es war aufgrund der besonders guten Steuerentwicklung das erste und vorläufig auch letzte Jahr, in dem Einnahmen und Ausgaben ohne Schuldenaufnahme real ausgeglichen werden konnten. Andere Bundesländer haben dies schon im Jahr 2007 erreicht. Auch Baden-Württemberg hätte dies erreichen können; die Landesregierung hat aber damals 1 Milliarde € neue Schulden aufgenommen, die sie im Jahr 2007 gar nicht benötigt hat, um dann im Jahr 2008 und im Jahr 2009 die Nullneuerschuldung besser erreichen zu können.

Im kommenden Jahr schreibt das Land Baden-Württemberg eine absolute Rekordverschuldung von bislang im Haushaltsplan veranschlagten 2,5 Milliarden € – wir haben es vorhin vom Finanzminister gehört –, und im Jahr 2011 sind es noch einmal 2 Milliarden € Neuverschuldung. Dabei sind die zusätzlichen Steuerausfälle durch die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung noch gar nicht berücksichtigt, die weitere Milliardenlöcher in den Haushalt des Landes und in die Haushalte der Kommunen reißen werden.

Ich möchte meinen Appell von der letzten Plenarsitzung wiederholen: Stoppen Sie im Interesse der Kommunen des Landes und im Interesse des Landeshaushalts dieses unsinnige Bundesgesetz! Ohne die Stimmen des Landes Baden-Württemberg hat dieses Gesetz im Bundesrat keine Mehrheit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ist das Ihr Ernst?)

Der zweite Beitrag, auf den ich eingehen möchte, ist der Beitrag Nummer 7: Umsetzung und Finanzierung des Generalverkehrsplans. Hier geht es um die Verantwortung der Landesregierung für den wichtigen Bereich der Infrastruktur der Landesstraßen, im Übrigen auch um einen wichtigen Vermögensbereich des Landes, wenn man bedenkt, wie viel Vermögen in den Landesstraßen steckt. Dort bestätigt der Rechnungshof das, was die SPD-Fraktion seit vielen Jahren immer wieder kritisiert hat: Der Generalverkehrsplan ist ein Plan, auf den sich niemand verlassen kann. Von den 1 300 vorgesehenen Maßnahmen im Vordringlichen Bedarf – allein im Vordringlichen Bedarf – werden am Ende der Laufzeit des Generalverkehrsplans im Jahr 2012 mehr als 600 vorgesehene Maßnahmen nicht verwirklicht sein. Annähernd jede zweite im Generalverkehrsplan vorgesehene Baumaßnahme wird damit nicht erfolgen.

Die Landesregierung weigert sich seit Jahren, einen Generalverkehrsplan vorzulegen, der sich an den finanziellen Mög-

(Ingo Rust)

lichkeiten orientiert, oder die finanziellen Möglichkeiten am Generalverkehrsplan zu orientieren.

Was ist der Grund für dieses Fehlverhalten? Die Landesregierung und die Regierungsfractionen scheuen Konflikte vor Ort, versprechen möglichst vielen Leuten viele Straßen, obwohl sie genau wissen, dass sie diese Versprechen aufgrund der finanziellen Möglichkeiten überhaupt nicht umsetzen können.

Wir fordern nachhaltig und zum wiederholten Mal, klare Prioritäten zu setzen und nur so viele Maßnahmen tatsächlich zu versprechen, wie Sie am Ende finanzieren können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen deshalb – wir stimmen dem ausdrücklich zu –, in den Vordringlichen Bedarf des neuen Generalverkehrsplans nur solche Maßnahmen aufzunehmen, die im Hinblick auf den Planungszeitraum und auf die finanziellen Möglichkeiten, die in diesem Zeitraum zur Verfügung stehen, durchgeführt werden können, und zweitens alle aufzunehmenden Maßnahmen in einem standardisierten Verfahren mit klaren und objektiven Kriterien zu priorisieren, damit auch die Kommunen vor Ort planen können, Planungssicherheit erhalten und wissen: Kommt unsere Umgehungsstraße oder unsere Straßensanierung in zehn Jahren, in 15 Jahren oder erst in 20 Jahren? Das wäre mehr als fair gegenüber den Kolleginnen und Kollegen in den Gemeinderäten und Kreistagen.

Drittens möchte ich noch kurz auf den Beitrag Nummer 19 – Unterhaltszahlungen als außergewöhnliche Belastung – eingehen. In diesem Beitrag stellt der Rechnungshof fest: Jeder dritte Einkommensteuerbescheid, bei dem Unterhaltszahlungen berücksichtigt wurden, war in diesem Punkt fehlerhaft. Der Steuerausfall im Veranlagungszeitraum 2005 betrug 16 Millionen €, nachzulesen auf Seite 114 der Denkschrift.

Ein wesentlicher Grund für diesen Missstand ist nach Auffassung des Rechnungshofs, dass den Bediensteten die Zeit fehle, alle erforderlichen Ermittlungen vorzunehmen. Das Finanzministerium erhebt keine Einwände gegen diese Sachverhaltsdarstellung des Rechnungshofs und weist darauf hin, dass die gewünschte Verbesserung der Arbeitsqualität zu einer zeitlichen Mehrbelastung der Beschäftigten führen werde.

Damit reiht sich dieser Beitrag in eine lange Reihe von Beiträgen des Rechnungshofs ein, der immer wieder bemängelt hat, dass im Finanzbereich, in unseren Finanzämtern zu wenig Personal zur Verfügung stehe, um die Steuereinnahmen einzutreiben, die dem Land zustünden und zustehen. Ich erinnere nur an die Beiträge des Rechnungshofs zur Veranlagung, zur Betriebsprüfung und zur Steuerfahndung in den letzten Jahren.

Deshalb appelliere ich auch dieses Mal wieder an die Landesregierung und die Fraktionen von CDU und FDP/DVP: Treffen Sie endlich Maßnahmen, um die Steuerverwaltung im Land wieder zu stärken. Diese Maßnahmen rechnen sich. Sie kosten nichts, sie bringen dem Land Mehreinnahmen und führen außerdem noch zu mehr Steuergerechtigkeit im Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, damit möchte ich zum Ende kommen. Noch einmal herzlichen Dank dem Rechnungshof. Wir sind gespannt auf die nächste Denkschrift, die Denkschrift 2010.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion darf ich jetzt Frau Abg. Lazarus das Wort erteilen.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Präsident Munding, sehr geehrte Damen und Herren! Obwohl der zeitliche Druck für den Finanzausschuss im Herbst 2009 – noch überlagert durch Maßnahmen zur Bewältigung der Banken- und Wirtschaftskrise – außergewöhnlich hoch war, haben wir es geschafft, die Denkschrift noch vor Jahresende abschließend zu beraten. Der Rechnungshof hat wie alljährlich in einer unerhörten Fleißarbeit die Ausgaben des Landes durchforstet und ist auf 90 Millionen € Einsparpotenzial gestoßen. Dazu gleich einige Bemerkungen.

Herr Präsident Munding hat sich bei der Vorstellung der Denkschrift auch zur allgemeinen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Lage geäußert. Dabei war Ungewohntes zu hören. Sparen sei gut, aber es solle nicht übermäßig erfolgen. In Zeiten schlechter Konjunktur, sogar einer aktuellen Wirtschaftskrise, müsse die wirtschaftliche Entwicklung auch mit Krediten der öffentlichen Hände – von Bund, Ländern und Gemeinden – stabilisiert werden. Das heißt im Klartext, dass die mühsam erreichte Nullnettoneuverschuldung im kommenden Jahr Schnee von gestern sein wird.

Wer es noch nicht begriffen hatte: Dieses Wort des Rechnungshofs zeigt die ganze Dramatik der aktuellen Lage. Neue Schulden seien unerlässlich, Kaputtsparen wäre die falsche Richtung. Der Staat habe eine aktive Rolle zu spielen; nur so sei es zu rechtfertigen, dass der Staat Milliarden für die Rettung von Banken ausbebe.

Im Vergleich dazu erscheinen die 90 Millionen € Einsparvorschläge nicht gewaltig. Und doch ist es im Tagesgeschäft und konkret schwer genug, sie zu realisieren – so schwer, dass der Finanzausschuss nicht in allen Punkten dem Rechnungshof gefolgt ist.

Ein Schwerpunkt der Prüfung lag bei der Bildung, bei Forschung und Kultur, ein anderer lag beim Verkehr.

Die Landesbühnen waren in das Visier des Rechnungshofs geraten, da sie ihrer Aufgabe, die Regionen flächendeckend mit Gastspielen zu versorgen, nach Auffassung des Rechnungshofs nicht gerecht würden. Das Land bezuschusst die drei Bühnen zu immerhin zwei Dritteln, während die rein kommunalen Theater eben nur ein Drittel erhalten. Der Finanzausschuss sieht das im Prinzip durchaus auch so, ist aber der sehr strikten Vorgabe des Rechnungshofs nicht in aller Härte gefolgt. Dennoch wird die Erfüllung den Landestheatern und ihren Standorten einiges abverlangen.

Auch die Befassung mit Museen und Ausstellungen hat Mängel sichtbar gemacht. Sie sollten ihre Organisation verbessern, z. B. Transportkosten optimieren bzw. ihren Betrieb straffen und transparenter machen.

(Ursula Lazarus)

Im Fall der Kunsthalle Baden-Baden wurde der Betrieb als Landesmuseum für nicht gerechtfertigt gehalten und eine Kommunalisierung, Privatisierung oder Angliederung an eine andere Landeseinrichtung vorgeschlagen. Letzterem ist der Finanzausschuss nicht gefolgt. Schließlich sind durch die Zusammenarbeit mit dem danebenliegenden Burda-Museum neue Impulse entstanden und ist auch die Anzahl der Besucher erheblich gesteigert worden.

Zu teure Klassenfahrten waren ein Thema, das viele Tausend Familien und Lehrer direkt betrifft. Eine bessere Zielgenauigkeit und Dokumentation wurde eingefordert. Überraschend war die Schlussfolgerung, dass den Lehrern ein besserer Kostenersatz zustehen würde, auch wenn dies das Land tatsächlich mehr kostete.

Sehr strittig war die Trägerschaft des Landes bei den vier Aufbaugymnasien mit Heim. Auch hier konnte sich der Finanzausschuss nicht völlig der Forderung nach Kommunalisierung anschließen. Allerdings wird eine Überprüfung der Struktur vorgenommen werden.

Topaktuell – das ist eben schon von Herrn Rust ausführlich beleuchtet worden – ist die Befassung mit dem Generalverkehrsplan – wird dieser doch gerade novelliert; das heißt: Die Forderungen können unmittelbar umgesetzt werden. Er solle im Gesamtumfang einfach realistischer angelegt werden, denn schließlich seien im Landesstraßenbau nur 40 % der Maßnahmen des letzten Generalverkehrsplans verwirklicht worden. Die Realität, wie eben auch angesprochen, spricht dafür, dass diejenigen, die davon betroffen sind, einfach in überschaubaren Zeiträumen wissen können, wann ihre Straße erneuert oder vielleicht sogar eine neue Straße gebaut wird.

Meine Damen, meine Herren, in diesen Zeiten, die uns bevorstehen – das muss man jetzt sagen –, ist natürlich ein Landesrechnungshof notwendiger denn je. Denn es werden durchaus Einsparmaßnahmen gesehen, die nicht direkt aus der Verwaltung heraus erwachsen. Deswegen ist es recht und billig, dass der Finanzausschuss sich so ausführlich damit befasst.

Deswegen bleibt mir wie jedes Jahr auch diesmal, Herrn Präsident Munding und seinem Team für die Arbeit Dank zu sagen. Sie unterstützt den Finanzausschuss im Überblick über die Landesfinanzen. Vielen Dank.

Ich wünsche dem Landesrechnungshof ein gutes neues Jahr 2010 mit neuer Arbeit und ein gesegnetes Weihnachtsfest.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schlachter das Wort.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Landesrechnungshof war noch nie so wichtig wie heute; denn noch nie war die Haushaltssituation so dramatisch wie heute, nie war die haushaltswirtschaftliche Perspektive des Landes so düster wie heute.

Sie, Herr Präsident Munding, und Ihr Haus erinnern die Landesregierung und den Landtag immer wieder daran, dass Sparen nicht allein mit Absichtserklärungen und Sonntagsreden geht, sondern Sie machen konkrete Vorschläge, konsequent und auch gut vorbereitet, Thema für Thema, Einzelfall für Ein-

zelfall. Für diese beharrliche Arbeit danke ich Ihnen, Herr Präsident, und Ihrem Senat auch namens meiner Fraktion. Wir bitten Sie, diesen Dank an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzureichen.

(Beifall bei den Grünen)

Leider fehlt der Landesregierung und auch den Regierungsfractionen einfach der Mut, die Empfehlungen des Landesrechnungshofs konsequent aufzugreifen und auch umzusetzen. Das wäre ein Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung der Landesfinanzen. Ich nenne einfach einmal ein paar Beispiele.

Zunächst strukturelle Einsparungen – ich zitiere von Seite 28 der Denkschrift –:

Der Rechnungshof erneuert ... seine langjährige Forderung, die Haushaltssanierung von der Ausgabenseite her nachhaltig, also durch strukturelle Einsparmaßnahmen, voranzutreiben.

Im Entwurf des Doppelhaushalts, den der Finanzminister heute vorgestellt hat, findet sich nichts von strukturellen Einsparvorschlägen. Im Gegenteil, die Landesregierung plündert sogar den Grundstock, das Nachhaltigkeitsvermögen des Landes schlechthin. Die Landesregierung stimmt den Steuersenkungen auf Pump zu.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP: Wie die Grünen 2002!)

Auch das ist ein Anschlag auf eine gesunde Haushaltsstruktur.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Bundesfinanzminister Schäuble hat wenigstens einen Anfang gemacht. Er spricht von einem strukturellen Einsparvolumen von 10 Milliarden €, das man brauche, um im Bund die Schuldenbremse einhalten zu können. In Baden-Württemberg haben wir als Grüne im Finanzausschuss beantragt, mit einem Einsparvolumen von 1 Milliarde € für die nächsten Jahre wenigstens einen Pfad zu legen, um die Schuldenbremse einhalten zu können. Wir haben heute nichts davon gehört. Das heißt, Sie wollen immer so weitermachen. Wenn Sie so weitermachen, werden Sie die Schulden von heute 43 Milliarden € auf 80 Milliarden € oder noch deutlich mehr erhöhen.

Wir haben, wie gesagt, einen Einsparvorschlag gemacht. Sie haben ihn nicht aufgegriffen. Wir wollten die Pensionen langsamer ansteigen lassen als bei der Regelung, die Sie hier durchgewunken haben. Dies hätte 150 Millionen € gebracht – sicher nicht 1 Milliarde €, aber immerhin einen Betrag, um vorwärtszukommen; auf jeden Fall bräuchte dies mehr als die Dienstrechtskosmetik, die Sie in den letzten Tagen hier beschlossen haben.

(Beifall bei den Grünen)

Der Finanzminister – er ist leider nicht mehr da –

(Abg. Stephan Braun SPD: Herr Schlachter, Herr Fleischer ist doch da!)

müsste eigentlich wissen, dass Sparen etwas Gutes ist. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Aber er sprach leider heute

(Eugen Schlachter)

Morgen nicht vom Sparen und hatte auch keinen konkreten Einsparvorschlag.

Ich will aus der Denkschrift ein eklatantes Beispiel herausgreifen. Das ist der Straßenbau. Wenn es um den Straßenbau geht, funkeln dem CDU-Abgeordneten die Augen; bei schwarzem Bitumen wird er fröhlich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha no! Straßen sind zum Fahren da! – Abg. Rainer Stickleberger SPD: Auf Feldwegen!)

Der Rechnungshof zeigt es an einem Beispiel auf: In Riedlingen soll der Bau einer Straße mit aller Gewalt durchgesetzt werden, obwohl die Verkehrsprognosen völlig unrealistisch sind. Die Straße kostet 20 Millionen €. Der Rechnungshof legt dezidiert dar, dass man diese Straße eigentlich überhaupt nicht braucht.

(Abg. Rainer Stickleberger SPD: Sie würden auf trockenen Wegen fahren!)

CDU und FDP/DVP huschen sich zusammen, um möglichst einen Beschluss hinzubekommen, mit dem alles ausgehebelt wird, was der Rechnungshof sauber ausgearbeitet hat.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sagen Sie das Ihrem Kollegen Palmer auch, wenn es um den Straßenbau in Tübingen geht?)

– Ich spreche von Riedlingen. In meinem Wahlkreis habe ich den Mut, zu sagen: Diese Straße brauchen wir nicht.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Welche brauchen Sie nicht? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welche, Kollege Schlachter?)

– In Riedlingen. Sie müssen halt zuhören.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich höre gut zu! Aber Sie nutzen die Straßen ja auch!)

– Diese im Besonderen nicht.

Jedenfalls formuliert die CDU dann in einem Beschlussantrag, man müsse die Straße wenigstens kostengünstig bauen. Wenn die Straße Unsinn ist, dann verhindert man den Unsinn, indem man sie ganz einfach nicht baut.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das sehen die Riedlinger anders!)

Ein weiteres Feld, auf dem wir riesige Kostenlöcher haben, sind die Computernetze des Landes. Eigentlich müsste man meinen, da gehe es um Technik. Aber es geht hier überhaupt nicht um Technik, sondern es geht um mangelnden Mut. Es geht eigentlich zu 95 % um die Lustlosigkeit, sich zusammenzusetzen und die Vorschläge des Landesrechnungshofs umzusetzen. Der Rechnungshof spricht hier von einem Einsparvolumen von 50 Millionen € im Jahr; das ist ein erheblicher Betrag. Aber die Regierung will selbst dieser Aufforderung nicht nachkommen.

Wenn ich im Finanzausschuss sitze und die Berichte des Rechnungshofs mit den Beschlussvorschlägen lese, dann denke ich,

da müsste man doch die Chance ergreifen, nachhaltige Haushaltspolitik zu machen, und die Vorschläge umsetzen. Aber der Finanzausschuss verabschiedet Beschlussempfehlungen, die da heißen, die Landesregierung möge prüfen und nach langer Zeit irgendwann einmal wieder berichten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so werden wir nur weiter Schulden machen. So werden wir dieses Land haushaltspolitisch nicht in Ordnung bringen.

Wir wissen, dass laut einer Umfrage des „Stern“ die Staatsverschuldung als das größte Risiko der Menschen in der Republik angesehen wird. Wenn wir schon wissen, dass dieses Risiko besteht, dann sind wir dazu gewählt, den Menschen dieses Risiko von den Schultern zu nehmen. Wir werden dafür sogar bezahlt. Deshalb sollten wir u. a. die Vorschläge des Rechnungshofs aufgreifen und mit strukturellen Einsparungen beginnen.

Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Berroth das Wort.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrter Herr Präsident des Rechnungshofs, meine Damen und Herren! Die Denkschrift 2009 hat keine Skandale offenbart. Sie hat auch keine gravierenden Fälle öffentlicher Verschwendung ans Tageslicht gebracht. Aber auch die diesjährige Denkschrift des Rechnungshofs hat eine ganze Fülle von Anregungen und Hinweisen für einen sparsamen und effizienteren Umgang mit öffentlichen Mitteln erbracht. Ich muss eines dazusagen: Diese Hinweise werden von der Verwaltung in der Folge meist auch ohne einen offiziellen Beschluss des Landtags beachtet.

Die Verdienste des Rechnungshofs um eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung sind unstrittig. Wir als Parlament würdigen dies am besten dadurch, dass die Denkschrift des Rechnungshofs zügig beraten wird, dass die Anregungen des Rechnungshofs aufgegriffen werden und dass genauestens auf die Umsetzung der entsprechenden Beschlüsse des Landtags geachtet wird. Diesmal – das muss man festhalten – sind wir schon zum Ende des Jahres mit der Beratung der Denkschrift fertig. Das ist, glaube ich, fast ein neuer Geschwindigkeitsrekord. Es war uns aber wichtig, dies zügig abzuwickeln, bevor wir den neuen Haushalt angehen.

Die besondere Stellung des Rechnungshofs wird auch dadurch deutlich, dass bei der Beratung von Denkschriften und Beratenden Äußerungen nicht immer, aber doch sehr häufig Einmütigkeit im Finanzausschuss erreicht werden kann. Das sind all die Fälle, über die in dieser Debatte nicht berichtet wird.

Auch dies belegt das Vertrauen, das dem Rechnungshof entgegengebracht wird. Deshalb gilt auch unser besonderer Dank Herrn Präsident Munding und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungshofs.

Aus der Fülle von Anregungen für einen sparsamen und effizienteren Umgang mit öffentlichen Mitteln, die wir der Denkschrift 2009 verdanken, wollen auch wir einige wenige zumindest kurz ansprechen.

(Heiderose Berroth)

Im Beitrag Nummer 7 zur Umsetzung und Finanzierung des Generalverkehrsplans steht, dass man schon bei der Aufstellung des Plans darauf achten soll, was an Realisierungsmöglichkeiten überhaupt vorhanden ist. Eines muss ich aber auch hier hinzufügen: Die Planung muss ein Stückchen über das Soll hinausgehen, denn nicht immer kann man alles so zügig umsetzen, wie man es vorhat. Es gibt sehr oft Einsprüche, es gibt Planungshindernisse. Wenn man dann plötzlich mit Geld, aber ohne Maßnahmen dastünde, wäre das wirklich falsch.

(Abg. Ingo Rust SPD: Aber nicht doppelt so viel!)

Wir haben im Straßenbau nach wie vor einen sehr großen Nachholbedarf. Das muss man auch realistisch sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Beim Beitrag Nummer 16 geht es um Zuwendungen für Erhaltung und Pflege von Kulturdenkmalen. Darin wurde darauf hingewiesen, dass wir eine Verwaltungsvereinfachung und -beschleunigung erreichen können und dass es künftig keine Parallelförderung durch Steuerbegünstigung einerseits und Landesförderung andererseits mehr geben soll. Auch hier wird eine Veränderung kommen.

Beitrag Nummer 17 befasst sich mit den Personalunterkünften der Zentren für Psychiatrie. Diese sind zum einen schon relativ alt, zum anderen aber auch kaum mehr wirtschaftlich zu betreiben. Wir streben ein Zurückgehen der Zahl dieser Unterkünfte an, weil sie in diesem Maß nicht mehr gebraucht werden. Wir wollen dies durch eine schrittweise Absenkung des darauf bezogenen Landeszuschusses erreichen.

Beim Beitrag Nummer 20 geht es um Steuervorteile bei Gebäuden in Sanierungsgebieten. Es gab hier eine große Zahl von Beanstandungen, weil zum Teil auch Gemeinden ihre Bescheinigungen sehr, sehr großzügig ausgestellt haben. Auch da wird man künftig darauf achten, dass nicht zu Unrecht Zuschüsse abkassiert werden.

Der vorletzte Beitrag, dessen Erwähnung uns wichtig ist, betrifft die Förderung der Landesbühnen. Wir haben den Vorschlag des Rechnungshofs in diesem Fall nicht aufgegriffen, weil er unserer Meinung nach die sehr unterschiedlichen Strukturen der Landesbühnen zu wenig berücksichtigt hat. Aber wir wollen, dass ein Anteil der Kommunen an der Landesbühnenförderung von 30 % erreicht wird. Vor allem wollen wir, dass – wie auch bei den anderen Fällen – sehr zügig wieder darüber berichtet wird, sodass der Landtag kontrollieren kann, ob das, was man beschlossen hat, Ergebnisse gezeitigt hat.

Dies gilt auch für den letzten von mir aufgegriffenen Beitrag, nämlich den Beitrag zu den Aufbaugymnasien mit Heim in Trägerschaft des Landes. In der Debatte hat sich herausgestellt, dass diese an ihren Standorten eine sehr wichtige Rolle spielen.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Eine Kommunalisierung ist schon deshalb nicht möglich, weil es sich dort um kleine Standortgemeinden handelt, die dies nicht schultern könnten.

Nichtsdestotrotz haben wir eine bessere Kooperation zwischen diesen Schulen angeregt. Wir Liberale können uns auch vor-

stellen, dass es mittel- bis langfristig z. B. zu einer Privatisierung kommt. Das Land muss in der Tat nicht Träger dieser Schulen sein. Man kann sie aber nicht einfach auflösen. Sie werden gebraucht. Wer sie weiter führen wird, wird man sehen müssen. Dort, wo sich Möglichkeiten zur Privatisierung ergäben, wären wir dabei.

In all diesen wie in anderen Fällen ist es wichtig, dass wir die Ergebnisse sichern und eine konsequente Umsetzung der Beschlüsse des Landtags beachten. Hierzu ist der Ergebnisbericht, den der Rechnungshof im letzten Jahr zum ersten Mal in dieser Form vorgelegt hat, eine wichtige Hilfe.

Neben der Denkschrift – dies zum Schluss – legt der Rechnungshof dem Landtag regelmäßig Beratende Äußerungen vor. Im vergangenen Jahr waren es fünf Beratende Äußerungen. Auch diesen Arbeiten verdanken wir wesentliche Anstöße zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit in der Landesverwaltung.

Herr Kollege Schlachter, Sie haben besonders die Stellungnahme zum Haushalt angeführt. Wenn wir, die Fraktionen von CDU und FDP/DVP, die seit 1996 die Regierungskoalition bilden,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: So lange schon?)

nicht immer streng auf die Ausgaben geachtet hätten, dann wäre die Situation des Landeshaushalts heute viel, viel schlechter. Wir stehen in der Verschuldung in Deutschland auf dem dritt-niedrigsten Platz. Es ist, glaube ich, wichtig, das zu beachten.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, bitte kommen Sie allmählich zum Schluss.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich komme zum Schluss. – Der Kampf um eine Verringerung der Staatsverschuldung ist auch uns ein wichtiges Anliegen. Gerade in der Krise ist dieser Kampf besonders schwierig, aber da ist es auch besonders wichtig, ihn zu führen.

Ein Letztes: Dieselben Maßstäbe der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, die der Rechnungshof bei anderen anlegt, lässt er natürlich auch für sich selbst gelten. So muss dies auch sein. Wir gehen deshalb davon aus, dass die Möglichkeiten der Umgestaltung, die der Rechnungshof nach dem Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes mit der Änderung von § 100 der Landeshaushaltsordnung erhalten wird, ebenfalls im Sinne eines zusätzlichen Beitrags zu mehr Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit genutzt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Fleischer das Wort.

Staatssekretär Gundolf Fleischer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Rechnungshofpräsident! Am 29. Juni 2009 stellte der Präsident des Rechnungshofs, Herr Max Munding, die Denkschrift 2009 im

(Staatssekretär Gundolf Fleischer)

Landtag vor. Zwischenzeitlich hat sich der Finanzausschuss des Landtags in verschiedenen Sitzungen intensiv mit den Ergebnissen des Rechnungshofs auseinandergesetzt und sowohl die Prüfungsbemerkungen des Rechnungshofs als auch die Feststellungen in der Denkschrift ausführlich und sorgfältig beraten.

Mit der Denkschrift 2009 hat der Rechnungshof dem Landtag und der Regierung wiederum die Möglichkeit verschafft, anhand der aufgeführten Fälle auf eine noch effektivere und kostenbewusstere Verwaltung hinzuwirken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Präsident Munding Ende Juni 2009 die erste unter seiner Leitung verfasste Denkschrift vorgelegt hat, erfolgte dies zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Auswirkungen der Erschütterungen durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Landeshaushalt von Baden-Württemberg schon deutlich abzeichneten.

Die Konsequenzen der globalen Verwerfung für Deutschland und Baden-Württemberg sowie deren Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte, speziell auch auf den Landeshaushalt, hat Ihnen Finanzminister Stächele heute in seiner Haushaltsrede bereits dargelegt.

Zu Recht hat der Präsident des Rechnungshofs im Vorwort der Denkschrift 2009 festgehalten:

Das Ziel der Nullverschuldung ist damit keinesfalls obsolet geworden. Es kann in der derzeitigen Lage nicht absolut gesetzt werden, es muss sich vielmehr in die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse einfügen und den aktuellen Bedingungen Rechnung tragen. Die Reihenfolge der Prioritäten

– die der Rechnungshof aufgestellt hat und denen die Landesregierung nur zustimmen kann –

lautet jetzt zwangsläufig: Wirtschaftskrise überwinden, Staatsfinanzen konsolidieren und der mittelfristigen Gefahr einer möglichen Inflation vorbeugen.

Danach handelt die Landesregierung. Die Eckwerte des Staatshaushaltsplans für die Jahre 2010 und 2011 machen dies deutlich.

Der Doppelhaushalt 2010/2011 ist ein Kompromiss getreu dem Motto: erstens solide Staatsfinanzen, zweitens Investitionen in die Zukunft. Mit diesen gezielten Investitionen wollen wir die Krise bewältigen und das Wachstum fördern.

Wir können und müssen dafür in den Jahren 2010 und 2011 vorübergehend Haushaltsdefizite in Kauf nehmen. Aber nach Überwindung der Krise muss die Konsolidierung des Haushalts wieder absolute Priorität in unserem Handeln haben.

Zur notwendigen Haushaltskonsolidierung liefern uns die Beiträge in der Denkschrift des Rechnungshofs wichtige Impulse. Gern möchte ich deshalb auf einige Themen in der Denkschrift eingehen.

Mehrere Beiträge in der Denkschrift beschäftigen sich mit dem Thema Personal. Sie zeigen auf, wie durch Optimierung von Organisationsabläufen sowohl Personal- als auch Sachmitteleinsparungen möglich sind.

Aus Sicht der Landesregierung ist der effektive Einsatz des Personals und der Abbau von Stellen für die Haushaltskonsolidierung eine zwingende Notwendigkeit. Der Abbau der Stellen war nötig, damit der gleichzeitige Stellenzugang im Bildungsbereich, der allerersten Priorität unseres politischen Handelns, zu keinen Mehrbelastungen führt.

Um Ihnen das an Zahlen deutlich zu machen: Von 1993 bis 2011 werden in unserem Land insgesamt 15 000 Stellen eingespart, aber in etwa die gleiche Zahl haben wir an Mehrstellen insbesondere im Bildungsbereich, ganz überwiegend an unseren Schulen und Hochschulen, aber auch im Bereich der inneren Sicherheit, also bei unserer Polizei. So haben wir zwar 15 000 Stellen eingespart, was einem jährlichen Betrag von etwa 600 Millionen € entspricht, aber wir haben zur gleichen Zeit, wie gesagt – und das auf Drängen des gesamten Hauses, teilweise von der Opposition besonders gefordert, was von ihrem Selbstverständnis her verständlich ist –, entsprechend neue Stellen eingerichtet.

Der Rechnungshof hat auch die Einnahmeseite näher betrachtet und Hinweise zur Optimierung gegeben. Für Verwaltungsleistungen sollten die Gebühren möglichst kostendeckend sowie die Steuern vollständig erhoben werden. Dies kann ich nur unterstreichen.

Um die knappen Haushaltsmittel zielgerichtet auszugeben, ist es in der Tat unabdingbar, die Ausgaben auf ihre Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen und den Bedarf kritisch zu hinterfragen. Auch mit diesem Themenfeld befasste sich der Rechnungshof in seiner Denkschrift und überprüfte u. a. den Neubau für den Höchstleistungsrechner der Universität Stuttgart, den Wohnungsbestand der Zentren für Psychiatrie sowie die Aufbaugymnasien mit Heim in Trägerschaft des Landes. Alle Fälle sind auch bereits von den Vorrednern benannt worden.

Der Rechnungshof hat sich zudem nicht gescheut, ein unter monetären Gesichtspunkten sensibles Thema aufzugreifen: die Kulturbetriebe des Landes. So fordert der Rechnungshof z. B., die Zuschüsse des Landes an die drei Landesbühnen in Tübingen, Esslingen und Bruchsal neu zu berechnen, die Eigenständigkeit der Kunsthalle Baden-Baden auf den Prüfstand zu stellen sowie eine Neuorganisation beim Archäologischen Landesmuseum vorzunehmen.

Einen weiteren Schwerpunkt der Denkschrift 2009 stellt wiederum der Zuwendungsbereich dar. Der Rechnungshof hat sich mit dem Nutzen von Förderprogrammen, der zweckentsprechenden Verwendung von Fördermitteln sowie den Förderatbeständen befasst und wertvolle Anregungen gegeben.

Freilich gibt es in der Denkschrift 2009 aber auch Punkte, bei denen der Rechnungshof einerseits und die Regierung mit der Mehrheit des Parlaments andererseits nicht einer Meinung sind. Dadurch lassen wir uns aber nicht von unseren gemeinsamen Bemühungen abbringen, den Haushalt des Landes weiter zu konsolidieren.

Bei umfangreichen Prüfungen stellt der Rechnungshof seine gewonnenen Erkenntnisse auch gesondert in Beratenden Äußerungen dar. Allein in diesem Jahr hat der Rechnungshof bereits fünf Beratende Äußerungen vorgelegt. Ich darf sie kurz beleuchten.

(Staatssekretär Gundolf Fleischer)

Seine Ergebnisse zur Wirtschaftlichkeitsanalyse von Projekten in öffentlich-privater Partnerschaft der ersten und zweiten Generation bei Hochbaumaßnahmen des Landes stellte der Rechnungshof am 16. März 2009 vor. Das Parlament hat sich mit diesem Thema mehrfach und eingehend befasst.

Am 24. März 2009 veröffentlichte der Rechnungshof die Beratende Äußerung zur Organisationsuntersuchung bei den Regierungspräsidien des Landes. Dabei kommt der Rechnungshof u. a. zu dem Ergebnis, dass die Regierungspräsidien die Herausforderungen der Verwaltungsstrukturreform gut gemeistert haben. Das ist ein Lob, dem wir uns nur vorbehaltlos anschließen können.

Auch ging der Rechnungshof mit einer Beratenden Äußerung zur rechtlichen Betreuung der Frage nach, wie dort die Kostenexplosion aufgehalten werden kann. Die Ergebnisse wurden im Mai 2009 vorgelegt.

Mehr politische Aufmerksamkeit für die Informations- und Kommunikationstechnik im Land forderte der Rechnungshof in seiner Beratenden Äußerung vom 31. August 2009 zur Neuausrichtung der Organisation der Informations- und Kommunikationstechnik in der Landesverwaltung.

Schließlich stellte der Rechnungshof Ende 2009 seine Ansätze für ein optimiertes Erhaltungsmanagement bei Landesstraßen vor. Um die knappen finanziellen Mittel optimal zu nutzen, empfiehlt der Rechnungshof, die Mittel beim Straßenbau umzuschichten und neue Prioritäten zu setzen, nämlich Substanzerhalt vor Ausbau und Neubau.

In einer anderen Richtung ist dieses Thema vorhin auch hier diskutiert worden, nämlich im Zusammenhang mit der Frage des Umfangs des Generalverkehrsplans, einer sehr interessanten Frage. Zur intellektuell-politischen Redlichkeit gehört sicher auch, zu überdenken, wie viele Briefe aus diesem Parlament jede Woche und jeden Monat an Staatssekretär Köberle gehen, in denen entsprechende Forderungen gestellt werden. Außerdem muss man bedenken, dass gerade in diesem Bereich, in dem zeitliche Abläufe sehr wackelig sind und man oft nicht weiß, ob dann, wenn das Geld zur Verfügung steht, auch aus rechtlicher Sicht mit dem Bau begonnen werden kann, eine entsprechende Flexibilität notwendig ist. Aber dies hatten Sie, Herr Rust, sicherlich auch so gesehen und hier nicht an eine Spitzabrechnung gedacht.

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD – Abg. Stephan Braun SPD: Aber nicht weniger als die Hälfte!)

Diese Aufzählung zeigt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass das Instrument der Beratenden Äußerung einen breiten Raum in der unverzichtbaren Arbeit des Rechnungshofs für das Parlament und die Verwaltung einnimmt.

Ausdrücklich möchte ich festhalten: Wir, das Finanzministerium und der Rechnungshof, sind uns einig in dem Ziel eines verantwortungsbewussten und sparsamen Umgangs mit den finanziellen Ressourcen des Landes.

Namens der Landesregierung danke ich Ihnen, Herr Präsident Munding, aber auch allen Direktoren und Mitarbeitern des Rechnungshofs für die geleistete Arbeit und die kritische, aber immer auch konstruktive Begleitung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich danke auch Ihnen für die konstruktive Beratung im Finanzausschuss und in den Fachausschüssen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses, Drucksachen 14/5301 bis 14/5327. Im Finanzausschuss wurden 20 Beschlussempfehlungen einstimmig und sieben mehrheitlich verabschiedet.

Wenn Sie damit einverstanden sind, stelle ich jetzt zuerst einmal die einstimmig verabschiedeten Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses, Drucksachen 14/5302, 14/5304, 14/5305, 14/5307, 14/5308, 14/5310 bis 14/5313, 14/5315 bis 14/5317, 14/5319 bis 14/5323 sowie 14/5325 bis 14/5327, gemeinsam zur Abstimmung. Wer diesen Beschlussempfehlungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit sind diese Beschlussempfehlungen alle einstimmig angenommen worden.

Wir haben nun noch über die restlichen sieben Beschlussempfehlungen Drucksachen 14/5301, 14/5303, 14/5306, 14/5309, 14/5314, 14/5318 und 14/5324 abzustimmen, die vom Finanzausschuss mehrheitlich verabschiedet wurden. Hierzu gibt es einen Vorschlag: Wenn Sie damit einverstanden sind, stelle ich analog § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Sie stimmen dem zu. Vielen Dank. Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut! Man braucht nicht einmal die Hand zu heben!)

– Herr Kollege, wir vom Präsidium aus entlasten die Abgeordneten auch bei dieser Tätigkeit. Wir schaffen sie nur nicht vollständig ab.

(Heiterkeit)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD – Verlängerung der geförderten Altersteilzeit – Drucksache 14/5560

– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Ich darf für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Hausmann das Wort erteilen.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben unter diesem Tagesordnungspunkt einen Antrag zu diskutieren, der für dringlich erklärt wurde.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Rudolf Hausmann)

Ich will im Voraus ein paar Ausführungen zur Dringlichkeit machen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir leben noch immer mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, und zwar im Moment unter ganz besonderen Bedingungen. In den letzten zwölf Monaten hat sich aufgrund der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise eine völlig veränderte Arbeitslosenstruktur ergeben.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Es gibt eine neue, veränderte Arbeitslosenstruktur. Wir stehen vor der Situation, dass die Kurzarbeiterregelung, die zwar Gott sei Dank von der jetzigen Regierung verlängert wurde, für viele Betriebe, vor allem für Betriebe in Baden-Württemberg, auslaufen wird. Angesichts der aktuellen Situation hat der Chef der Bundesagentur für Arbeit in einem Interview vom 15. Dezember 2009 Baden-Württemberg neben Bayern und Nordrhein-Westfalen zu den Hochrisikoregionen Deutschlands im Hinblick auf den Arbeitsmarkt gezählt.

Der Bundesrat wird sich in seiner morgigen Sitzung mit einem Gesetzesantrag der Länder Rheinland-Pfalz und Bremen befassen, der die Verlängerung der Regelung zur geförderten – die Betonung liegt auf „geförderten“ – Altersteilzeit begehrt.

Ich glaube also, es gibt Gründe genug, um den Antrag für dringlich zu erklären.

Zunächst ein paar Ausführungen zur Arbeitslosenstruktur: Wir haben in Baden-Württemberg eine besondere Betroffenheit, aber auch bundesweit zeigt sich, dass Menschen über 50 und unter 25 Jahren besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Was in den letzten zwölf Monaten jedoch ganz neu hinzukam, war Folgendes: Von 230 000 neu hinzugekommenen Arbeitslosen in Deutschland sind erstaunlicherweise 220 000 Männer, meist im mittleren Alter und gut qualifiziert. Wenn wir jetzt erwarten müssen, dass die Kurzarbeiterregelung für viele Betriebe ausläuft und sich die Folgen auf dem Arbeitsmarkt in Form einer höheren Arbeitslosigkeit niederschlagen, dann zeigt sich wiederum etwas ganz Neues. Es zeigt sich nämlich, dass diejenigen, die unter 25 oder über 50 sind, einer besonderen Konkurrenz ausgesetzt sind. Deswegen ist es nötig, besondere Maßnahmen zu ergreifen, damit wir hier etwas auf die Reihe bekommen und nicht einem Desaster ins Auge blicken müssen.

Der zweite Punkt ist die Problematik der Hochrisikoregion. Wir haben in Baden-Württemberg Maschinenbau, wir haben Automobilindustrie, also genau die Bereiche, die jetzt besonders von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sind; betroffen sind alle Bereiche, die besonders exportabhängig sind. Diese Bereiche profitieren in Bezug auf die Arbeitslosigkeit umgekehrt besonders von dem Abmilderungseffekt, der durch die Umsetzung der Kurzarbeiterregelung entsteht. Baden-Württemberg profitiert dabei überproportional; hier wurden diese Möglichkeiten – Gott sei Dank – umfassend in Anspruch genommen. Aber diese Regelungen laufen insgesamt aus.

Deswegen meinen wir, dass wir weitere Maßnahmen brauchen, nämlich die öffentlich geförderte Altersteilzeit. Wir unterstützen den genannten Antrag im Bundesrat und wollen, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg sowie das

Landesparlament dies ebenfalls mittragen. Als Sofortmaßnahme soll die Förderung der Altersteilzeit um fünf Jahre verlängert werden. Voraussetzung für die Förderung der Altersteilzeit ist, dass ein neuer – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Aufmerksamkeit.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Das ist sozusagen die vorweihnachtliche Ungeduld.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist das Warten auf die Bescherung!)

Ich verstehe das gut; deshalb mache ich es auch kurz.

Wir wollen, dass die Förderung dann stattfindet, wenn ein Arbeitnehmer nach Abschluss der Ausbildung bzw. bei kleineren Betrieben alternativ ein Auszubildender eingestellt wird und gleichzeitig ein älterer Mitarbeiter aus dem Betrieb ausscheidet bzw. eine echte Altersteilzeit in Anspruch nimmt.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wolf das Wort.

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

Abg. Guido Wolf CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir heute über das Thema Altersteilzeit reden, dann will ich der eigentlichen Thematik, lieber Kollege Hausmann, keineswegs aus dem Weg gehen. Es ist mir jedoch ein Bedürfnis, zunächst ein Wort an diejenigen zu richten, für die Altersteilzeit seit jeher ein Fremdwort ist und bleiben wird.

Da ich weiß, dass wir auf der Zuhörertribüne viele Landfrauen aus dem Wahlkreis meines geschätzten Kollegen Rombach haben, möchte ich einmal denen Respekt und Anerkennung aussprechen, die so etwas wie die Altersteilzeit nicht kennen. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir uns hier einmal Gedanken darüber gemacht hätten, wie wir Landfrauen in fortgeschrittener Berufsphase fördern können. Ich meine, es ist nur gerecht, dies in diesem Zusammenhang einmal anzusprechen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD – Abg. Alfred Winkler SPD: Warum haben Sie es nicht schon längst gemacht? Was ist denn daran neu? Das ist nur für Sie neu!)

Zur Sache selbst, lieber Kollege Hausmann. Worüber reden wir? Wir reden darüber, dass mit Ablauf des Jahres 2009 die von der Bundesagentur geförderte Altersteilzeit auslaufen soll. Das bedeutet aber nicht

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wohlfeiles Geschwätz!)

das Ende der Altersteilzeit. Die BA-geförderte Altersteilzeit macht gerade einmal ein Drittel aller Altersteilzeitfälle aus.

(Guido Wolf)

Was heißt „BA-geförderte Altersteilzeit“? Der Arbeitgeber hat einen Aufstockungsbetrag von 20 % zu finanzieren. Darüber hinaus muss er zusätzliche Beiträge und Abgaben an die Rentenversicherung erbringen. Diese sind übrigens steuerfrei. Wenn wir über den Ausstieg aus der BA-geförderten Altersteilzeit reden, dann reden wir übrigens nicht darüber, dass diese Aufstockung und die aufzubringenden Sozialabgaben künftig besteuert werden sollen. Das soll steuerfrei bleiben. Es bleibt also noch immer in zwei Dritteln aller Fälle bei der öffentlichen Förderung der Altersteilzeit. Es geht nur um den Ausstieg aus der klassischen Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit.

Morgen wird im Bundesrat – lieber Kollege Hausmann, es ist deshalb völlig richtig, heute hier darüber zu diskutieren – ein Gesetzesantrag vonseiten der Länder Rheinland-Pfalz, Brandenburg und Bremen mit dem Ziel eingebracht, diese Regelung um weitere fünf Jahre zu verlängern. Es muss erlaubt sein, hier einmal zu sagen, was dies kosten würde. Wenn man die BA-Förderung um fünf Jahre verlängern würde, würde dies die Bundesagentur 3,6 Milliarden € kosten. Die CDU-Fraktion – das darf ich an dieser Stelle klar und deutlich zum Ausdruck bringen – wird einer solchen Verlängerung nicht das Wort reden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Sie hat gute Gründe dafür: Die Förderung von Ausgebildeten mit Mitteln der Altersteilzeit ist eine Förderung nach dem Gießkannenprinzip, mit der selbst die Integration von erstklassigen Bewerbern durch den Beitragszahler subventioniert wird.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Es kann doch nicht unser Ziel sein, dass wir die Vermittlung auch erstklassiger Bewerber auf dem Rücken aller Beitragszahler austragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Zweiter Grund: Die Altersteilzeit als Arbeitsmarktinstrument ist teuer und kontraproduktiv. Ein durchschnittlicher Altersteilzeitfall kostet die BA derzeit mehr als 50 000 €. Dagegen kostet die Förderung eines Arbeitslosen zur Erlangung eines neuen Arbeitsplatzes mit Eingliederungszuschüssen durchschnittlich nur 4 000 €. Diese Instrumente sind erfolgreich. Warum sollen wir in Altersteilzeit investieren, wenn es günstigere Eingliederungsmaßnahmen gibt? Deswegen sind wir gegen diese Verlängerung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Niemand sagt, dass in der Vergangenheit alles, was in puncto Altersteilzeit gemacht worden ist, falsch gewesen wäre. Man muss sich aber auch dazu bekennen, dass man zu unterschiedlichen Zeiten und angesichts unterschiedlicher Rahmenbedingungen unterschiedliche Prioritäten setzt.

Altersteilzeit ist nicht selten Etikettenschwindel,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

weil 90 % derer, die sie beanspruchen, diese

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Blockmodell!)

im Blockmodell absolvieren. Das heißt, der beabsichtigte Übergang von Erfahrung zu Jugend findet gar nicht statt. 90 % nehmen das Blockmodell in Anspruch und scheiden früher aus. Es kann aber – auch angesichts der demografischen Entwicklung – nicht unser Interesse sein, die Frühverrentung staatlich zu fördern. Deswegen sind wir gegen diese Verlängerung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass wir propagieren, es lohne sich, dass sich auch Menschen über 50 weiterbilden, und die Frühverrentung ablehnen, gleichzeitig aber akzeptieren, dass es vor allem in den Großbetrieben zum guten Ton gehört, dass über 50-Jährige möglichst schnell den Betrieb verlassen. Das ist unsozial, und deswegen gehen wir diesen Weg nicht mit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! Unsozial!)

Der Grundsatz, meine Damen und Herren, muss auch weiterhin sein: Wer nicht mehr arbeiten kann, wird von der Solidargemeinschaft aufgefangen. Aber diejenigen, die nicht mehr arbeiten können, können nur von denjenigen aufgefangen werden, die in der Lage sind, zu arbeiten, und denen müssen wir eine längere Lebensarbeitszeit abverlangen. Anders ist unser System nicht zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es gäbe noch viel zu sagen. Allein der weihnachtliche Friede hindert mich daran. Ich wünsche Ihnen allen einen ebensolchen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Auch ablehnen!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im April dieses Jahres ist beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ein Kurzbericht zum Thema Altersteilzeit erschienen. Der Titel lautet „Altersteilzeit: beliebt, aber nicht zukunftsgerecht“. Diesem Fazit des IAB schließen wir uns an, meine Damen und Herren. Für uns Grüne ist klar, dass die geförderte Altersteilzeit gescheitert ist.

(Beifall der Abg. Reinhold Pix und Theresia Bauer GRÜNE)

Sie ist gescheitert, weil sie keine Beschäftigungsbrücke ist; sie ist kein Instrument zum Übergang in den Ruhestand. Vielmehr wird sie – das ist ja auch schon gesagt worden –

(Abg. Guido Wolf CDU: Gute Frau!)

überwiegend in diesem Blockmodell angewendet. Das heißt, man arbeitet noch zwei, drei Jahre und ist dann für weitere

(Edith Sitzmann)

zwei, drei Jahre bereits von der Arbeit freigestellt, wird dafür aber noch entlohnt. Bislang haben wir dem Ziel einer zukunftsfähigen Arbeitswelt mit diesem Modell eher einen Bärendienst erwiesen,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Richtig!)

als dass es förderlich wäre.

In Deutschland haben wir nach wie vor eine negative Kultur der Altersarbeit. Der Beschäftigungsanteil der sogenannten älteren Menschen – ich muss immer „sogenannte ältere Menschen“ sagen, weil es in der Regel um Menschen geht, die älter als 50 Jahre sind; davon haben wir hier im Haus viele;

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

in der Regel sind dies keine älteren Menschen, die nicht mehr leistungsfähig sind,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

sondern ganz im Gegenteil – ist nirgends so niedrig wie in Deutschland, meine Damen und Herren.

Klar ist auch, dass die geförderte Altersteilzeit hauptsächlich von großen Betrieben genutzt wird – ich betone: von großen Betrieben. Dort werden diese sogenannten Älteren als defizitäre Wesen betrachtet und ausgemustert. Dafür ist diese Regelung mitverantwortlich. Deshalb werden wir den Antrag der Fraktion der SPD, der heute hier vorliegt, nicht unterstützen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich möchte Sie an dieser Stelle noch einmal daran erinnern: In der letzten Legislaturperiode – das ist noch gar nicht so lange her – hatten wir eine Enquetekommission zu den Herausforderungen des demografischen Wandels. Wir haben zahlreiche Experten angehört. Wir haben in den Handlungsempfehlungen festgestellt, dass die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöht werden muss, dass in den Betrieben ein grundsätzliches Umdenken erforderlich ist, damit es eine Perspektive für altersgerechte Beschäftigung im Betrieb gibt. Wir haben schon damals beschlossen, durch eine Bundesratsinitiative darauf hinzuwirken, dass insbesondere die Förderung der Altersteilzeit vollständig aufgehoben wird. An dieser Beschlusslage halten wir Grünen fest, meine Damen und Herren.

Die Frage ist auch: Wer profitiert denn eigentlich davon? Zum einen – das habe ich gesagt – sind dies die großen Betriebe, es sind Beschäftigte im öffentlichen Dienst, es sind gut verdienende, hoch qualifizierte, überwiegend männliche Beschäftigte, es sind hauptsächlich Menschen in Büroberufen und eben nicht Menschen mit starker körperlicher Belastung.

Altersteilzeit wird hauptsächlich in großen Betrieben praktiziert: 85 % aller Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten haben Altersteilzeit. Bei den kleinen Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten sind es gerade einmal 4 % – obwohl man nicht behaupten kann, dass die Belastung für den Beschäftigten in einem kleineren Betrieb geringer als in einem großen ist.

Auch die Geringqualifizierten und Geringverdiener profitieren nicht. Deshalb wäre eine Verlängerung der geförderten Altersteilzeit aus Sicht der Grünen zutiefst unkorrekt, ungerecht und deshalb auch falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut! – Zuruf: Bravo!)

Jetzt wurde gesagt, Baden-Württemberg sei eine Hochrisikoregion. Die Frage ist: Ist die Altersteilzeit, die geförderte Altersteilzeit, als Kriseninterventionsinstrument überhaupt geeignet? Auch das ist sie nicht, meine Damen und Herren, weil sie das Beschäftigungsvolumen in einem Betrieb gar nicht reduziert. Zu Änderungen kommt es nur hinsichtlich dessen, wer da beschäftigt ist. Ältere Beschäftigte werden in den Ruhestand geschickt, um olympiareife junge Mannschaften in diesen Unternehmen zu formen. Der Personalbestand bleibt also gleich. Er wird nur verjüngt.

Dies ist sicherlich kein gutes Instrument, um der Krise zu begegnen, denn diese Altersteilzeit wirkt gerade auch aufgrund des Blockmodells erst mit zeitlicher Verzögerung. Erst in zwei oder drei Jahren, wenn die Beschäftigten mit diesem Blockmodell in den Vorruhestand gehen, bewegt sich etwas. Erst dann werden Mittel der Bundesagentur für Arbeit fließen. Wir alle hoffen aber doch inständig, dass wir in drei Jahren die Krise auf dem Arbeitsmarkt weitgehend bewältigt haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Dann wird unser Problem der Fachkräftemangel sein. Das können wir uns aber nicht leisten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch in Zukunft brauchen wir diese hoch qualifizierten Beschäftigten in Baden-Württemberg ganz dringend. Deshalb können wir dem Antrag der SPD nicht zustimmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dieter Hillebrand CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Kollegen können einem in dieser weihnachtlichen Zeit fast leid tun,

(Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

da sie bei diesem Thema so völlig allein zu Hause sind.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir wissen bei diesem Thema viele Menschen hinter uns! Da sind wir nicht allein!)

Ich möchte anerkennen – das ist jetzt ernst gemeint –, dass der Weihnachtsfrieden bei vielen Menschen in diesem Land, in diesem sogenannten Hochrisikoland, getrübt sein wird, weil wir natürlich von einem hohen Niveau aus gestartet sind und nun aufgrund der Exportabhängigkeit hohe Risiken haben, was die Arbeitsplätze betrifft.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau so ist es!)

(Dr. Ulrich Noll)

Das spüren die Menschen draußen. Sie müssen nur einmal mit ihnen reden.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Aber!)

Das ist überhaupt keine Frage. Deswegen ist es legitim, alle Möglichkeiten, alle Programme daraufhin zu überprüfen, ob sie nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristig die richtigen Instrumente sind. Da haben nun Kollegin Sitzmann und Kollege Wolf Punkt für Punkt im Detail auseinandergesetzt, warum die Altersteilzeit nicht sinnvoll ist.

Ich will nur weniges noch einmal ansprechen. In der vergangenen Woche haben wir hier eine Demografiedebatte geführt,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

in der auch ich gesagt habe: Es ist ein Skandal, wenn ältere, kompetente, leistungsfähige Menschen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Wer macht das denn? 50 % der großen Betriebe haben keinen Arbeitnehmer mit über 50 Jahren; das ist also jeder zweite Großbetrieb.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Der Hauptkritikpunkt ist: Diese BA-geförderte Altersteilzeit unterstützt genau diese Tendenz. Das Geld fällt bei der BA ja nicht vom Himmel, sondern es sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie übrigens auch die Arbeitgeber in landwirtschaftlichen Betrieben und in kleinen Handwerksbetrieben, die dafür aufkommen.

Die Zahl ist genannt worden: Fast 90 % aller großen Betriebe nutzen die geförderte Altersteilzeit. Das führt doch nahtlos zu der Beobachtung, dass Großbetriebe genau diejenigen sind, die das, was wir wollen, nämlich dass man Ältere nicht vorzeitig aus dem Erwerbsleben drängt, bisher nicht begriffen haben. Sie haben nicht begriffen, dass wir angesichts der demografischen Entwicklung mittel- und langfristig auf die Kompetenz der Älteren angewiesen sein werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der FDP/DVP: Sehr gut!)

Auch den Namen „Altersteilzeit“ trägt dieses Programm nicht zu Recht. Kollegin Sitzmann hat noch einmal darauf hingewiesen – oder war es Kollege Wolf? –: In 90 % der Fälle wird das Blockmodell angewendet.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE und Abg. Guido Wolf CDU: Beide!)

– Beide haben es gesagt. – Das ist nichts anderes als ein auf Kosten der Solidargemeinschaft finanziertes Frühverrentungsprogramm und eben nicht das, was wir uns vorstellen und worüber wir uns, Herr Kollege Wolf – zu Recht, glaube ich – gemeinsam auch in der neuen Koalition in Berlin Gedanken machen. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir einen gleitenden Übergang in den Ruhestand mit längerer Beschäftigungsmöglichkeit gewährleisten wollen. Hierfür kann dann die Altersteilzeit tatsächlich der richtige Weg sein. Dazu sind übri-

gens, Herr Kollege Hausmann – ich kann es hier nur noch einmal wiederholen –, von Frau Nahles in letzter Zeit ein paar Vorschläge gemacht worden.

Unser Weg muss sein,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass wir nicht für einzelne Gruppen, sondern für alle gesetzlich Rentenversicherten einen Weg finden, um flexibel aus dem Arbeitsleben ausscheiden zu können,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

z. B. indem die Möglichkeit geschaffen wird, eine Teilrente zu beanspruchen und diese durch Erwerbstätigkeit in dem Umfang, in dem man es noch leisten kann und leisten möchte, aufzustocken. Das käme dann allen gesetzlich Rentenversicherten zugute.

Herr Kollege Wolf hat die Kosten angesprochen. Ich habe aus den Zahlen in der betreffenden Bundesratsdrucksache errechnet, dass die Bundesagentur zusätzlich 3,3 Milliarden € nur für diesen BA-geförderten Altersteilzeitbereich aufzuwenden hätte,

(Zuruf des Abg. Guido Wolf CDU)

und zwar zulasten derer, die in kleinen Betrieben arbeiten, die das alles mit ihren Beiträgen finanzieren müssen.

Abschließend würde ich sagen: Ihr Vorschlag ist eine gut gemeinte Überlegung, aber er widerspricht natürlich allen mittelfristigen Zielen, auch demografiebedingten Zielen, die wir mit flexibleren Übergängen von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand künftig erreichen wollen. Es lohnt sich, jetzt nicht hektisch irgendwelche Maßnahmen zu verlängern, sondern gemeinsam zu versuchen, auf der Basis der gesetzlichen Rentenversicherung sinnvolle Modelle zu finden, die einen flexibleren Übergang ermöglichen.

Als Letztes darf ich darauf hinweisen: Dieses Blockmodell bewirkt genau das Gegenteil davon.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Wir wollen doch, dass die Menschen überhaupt befähigt werden, länger zu arbeiten. Dafür werden wir hier im Land, wo wir selbst die Verantwortung haben, Geld einsetzen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: 6 Millionen €!)

weil wir bei verlängerter Lebensarbeitszeit versuchen müssen, ältere Menschen zu befähigen, länger zu arbeiten.

All die genannten Gründe zeigen: Sie stehen an dieser Stelle leider allein.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber da muss etwas Konkretes kommen, nicht nur warme Worte!)

Übrigens haben auch die zuständigen Bundesausschüsse empfohlen, diesen Gesetzentwurf nicht in den Bundestag einzubringen. Recht haben diese Ausschüsse.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Frau Sozialministerin Dr. Stolz das Wort.

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Wichtigste vorweg: Baden-Württemberg wird diesen Gesetzesantrag morgen im Bundesrat nicht unterstützen.

Ich muss dazusagen, dass ich in dieser Debatte keine Argumente gehört habe, die die Regierung dazu bewegen könnten, diesem Gesetzesantrag zuzustimmen; im Gegenteil.

Ich glaube, alle Argumente sind ausgetauscht. Wir müssen schon einmal sehen: Zum einen geht es jetzt nicht darum, irgendwelche schönen, gefälligen Botschaften zu verteilen, sondern hier geht es um langfristige, nachhaltige Arbeitsmarktpolitik. Da müssen wir auch einmal ein nüchternes Fazit dessen, was bisher gelaufen ist, ziehen. Zum Zweiten müssen wir den Mut haben, etwas längerfristiger zu denken, gerade was den Arbeitsmarkt betrifft,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima!)

um von den Sonntagsreden zur demografischen Entwicklung dann wirklich zu konkreter Politik, auch mutiger Politik zu kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Die nüchternen Fakten sind genannt worden, was die Altersteilzeit betrifft. Sie hat nicht dazu beigetragen, dass es zu einem geregelten, ja leichten Übergang in den Ruhestand kommen konnte. 90 % der Personen in Altersteilzeit haben das Blockmodell gewählt. Die Zahlen sind alle genannt. Diese Möglichkeit wurde vor allem von Personen in Büroberufen genutzt und weniger von Personen in Berufen mit körperlicher Belastung,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

was doch eigentlich der Grundgedanke dieses Modells war. Vor allem große Betriebe haben diese Möglichkeit genutzt. Für die kleinen Betriebe war dies viel zu teuer.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die zahlen es!)

Die Kosten – was die Bundesagentur betrifft – sind auch schon genannt worden. Wir rechnen damit, dass im Fall einer Verlängerung Kosten in Höhe von 3,6 Milliarden € auf die Bundesagentur zukommen. Sie wissen, dass die Bundesagentur für das Jahr 2010 mit einem Defizit von 18 Milliarden € rechnet. Das Defizit wird auch nicht einfach verschwinden; es würde vielmehr noch einmal vergrößert durch eine Maßnahme, die als Konjunkturmaßnahme völlig ungeeignet ist und, wie wir auch in der Diskussion gehört haben, eigentlich die Ziele gar nicht erreichen lässt, die mit dieser Altersteilzeit erreicht werden sollten.

Es wurde schon darauf hingewiesen: Altersteilzeit ist auch weiterhin möglich. Die Tarifparteien können das so ausgestalten, wenn sie das denn wollen. Altersteilzeit ist weiterhin möglich; nur die Förderung soll eben wegfallen. Das ist sinnvoll.

Jetzt komme ich zum langfristigen Denken. Die demografische Entwicklung ist angesprochen worden. Ich will nicht

zu sehr auf die Situation im Jahr 2060 eingehen, wobei auch hierzu Zahlen vorliegen. Um die Dramatik einmal aufzuzeigen: Die Zahl der Menschen im Erwerbsalter wird von derzeit 50 Millionen auf 33 bis 36 Millionen im Jahr 2060 absinken.

Aber so weit müssen wir gar nicht schauen. Betrachten wir einmal die Entwicklung in den nächsten zehn Jahren, also im kommenden Jahrzehnt. Aus der Gruppe der 20- bis 64-Jährigen werden im Jahr 2020 etwa 40 % im Alter zwischen 50 und 64 Jahren sein. Es wird also eine immer kleiner werdende Gruppe von Erwerbspersonen unsere sozialen Sicherungssysteme tragen müssen. Da müssen einfach einmal deutliche Zeichen gesetzt werden – vom Fachkräftemangel, der schon Fakt ist, gar nicht weiter zu reden.

Wir können es uns nicht leisten, auf die älteren Arbeitnehmer zu verzichten; das ist schon mehrfach gesagt worden. Wir brauchen die Kompetenz dieser Menschen. Wir brauchen hier mehr. Da dürfen wir keine falschen Signale setzen. Die Altersteilzeit ist bei dem Thema „Bewältigung des demografischen Wandels“ ein absolut kontraproduktives Signal.

Zum Schluss will ich noch sagen: Natürlich liegen uns die jungen Menschen am Herzen. Aber mit der angesprochenen Regelung, bei der noch nicht einmal bewiesen werden kann, ob sie denn wirklich zu einer verstärkten Einstellung von jungen Menschen führt, werden wir nicht weiterkommen. Wir setzen da mehr auf andere Zeichen der Politik: Strukturpolitik, Bildungspolitik,

(Abg. Jörg Döpper CDU: Sehr gut!)

Wachstumspolitik, Steuerpolitik und andere Maßnahmen der BA, die bei der Eingliederung der jungen Menschen wesentlich wirksamer sind.

Ganz zum Schluss, Herr Hausmann: Mit dem Schreckgespenst einer „Hochrisikoregion Baden-Württemberg“ in die Weihnachtsferien zu gehen,

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Unmöglich, so etwas!)

dagegen würde ich mich heftigst wehren. Sie wissen genau, dass dieser Begriff auch ein Spiegelbild hat, nämlich „Hochchancenregion Baden-Württemberg“. Wenn wir die Konjunkturkrise überwunden haben – dafür gibt es Zeichen; das wird besser werden –, dann sind wir nämlich das Hochchancenland dieser Republik.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Bravo! – Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt wird es erst einmal richtig schlecht für viele Menschen!)

Daran arbeiten wir weiter und setzen nicht mit einer Frühverrentungsmentalität völlig falsche Zeichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jörg Döpper CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hausmann das Wort.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Noch einmal? – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Der hat doch gar keine Redezeit mehr!)

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Folgendes müssen Sie einfach noch ertragen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist zwar keine leichte Aufgabe, aber der stellen wir uns!)

Es ist ja nicht ganz alltäglich, dass es hier nach einer Jamaika-Koalition riecht. Eine Kollegin im Bundestag hat bei diesem Thema vom „Fluch der Karibik“ gesprochen, und der taucht hier auch auf.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Nicht neidisch werden!)

Bei allen guten und netten Worten hinsichtlich der demografischen Entwicklung und Aussagen wie „Wir brauchen die Älteren“ und „Wir brauchen die Facharbeiter“, was alles vom Grundsatz her stimmt,

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Aber?)

haben Sie – alle, die nach mir geredet haben – versäumt, eine konkrete Antwort auf eine konkrete Krisensituation zu geben. Diese Antwort sind Sie schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Nur warme Worte! – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Ich möchte Ihnen einmal sagen, wie diese Regelung entstanden ist, falls das in Vergessenheit geraten ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das interessiert niemanden!)

Als sich Deutschland Mitte der Achtzigerjahre in einer schwierigen Situation befand, haben Sie die Regelung zur geförderten Altersteilzeit eingeführt. Das waren Sie. Die haben Sie einige Jahre später sogar als Blockmodell gesetzlich geregelt.

(Abg. Guido Wolf CDU: Blockpartei!)

Warum haben Sie das damals gemacht? Weil da ganz viele Menschen vor der Arbeitslosigkeit standen, weil Massenentlassungen drohten und weil jeder wusste: Lieber geht man vorher in Ruhestand, als dass man in Existenznöte stürzt. Darum haben Sie das damals eingeführt. Diese Regelung gilt noch heute.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Herr Wolf, Entschuldigung: Da reden Sie von „Etikettenschwindel“,

(Abg. Guido Wolf CDU: Ja, sicher!)

wenn die Menschen das in Anspruch nehmen, was Sie selbst verantwortet und geregelt haben, was Sie nicht einmal infrage gestellt und kritisiert haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Guido Wolf CDU: Das war in einer ganz anderen Zeit! – Abg. Dieter Hilbrand CDU: Überhaupt nicht mehr vergleichbar!)

Genau dieses Thema beschäftigt uns auch im Augenblick, Herr Wolf. Langfristig können wir darüber diskutieren, wel-

che Wirkung die geförderte Altersteilzeit insgesamt hat. Darüber können wir vom Grundsatz her gern diskutieren. Dass in Deutschland eine Philosophie entstanden ist, sich der älteren Arbeitnehmer zu entledigen,

(Abg. Guido Wolf CDU: Fehlentwicklung! Große Fehlentwicklung!)

das diagnostiziere ich genauso wie Sie. Nur, das Problem ist: Einerseits werden nette Worte verloren, Ältere sollten länger im Betrieb tätig sein, andererseits werden sie aber hinausgeschmissen und in wirkliche Existenznöte gestürzt. Lieber sollte jetzt eine befristete Regelung, wie sie auf Bundesebene beantragt ist, eingeführt werden, die den Menschen die Chance gibt, eventuell auch früher würdig aus dem Arbeitsleben auszuschneiden, wenn sich der Arbeitgeber für Entlassungen entscheidet.

(Beifall bei der SPD – Abg. Guido Wolf CDU: Schöne Worte!)

Ich will es nicht mehr lange ausdehnen. Aber an den Fakten kommt man einfach nicht vorbei.

Frau Sozialministerin, zu der zitierten Aussage zur „Risiko-region Baden-Württemberg“: Ich kann Baden-Württemberg vom Grundsatz her gar nicht als Risikoregion einschätzen.

(Abg. Guido Wolf CDU: Sie haben es doch gesagt!)

Dieses Stichwort stammt vom Chef der Bundesagentur für Arbeit in Deutschland, und der ist, wenn ich mich richtig erinnere, Mitglied Ihrer Partei. Der sagt dies nicht einmal böswillig, sondern als Aufforderung: Da müsst ihr schauen, dass ihr Chancenland bleibt, dass ihr ordentlich mit dieser Krise umgeht.

Letzter Satz: Wer argumentiert – das ist leider mehr ideologisch geprägt als durch Fakten untermauert –, eine geförderte Altersteilzeit bringe die Menschen in Frühverrentung,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Keine Ahnung!)

dem möchte ich einfach in Erinnerung rufen: Wir haben noch immer eine geförderte Altersteilzeit, und zwar bis Ende 2009. Schauen Sie sich einmal die Zahlen der letzten fünf, sechs Jahre an, was das faktische Renteneintrittsalter anbelangt. Es ist deutlich gestiegen. Das heißt, die Menschen gehen trotz Ihrer ideologisch vorgetragenen Argumentation, es würde das Gegenteil passieren, später in Rente.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Außer den Oberbürgermeistern! Die gehen mit Mitte 50! – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie gehen mit 53 in den Ruhestand! Da hinten sitzt jemand, der das so gemacht hat! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Der ist ja nicht im Ruhestand!)

Frau Sozialministerin, vielleicht waren das jetzt ein paar Argumente, die Sie dazu bewegen können, sich morgen anders zu entscheiden.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5560. Er wird zur Abstimmung gestellt. Die Landesregierung soll damit ersucht werden, in der Sitzung des Bundesrats morgen einem Gesetzesantrag von drei anderen Bundesländern zuzustimmen.

Wer dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Volksrepublik China als Wirtschaftspartner Baden-Württembergs – Drucksache 14/3946

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten je Fraktion und fünf Minuten für das Schlusswort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will es noch einmal sagen: Im Präsidium ist beschlossen worden, dass nur einer Fraktion die fünf Minuten für das Schlusswort zustehen. So steht es auch in der Zeitabfolge. Nachdem aber jetzt wohl alle vier Fraktionen der Auffassung sind, dass sie gern ein Schlusswort hätten – was man durchaus im Präsidium hätte beschließen können, was aber nicht beschlossen worden ist –, würde ich Sie bitten, dass der Redner der größten Fraktion weniger als zehn Minuten spricht und die anderen dann etwas mehr als fünf Minuten Redezeit haben. Dann haben wir damit einen guten vorweihnachtlichen Kompromiss.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Guter Vorschlag!)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler das Wort.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Der chinapolitische Sprecher!)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Bewunderung für den chinesischen Aufschwung ist in Angst umgeschlagen. Das Bild vom freundlich lächelnden Chinesen hat sich ins Gegenteil verkehrt ...

Das berichtet die „Wirtschaftswoche“.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Mit der Triebkraft eines Devisenschatzes von 1,3 Milliarden US-Dollar übernimmt und kauft China nicht nur Unternehmen in Deutschland. China treibt seinen wirtschaftlichen Aufschwung konsequent voran und greift auch in allen Hochtechnologiemärkten die Vorrangstellung der westlichen Industrieländer an.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist der letzte Tagesordnungspunkt, über den diskutiert wird. Den Rest bekommen wir noch über die Bühne. Aber jetzt geht es um China.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: „Ich sage nur: China, China, China!“)

Herr Kollege Dr. Löffler.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Exportweltmeister waren wir gestern. Auch sind wir nicht mehr die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Viele sehen das mit Sorge. Angstfantasien entfachten Diskussionen über giftiges Spielzeug aus chinesischen Fabriken, dreiste Produktfälschungen, Umweltbelastungen, Kinderarbeit und Missachtung der Menschenrechte.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Oder maßgeschneiderte Anzüge! – Zuruf des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Aber wir sollten auch nicht vergessen, dass die westliche Welt bei der Ausrichtung ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht immer eine weiße Weste vorzeigen kann. Bei aller Kritik: China ist und bleibt politisch und wirtschaftlich ein wichtiger Partner Deutschlands und Europas.

Aber China ist nicht mehr nur ein lukrativer Absatzmarkt für deutsche Produkte. China ist ein wirtschaftlicher Konkurrent. Steigende Produktqualität, günstige Kosten, niedrige Preise sowie der Ausbau weltweiter Handelsbeziehungen haben in den vergangenen Jahren den Wettbewerb in China intensiviert.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Vor allen anderen EU-Ländern steht Deutschland mit einem bilateralen Handel mit China im Umfang von 76 Milliarden € an erster Stelle. Aus Baden-Württemberg exportierten unsere Unternehmen im Jahr 2008 Waren im Wert von 6,1 Milliarden € nach China, nicht einmal halb so viel wie nach Frankreich oder in die USA. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr betrug 26 %. Die Handelsbilanz ist dennoch negativ, denn wir importieren aus China Waren im Wert von 6,4 Milliarden €; das sind 12,5 % mehr als im Vorjahr.

(Zuruf: Hört, hört!)

Auch wenn die Finanzkrise nicht spurlos an China vorübergeht, vermelden unsere Unternehmen aktuell die besten Geschäftsbeziehungen mit China.

Noch ist China nur das zehnte Zielland baden-württembergischer Ausfuhren. Doch von dem Infrastrukturausbau in China, der durch das dortige Konjunkturpaket angekurbelt wurde, profitieren auch Produkte „Made in Germany“. Die Ausfuhren werden steigen.

Es scheint, als ob der unaufhaltsame Vormarsch des chinesischen Turbokapitalismus das Land zum Gewinner der Globalisierung macht. Aber in jedem Paradies gibt es eine Schlange. Armut, Entwicklungsrückstand, regionale Rivalitäten um Einfluss und Ressourcen, soziale, kulturelle, gesellschaftliche sowie ökologische Verwerfungen plagen die Bevölkerung und

(Dr. Reinhard Löffler)

prägen das Land. Wie kein anderes Land beutet China die Ressourcen Afrikas rücksichtslos aus.

Das stellt auch uns vor Herausforderungen, vor denen wir uns nicht abschotten oder denen wir uns nicht verweigern dürfen. Unsere Chancen liegen darin, für gemeinsame Probleme auch gemeinsame Lösungen zu finden. Eine strategische Partnerschaft zwischen unserem Land und ganz Deutschland einerseits und China andererseits wird in Zukunft in zahlreichen Bereichen von entscheidender Bedeutung sein.

Wir haben das, was die asiatische Gesellschaft anstrebt: ein hohes Bildungs- und Sozialniveau, Rechtssicherheit, Infrastruktur, Spitzenunternehmen und ein breit gefächertes kulturelles Leben. Gerade Deutschland zeichnet sich durch ein erfolgreiches Modell einer modernen Marktwirtschaft aus, die auf sozialem Ausgleich und gesellschaftlicher Stabilität basiert. Mit diesen Erfahrungen können wir helfen, die Härten zu mindern, die den rasanten Aufstieg begleiten.

Auch wir profitieren vom Aufstieg Chinas durch kostengünstige Produkte und steigende Produktivität.

Es geht nicht mehr um eine Bedrohung deutscher Arbeitsplätze durch die Verlagerung von Fertigungsstätten nach China, sondern es geht um den Aufbau einer Marktposition auf dem chinesischen Markt und darum, dort wettbewerbsfähig zu sein. Es ist daher nur folgerichtig, wenn unser Land durch ein Verbindungsbüro in Nanjing und mit den German Centers in Peking und Schanghai unseren mittelständischen Unternehmen hilft, den chinesischen Markt zu erschließen, und mit Messen, Symposien, Kontakt- und Kooperationsbörsen das gesamte Instrumentarium der Außenwirtschaftsförderung dafür einsetzt.

Es ist richtig, dass wir in die berufliche Ausbildung investieren und Partnerschaften mit beruflichen Schulen vorantreiben. Wirtschaftliche Brückenköpfe sind unverzichtbar. Unverzichtbar ist auch, dass wir die technologische Herausforderung Chinas annehmen. Wir in Baden-Württemberg wollen bis 2015 die technologische Führung für neue mobile Antriebsaggregate haben und diese nicht den Chinesen überlassen.

Gemeinsame Herausforderungen können gemeinsam gelöst werden. Klimaschutz und Energieversorgung sind Schicksalsthemen geworden. Das kann zentrales Thema einer Partnerschaft sein. Unsere Technologien und Forschungsexperten in der Umwelttechnik, unsere Erfahrung mit der Entkopplung von Wirtschaftswachstum, Ressourcenverbrauch und CO₂-Emissionen sowie die Vermeidung von Abhängigkeiten durch Diversifizierung von Ressourcen, die Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft können dazu beitragen, Chinas Probleme zu lösen, und bieten uns neben den klassischen Exportschlagnern Anlagenbau und Maschinenbau einzigartige wirtschaftliche Perspektiven.

Ich gebe mich nicht der Illusion hin, dass wir mit China wie mit einem hanseatischen Kaufmann umgehen können.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sondern?)

Rechtssicherheit einzufordern und Schutzrechte zu achten muss die gemeinsame Handelsmaxime zwischen Wirtschaftspartnern werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Partnerschaft ist nicht nur wirtschaftlicher Austausch von Waren, sondern erstreckt sich auch auf Kultur, Bildung und Wissenschaft.

In der Welt von morgen wird die westliche Kultur nicht mehr selbstverständlich die allgemeingültige Richtschnur sein. Wenn wir unsere Kultur und unsere Lebensform für so erstrebenswert halten, dass wir sie unseren Partnern in der Welt anbieten, dann werden wir künftig stärker in deren Vermittlung investieren müssen.

Deutsche Kultur und deutsche Wissenschaft genießen ein hohes Ansehen in Asien. Es ist daher richtig, dass wir einen regen Kultur- und Wissensaustausch pflegen. Interkulturelle Begegnung auf allen Ebenen fördert gegenseitiges Verständnis.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

In breiten Bevölkerungsschichten haben wir noch Nachholbedarf. Beim Wissenschaftsaustausch sind wir einen Schritt weiter. 21 Hochschulen unseres Landes haben vielfache Kooperationen mit chinesischen Hochschulen und forschen mit diesen gemeinsam in den Bereichen Biotechnologie und Produktionstechnologie. Mit unseren Exzellenzuniversitäten sind wir für China noch attraktiver geworden.

Dennoch: Die Zahl chinesischer Studenten bei uns ist leider rückläufig. Nur noch knapp 4 000 chinesische Studenten studieren an unseren Hochschulen. Vielleicht fehlt es an einem attraktiven Sprach- und Stipendienangebot. An 50 Schulen des Landes wird Mandarin als zweite oder dritte Fremdsprache angeboten. Ich finde das gut und begrüße auch, dass wir bei uns chinesische Lehrer dafür ausbilden, die deutsche Sprache in China zu vermitteln.

Noch liegen die Schwerpunkte im beruflichen Bereich und bei der dualen Ausbildung.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Das Interesse auf beiden Seiten wird wachsen, und wir sollten es fördern. Mit wachsender Wirtschaftsmacht wird China stärker zur Lösung globaler Aufgaben wie Abrüstung, Klimaschutz, Gesundheit, Sicherheit und Bildung beitragen müssen.

Wie und zu welchen Bedingungen das geschieht, diese Fragen werden die strategischen Aufgaben der nächsten Jahre sein.

Eine Partnerschaft braucht eine nüchterne und zukunftsgerichtete Bestandsaufnahme. Interessenkonflikte sowie das Nebeneinander von Chancen und Spannungen lassen sich nur mit der Bereitschaft und der Fähigkeit zum Dialog lösen. Dazu werden wir in Baden-Württemberg die Hand reichen.

Vielen Dank.

Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wir Ihnen auch!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo das Wort.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich geht es nicht um China, sondern um Baden-Württemberg. Nachdem der Kollege Löffler jetzt das Panorama China sehr intensiv beleuchtet hat,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Qualifiziert!)

will ich jetzt einmal die Beziehungen Chinas zu Baden-Württemberg noch etwas stärker herausstellen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Als Chinese!)

Wir haben gemeinsam eine Große Anfrage eingebracht. Allerdings zeigt die Antwort der Landesregierung, dass wir bei diesen Beziehungen durchaus Licht und Schatten sehen. Wir haben in Nanjing ein sehr gutes Büro von Baden-Württemberg International (bw-i). Die dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten wirklich sehr gut und sind auch für unsere Unternehmen, deren Zahl immer weiter steigt, immer wichtiger geworden.

Aber der Auftrag von bw-i in China ist etwas unklar. Bisher hat man dort nur baden-württembergische Unternehmen, die nach China wollten, begleitet – sei es wegen der niedrigen Löhne früher, sei es wegen des Marktes heute. Wir stellen aber fest, dass immer mehr chinesische Investoren auch in Europa investieren – auch in Deutschland, nebenbei gesagt –, aber sehr wenige in Baden-Württemberg. Nordrhein-Westfalen gilt in Deutschland seit einigen wenigen Jahren als das Hauptziel land chinesischer Investitionen. Dort hat man die eigene Auslandsvertretung ganz systematisch darauf ausgerichtet. Wir sollten überlegen, ob wir in dieser Hinsicht Baden-Württemberg International in China so aufstellen sollten, dass daraus mehr Nutzen für Baden-Württemberg entsteht.

Kollege Löffler hat schon darauf hingewiesen, dass unsere Handelsbilanz mit China zwar nicht so negativ ist wie die der USA mit China, aber doch auch negativ ist. Das ist sehr selten. Wir haben fast überall nur positive Handelsbilanzen. Das zeigt, dass wir hier etwas tun müssen.

Ich will einen anderen Punkt ansprechen. Im Medienbereich hat es eine Senderkooperation mit dem damaligen Süddeutschen Rundfunk – später Südwestrundfunk – gegeben. Das ist eingestellt worden. Die diesbezügliche Antwort, dafür sei in der ARD inzwischen der Norddeutsche Rundfunk zuständig, kann nicht überzeugen. Nein, wir hätten eine hervorragende Möglichkeit, eine Plattform in China gehabt, um für Baden-Württemberg zu werben.

Unlängst hat mir ein Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Peking gesagt, in China falle es inzwischen schon auf, dass dort seit zehn Jahren kein baden-württembergischer Ministerpräsident mehr gewesen sei.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich selbst habe das nicht nachgeprüft. Aber das wurde dort gesagt und wird dort registriert. Der angeführte Umstand ist höchst merkwürdig. Ich sage dazu nichts mehr. Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg muss gelegentlich nach China gehen. Er muss dort auch die Menschenrechtsfrage und Patentfragen ansprechen, aber er muss den Dialog suchen. Dies registriert nicht nur unsere Botschaft, sondern dies

registrieren vor allem auch unsere Unternehmen, die in China sind, außerordentlich sensibel.

In diesem Zusammenhang ist auch die Hochschulzusammenarbeit zu nennen. Sie wird vom Land fast nicht unterstützt. Sie geht so gut wie ausschließlich von den Hochschulen aus. Die Zahl der chinesischen Studentinnen und Studenten in Baden-Württemberg – dabei geht es auch um eine sehr gute interkulturelle Begegnung; damit kann man auch in Sachen Menschenrechte und internationales Niveau sehr viel tun – ist in den letzten fünf Jahren gesunken. In den fünf Jahren davor ist sie rasant gestiegen. Diese Entwicklung hängt nach meinem Verständnis auch mit den restriktiven Aufenthaltsregelungen zusammen, nach denen die Studentinnen und Studenten, wenn sie ihr Studium beendet haben, hier nicht mehr bleiben dürfen. Dadurch geht sehr viel Wertschöpfung bei uns verloren.

Übrigens: In Deutschland insgesamt ist die Zahl chinesischer Studentinnen und Studenten nicht gesunken. Vielmehr konnte sie inzwischen wenigstens auf dem gleichen Niveau gehalten werden. Vor fünf Jahren waren 20 % der in Deutschland studierenden chinesischen Studentinnen und Studenten in Baden-Württemberg. Heute sind es nur noch ungefähr 15 %.

Also: Wir sehen ein bisschen Licht, aber es ist auch ein gehöriger Schatten dabei. Wir müssen, was die Beziehungen zu China angeht, etwas tun und durchstarten.

Das haben wir früher schon einmal besser gemacht. Schon der ehemalige Ministerpräsident Kiesinger ist 1969 belächelt worden, als er nur „China“ und „Gelb“ und „Ich sage China“ gerannt hat.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bitte richtig zitieren, wenn Sie hier schon Herrn Kiesinger bemühen!)

– „Ich sage nur: China, China, China!“ Ich wollte es ein bisschen kürzer machen, Herr Kollege Birk. Ich kenne die Rede, die er damals im Bundestag gehalten hat.

Ein anderer Ministerpräsident – das war Herr Späth – hat im Jahr 1986 das erste Verbindungsbüro in Nanjing eingerichtet.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wir haben auch Gelb im Landeswappen!)

Die anderen Länder haben dann nachgezogen. Inzwischen haben sie uns aber überholt. Wie gesagt: Andere Bundesländer sind sehr viel aktiver als Baden-Württemberg.

Mit anderen Worten: Wir haben eine neue Dynamik nötig und sollten das Ganze sehr ernst nehmen. Mit dem schönen Ausblick, dass wir der notwendigen Dynamik auch in den baden-württembergischen Außenwirtschaftsbeziehungen im neuen Jahr etwas besser gerecht werden, wünsche auch ich Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die interfraktionelle Große Anfrage, über die wir heute diskutieren, geht auf eine Reise des Wirtschaftsausschusses im April 2008 nach China zurück. Das war eine sehr lehrreiche und interessante Reise. Wir konnten dort auch für unsere Ausschussarbeit viele Anregungen mitnehmen.

Ich erinnere diejenigen, die an der Reise teilgenommen haben, z. B. an die Besichtigung am ersten Tag der Reise. Da haben wir in Nanjing eine Tunnelbaustelle besichtigt. Dort wurden zwei riesige, parallel laufende Tunnelröhren gebaut. Sie wurden im Sommer dieses Jahres fertiggestellt.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Alfred Winkler: Da darf man noch bauen!)

Die Tunnelbohrmaschinen stammten von der Firma Herrenknecht. Sie hat ihren Sitz in Schwanau bei Lahr. Das ist ein Global Player aus Baden-Württemberg mit einem Umsatz von über 900 Millionen € im Jahr 2008, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Diese Tunnelbohrmaschinen in Nanjing gehörten zu den größten Maschinen der Welt. Die allergrößten damals standen aber in Schanghai. Auch sie stammten von der Firma Herrenknecht und wurden für den Bau von Tunnelröhren eingesetzt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Haben Sie da einen Beratervertrag?)

In Schanghai konnte man nämlich erleben, dass es keinen Sinn macht, für den rasant zunehmenden Straßenverkehr immer neue Straßen zu bauen. Als nämlich die Straßen verstopft waren, wurden schon vor einigen Jahren Hochstraßen gebaut.

(Abg. Stephan Braun SPD: Transrapid!)

Als die Stadt dann wieder im Stau erstickte, hat man nun beschlossen: Man baut unter der Erde und baut auch noch Tunnelröhren.

(Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Es ist absehbar, meine Damen und Herren,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jetzt wird es für die Grünen gefährlich! Wie halten Sie es denn mit dem Tunnel, Frau Kollegin? – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass auch die Tunnel das Problem nicht lösen werden. Deshalb investiert die chinesische Regierung innerhalb ihres Konjunkturprogramms auch umgerechnet 60 Milliarden € in den Ausbau der Schieneninfrastruktur.

(Unruhe)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch anmerken, dass Schanghai übrigens einen Kopfbahnhof hat.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Aha! – Zurufe der Abg. Dr. Dietrich Birk und Winfried Scheuermann CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich kann leider nicht durchdringen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich versuche es. Es gibt hier Zwischenrufe. – Das Wort hat Frau Abg. Sitzmann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Stellen Sie sich vor, in China wäre der Herr Wölfle! – Unruhe)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wir haben – –

(Unruhe – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Ich bleibe einfach so lange stehen, bis ich mit meiner Rede fertig bin.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ja. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles dauert dadurch länger. Ich bitte Sie einfach: Hören Sie Frau Sitzmann zu.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wenn Sie Zeit haben, ich habe sie auch.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Hören Sie die frohe Botschaft!)

Wir haben nicht nur eine Tunnelbaustelle besucht, sondern auch weitere baden-württembergische Unternehmen, die eine Niederlassung in China haben. Wir waren z. B. in der Industriezone Taicang. Dort sind 30 Unternehmen aus Baden-Württemberg angesiedelt, u. a. die Firma Vollmer aus Biberach oder die Firma Kern-Liebers.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Schramberg!)

Das Gewerbegebiet ist 80 km² groß, sehr auf europäischen und deutschen Geschmack ausgerichtet. Ich erinnere an das Hofbräuhaus, das es dort gibt.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Paul Nemeth CDU: Haben Sie etwas dagegen?)

Was können wir daraus lernen? Schon damals wurde uns berichtet, dass es dort von der Gewerbebeantragung bis zur letztendlichen Genehmigung bei einer One-Stop-Agency ganze 15 Tage dauert, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Darum geht es! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Seit die Grünen da sind, dauert das bei uns 15 Jahre!)

Das werden wir selbst mit dem Einheitlichen Ansprechpartner nicht schaffen.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Sagen Sie auch einmal etwas dazu, wie das Eigentumsrecht in China ist!)

Aber wir erhoffen uns doch eine deutliche Beschleunigung. Denn Unternehmensansiedlungen sollen ja auch keine Einbahnstraßen sein. Es geht also nicht nur darum, dass sich baden-württembergische Unternehmen in China ansiedeln, sondern es soll auch darum gehen, dass sich Unternehmen aus China hier bei uns im Land ansiedeln. Geplant war damals, wie wir gehört haben, dass sich im Industriepark in Lahr 50 Unternehmen aus China ansiedeln wollten. Was aus diesem Projekt geworden ist, weiß ich leider nicht.

Ausblick in die Zukunft: Im nächsten Jahr findet in Schanghai die Weltausstellung statt, und zwar unter dem Motto „Better City, Better Life“. Dabei wird es auch einen deutschen Pa-

(Edith Sitzmann)

villon geben. An der EXPO in Schanghai wird auch die Stadt Freiburg als „Urban Best Practice“ teilnehmen.

(Zuruf: Aha!)

Viele Projektpartner unterstützen das, z. B. die Firma Herrenknecht, aber auch das Land Baden-Württemberg. Es freut uns sehr, dass das so ist. Freiburg ist als Green City ausgewählt worden, als innovatives Beispiel nachhaltiger Stadtentwicklung für zukunftsfähige Mobilitäts- und Energiekonzepte sowie als Standort für Solarforschung und Umweltwirtschaft.

Werte Kollegen von der FDP/DVP, Wirtschaftsminister Brüderle war kürzlich auch in China. Ihr Kollege auf Bundesebene sieht auch viel Potenzial im Export deutscher Umwelt- und Energieeffizienztechnologien für die deutschen Unternehmen. Dieses Potenzial sehen wir insbesondere auch für Baden-Württemberg. Wir sind der Ansicht, dass diese Partnerschaft Baden-Württembergs mit der Provinz Jiangsu gute Voraussetzungen bietet, um unseren Unternehmen dort eine Plattform zu bieten. Wir regen deshalb auch an, dass die Landesregierung ein Symposium mit baden-württembergischen Unternehmen zum Thema „Umwelt- und Energieeffizienz“ veranstaltet, wie es Kollege Drautz zum Thema „Schutz des geistigen Eigentums“ im September getan hat.

Welches Ergebnis die Klimakonferenz in Kopenhagen bringen wird, ist heute noch offen. Klar ist, dass China als größter CO₂-Emittent weltweit eine ganz entscheidende Rolle dabei spielt. Das Dilemma ist ja: China will einerseits wachsen und Wohlstand schaffen – Kollege Löffler hat das schon angesprochen –, und andererseits ist es vom Klimawandel her schon jetzt bedroht. In Tibet schmelzen die Gletscher, die Flüsse trocknen aus, und Schanghai ist auf einem Pegel von Normalnull von Überschwemmungen bedroht.

Das zeigt eines der Probleme. Aber insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in Baden-Württemberg haben natürlich auch mit einer Vielzahl weiterer Probleme zu kämpfen, wenn sie Handelsbeziehungen mit China aufnehmen wollen. Ein paar Stichworte dazu wurden schon genannt. Ich will das jetzt nicht weiter ausführen. Zu diesem Thema gehören auch Personalnot und Fachkräftemangel. Auch hier erwarten wir von der Landesregierung, sich für einen Austausch im Bereich der beruflichen Bildung und der Hochschulbildung einzusetzen.

Ein letzter inhaltlicher Punkt, meine Damen und Herren, sind natürlich auch Menschenrechtsfragen. Als wir damals mit dem Ausschuss nach China gefahren sind – Sie erinnern sich vielleicht –, gab es in Tibet die Unruhen und das brutale Eingreifen der chinesischen Einsatzkräfte. Das hat die Ausschussvorsitzende damals in einem Gespräch mit der Provinzregierung in Jiangsu zum Thema gemacht. Das war gut, richtig und wichtig. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie sich auch zukünftig, wenn sie mit chinesischen Regierungsvertretern zusammenkommt, für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzt. Positive wirtschaftliche Beziehungen sind nur möglich, wenn sie auf der Grundlage universeller Menschenrechte stattfinden, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich bei dieser letzten Debatte in diesem Jahr zum Schluss kommen und Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, den Mitgliedern der Landesregierung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien, im Landtag und in den Fraktionen für die gute Zusammenarbeit danken.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Über Ihre Anfragen sind sie nicht so erfreut!)

Ich wünsche Ihnen allen erholsame Feiertage und ein gesundes und glückliches neues Jahr.

Lassen Sie mich vonseiten der Grünen mit einem chinesischen Sprichwort enden,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oi!)

das wir der Landesregierung als Anregung für das neue Jahr mit auf den Weg geben möchten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Bitte auf Chinesisch sagen!)

Es lautet:

Wenn du die Spur nicht wechselst, hast du keine Chance, zu überholen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wie heißt das auf Chinesisch? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau! – Abg. Alfred Winkler SPD: Also zweispuriger Ausbau!)

Danke.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Fauser das Wort.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe heute sozusagen das Schlusswort. Es wurde bereits darauf hingewiesen – Frau Sitzmann hat das freundlicherweise schon getan –, dass das Land die Menschenrechtsfragen in China nicht aus dem Auge verlieren sollte. Ich möchte in diesem Zusammenhang Frau Netzhammer danken, die als Leiterin der Wirtschaftsausschussdelegation eine ganz hervorragende Arbeit geleistet hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie ist das Thema Tibet tatsächlich mit außerordentlicher Sensibilität angegangen und hat sich damit auch vor Ort im Grunde genommen sehr großen Respekt erworben.

Meine Damen und Herren, es gab einmal ein deutsches Wirtschaftswunder, und was wir heute in China erleben, ist wirklich ein chinesisches Wirtschaftswunder. Ich muss sagen: Ich kann den Menschen, die dort arbeiten, die sehr innovativ sind und unter schwierigsten Bedingungen angefangen haben, nur meinen Respekt und meine Hochachtung ob dieser wirklichen Leistung ausdrücken.

Übrigens – weil Herr Untersteller so lacht –: Seit dem Tod Maos wurden immer mehr sogenannte Verantwortungssysteme eingeführt; so fing das Wunder in China an und entwickelte sich Schritt für Schritt.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Man muss immer wieder sagen: Wenn einer eine Reise tut, dann kann er etwas erleben. Wir können heute in China nur

(Beate Fauser)

bestimmte Regionen besuchen. Die Regionen, die wir in diesen fünf Tagen kennenlernen durften, waren von der Entwicklung her ein absolutes Wunderwerk.

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg hat noch nie geschlafen, auch nicht bei der Begleitung des Aufbaus in China.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aus diesem Grund finde ich es hervorragend, dass wir bereits im Jahr 1986 in der Provinz Jiangsu, in Nanjing, ein Büro eingerichtet haben. Die German Centers in Peking und in Schanghai wurden ebenfalls eingerichtet und werden betreut.

In diesem Zusammenhang ist zu sagen: Baden-Württemberg International ist seit Jahren mit Wirtschaftsdelegationen in ganz China unterwegs und leistet in all diesen Regionen hervorragende Arbeit. Wir hatten das Vergnügen, eine solche Gruppe in Vietnam kennenzulernen.

Meine Damen und Herren, das Büro in Nanjing wird von einer sehr engagierten und kompetenten Frau geleitet, die einen hervorragenden chinesischen Partner hat; denn ohne chinesischen Partner dürfen Sie in China gar nichts machen. Sie ist dafür zuständig, Marktstudien zu betreiben, Vertriebspartner zu suchen, Reisebegleitung, Dolmetscherdienste usw. zu organisieren. Selbstverständlich geht es auch um Markenschutz und die damit verbundenen Probleme.

Man kann feststellen: Die Chinesen haben sehr schnell gelernt. Als die Investitionen nach China geflossen sind, haben sie die Steuergeschenke, die zu Beginn z. B. in Taicang gewährt wurden, eingestellt. Die chinesische Regierung hat inzwischen Steuersätze, die mit unseren ungefähr vergleichbar sind. Es werden inzwischen auch sehr hohe Sozialabgaben erhoben. Man hat den Eindruck, dass sich China in vielen Bereichen an Deutschland und an der Schweiz orientiert.

Sie wissen, dass wir – da haben wir sehr viel Glück – zumindest früher einmal ehrbare Kaufleute hatten,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die haben wir noch immer!)

die sich mit sehr großer Akribie und mit Anstand einen guten Namen in China erworben haben. „Made in Germany“ hat nach wie vor einen sehr guten Ruf. Das wird auch für die folgenden Jahre ein ganz wichtiges Pfund für uns sein, um unsere Exportgeschäfte bzw. die Produktion und den Verkauf in China voranzutreiben.

Es ist gut, dass die Regierung mit dem Exportförderprogramm Exportgeschäfte erleichtert und dass Kooperationsbörsen stattfinden. Allein seit 2005 waren sieben Unternehmensdelegationen in China. Bei Messen, Ausstellungen und sonstigen Kooperationsgeschäften wurden laufend Kontakte mit China gepflegt. Viele Firmen, die China früher als verlängerte Werkbank betrachtet haben, produzieren heute fast ausschließlich für den chinesischen Markt.

Leider haben die Unternehmen zu wenig qualifiziertes Personal. Man mag das kaum glauben, gibt es doch sehr viele arbeitslose Menschen in China. Die Wanderarbeiter arbeiten un-

ter erbärmlichen Bedingungen. Da würde man gern eine Gewerkschaft gründen.

(Beifall der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel und Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Wenn man sieht, wie die Menschen kontingentweise an Betriebe übergeben werden, macht das selbstverständlich nachdenklich. Darunter haben auch die Firmen zu leiden. Frau Sitzmann hat die Firma Herrenknecht angeführt. Der Leiter eines dortigen Tochterunternehmens hat uns erzählt, dass er gerade wieder ein neues Kontingent von Arbeitern bekommen hat, die nicht eingearbeitet sind und die er wieder neu anlernen muss, weil die etwas teureren Arbeiter abgezogen wurden. Wir können also froh und glücklich sein, dass wir hier für unsere Arbeitnehmer andere Bedingungen haben.

Es ist auch erfreulich, dass Firmen in Taicang das deutsche Ausbildungssystem einführen. Die Jugendlichen bzw. die Eltern zahlen für diese Ausbildung. Man möchte so den Ausbildungs- und Fachkräftemangel beheben und die Jugendlichen möglicherweise auch stärker an sich binden. Ein großes Problem in China ist allgemein bekannt: Die Leute wechseln sehr schnell. Sie haben keinerlei Firmenbindung. Sie haben keine so gewachsene Verbindung, wie das bei unseren Firmen oft der Fall ist.

Meine Damen und Herren, ich bin demnächst am Ende meiner Redezeit.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Demnächst? – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Für dieses Jahr!)

Ich finde es sehr gut, dass unsere Universitäten, unsere Fachhochschulen, Fort- und Weiterbildungseinrichtungen aller Art mit China kooperieren. Man hatte und hat Studenten aus China hier. Es besteht aber oftmals doch ein Problem mit der Ausbildung bzw. dem Leistungsstand.

Die Umwelttechnologie wird natürlich der große Renner – so möchte ich einmal salopp sagen – für die nächsten Jahre. Das wird eine große Herausforderung. Denn China muss selbstverständlich in allen Bereichen der Umwelttechnologie etwas tun. China hat sich ähnlich wie wir für einen Energiemix eingesetzt. In China werden in den nächsten Jahren 45 Kernkraftwerke gebaut.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: 100!)

– Oder 100, Herr Untersteller.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: 200!)

Wasserkraft, Wind- und Sonnenenergie werden genauso gefördert. Herr Untersteller sieht rot und lässt anscheinend die Scheuklappen herunter, wenn es um Kernkraft geht.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sehen Sie grün?)

Aber das darf man nicht ernst nehmen.

Meine Damen und Herren, ich bin ganz sicher, dass unsere großen und kleinen Mittelständler auch in Zukunft hervorragende Export- und Arbeitschancen in China haben. Ich hoffe, dass diese sich noch verbessern.

(Beate Fauser)

Ihnen allen wünsche ich ein schönes Weihnachtsfest, wenig Stress, viel Ruhe und einen wunderbaren Start in das Jahr 2010. Ich wünsche uns allen Gesundheit und Glück. Gesundheit ist wichtig, wie Sie wissen, aber Glück auch. Wie sagte Herr Westerwelle?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! Das muss jetzt nicht sein!)

„Die Leute auf der Titanic waren zwar gesund, aber sie hatten kein Glück.“ In diesem Sinn Glückauf für 2010! Tschüs!

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Drautz das Wort.

Staatssekretär Richard Drautz: Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Anfang des Jahres wurde die Große Anfrage von allen Fraktionen eingebracht.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: So ist es!)

Die Landesregierung hat ausführlich darauf geantwortet.

Die heutige Debatte gibt mir die Gelegenheit, nochmals zu unterstreichen, dass die Volksrepublik China im Jahr 2009 der dynamischste Handelspartner für die baden-württembergische Wirtschaft geblieben ist –

(Abg. Winfried Mack CDU: Bravo!)

und das in einem Jahr, das von den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt ist. Unter den bedeutenden Zielländern baden-württembergischer Exporte rückte die Volksrepublik China in diesem Jahr sogar von Platz 10

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

auf Platz 8 vor. Die Ausfuhren nach China beliefen sich in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 auf 4,8 % des Gesamtexports aus Baden-Württemberg. Die Einfuhren aus China nach Baden-Württemberg stiegen leicht auf 5,2 %, blieben jedoch auf Platz 6 im Länderranking. Die intensiven Handelsbeziehungen mit China erweisen sich also auch in der jetzigen Krise als relativ stabil.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Sehr relativ!)

So gingen in den ersten drei Quartalen dieses Jahres die Exporte nach China um 4,4 % zurück. Zum Vergleich: Der Rückgang der Exporte nach Brasilien betrug 31,7 %, bei den Exporten nach Indien waren es 32,2 %; die Exporte nach Russland sanken um 44,9 %. Herr Prewo, nur damit Sie es wissen: Der Rückgang der Exporte nach China beträgt nur ein Zehntel des Rückgangs der Exporte nach Russland. Ich sage dies nur, damit Sie einmal den Unterschied sehen, damit Sie Ihren Blickwinkel einmal etwas ändern und ein bisschen chinesisch denken können.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Damit bleibt China für die exportorientierte baden-württembergische Wirtschaft von existenzieller Bedeutung. Ein wei-

terer Ausbau unserer Wirtschaftsbeziehungen zu China kann nach meiner festen Überzeugung auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die aktuelle Krise unserer Exportwirtschaft möglichst schnell zu überwinden.

Die chinesische Zentralregierung will nun ihrerseits der Exportabhängigkeit ihrer Wirtschaft mit Milliardeninvestitionen entgegensteuern. Das traditionelle industrielle Kerngebiet der nordöstlichen Provinzen soll technologisch und strukturell erneuert werden. China investiert in den Ausbau der Infrastruktur, in den Gesundheitsbereich, in die Bildung und in die Umwelt. China braucht hierzu dringend das Know-how des Westens.

Die Erschließung des chinesischen Marktes mit unserem baden-württembergischen Know-how ist zugleich eine Chance für den heimischen Mittelstand. Die Landesregierung begleitet den Prozess sehr intensiv. Wir bieten unseren Partnerprovinzen Liaoning und Jiangsu Unterstützung vor allem in der Umwelttechnik, beim energieeffizienten Bauen und bei den erneuerbaren Energien an.

Unterstützen können wir aber auch beim Aufbau eines dualen Bildungssystems, bei Fortbildungsmaßnahmen für Führungskräfte der Provinzen sowie bei Maßnahmen zum Schutz des geistigen Eigentums.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was heißt das?)

Das Land Baden-Württemberg beteiligt sich auch an der seit drei Jahren laufenden Veranstaltungsreihe der Bundesregierung unter dem Titel „Deutschland und China – Gemeinsam in Bewegung“. Die Veranstaltungsreihe wurde in Nanjing, der Hauptstadt unserer Partnerprovinz Jiangsu, gestartet und findet nächstes Jahr auf der EXPO 2010 in Schanghai ihren Abschluss.

Auch im nächsten Jahr werden wir in vielfältiger Weise in China präsent sein. Im Frühjahr ist eine Messebeteiligung mit baden-württembergischen Unternehmen in den Bereichen Diagnostik, Medizintechnik und Pharmazie in Shenzhen geplant.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU und Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wo? – Gegenrufe, u. a. Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Shenzhen!)

– In Shenzhen. – Sie alle wissen: Am 1. Mai 2010 wird die größte Weltausstellung aller Zeiten, die EXPO 2010, in Schanghai ihre Tore öffnen. Die Veranstalter rechnen mit 70 Millionen Besuchern.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: So viele!)

Die EXPO 2010 steht unter dem Motto: „Better City, Better Life“.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Bundesrepublik Deutschland wird mit dem 6 000 m² großen Deutschen Pavillon „balancity“ vertreten sein. Baden-Württemberg wird sich zusammen mit der Stadt Freiburg auf einem großen Messestand präsentieren.

Dann wird Baden-Württemberg International im Oktober 2010 in Dalian, Liaoning, und in Suzhou, Jiangsu, ein Baden-Württemberg-Forum veranstalten.

(Staatssekretär Richard Drautz)

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Dürfen wir da auch mit? – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hört doch einmal zu! – Unruhe)

Wir werden uns als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort präsentieren. Unternehmen aus den Bereichen Gesundheit und Umwelttechnologien werden ihre weltweit führenden Produkte vorstellen.

(Unruhe)

Jetzt möchte ich noch eines zur Diskussion sagen. Frau Abg. Sitzmann,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Hier!)

Frau Abg. Fauser und Herr Abg. Löffler haben hervorragend über dieses Thema diskutiert,

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

denn zu diesem Thema gibt es nur Positives zu berichten.

(Beifall der Abg. Helmut Walter Rüeck CDU, Beate Fauser FDP/DVP und Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich weiß jedoch nicht, in welcher Mottenkiste Herr Dr. Prewo gerührt hat, als er seinen Vortrag gehalten hat.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo! – Unruhe)

Ich möchte eines sagen: Er lobte unseren Ministerpräsidenten Kiesinger.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Späth!)

– Zuerst Kiesinger; von 1969 hat er gesprochen.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Aber ich habe ihn nicht gelobt!)

Damals betrug der Umsatz beim Warenverkehr mit China 500 000 DM. 1978 unter Lothar Späth lag diese Zahl noch immer unter 1 Million DM.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da hat noch Steigerung geherrscht! – Zurufe, u. a. der Abg. Jürgen Walter GRÜNE und Ursula Haußmann SPD – Unruhe)

Heute haben wir 12,6 Milliarden €, also rund 25 Milliarden DM, Umsatz. Jetzt kritisieren Sie uns dafür.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was wollen Sie uns damit sagen?)

– Ich will damit sagen, dass sich Herr Prewo nicht auskennt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo! – Widerspruch bei der SPD – Unruhe)

Dann muss ich auch noch eines sagen: Ich lade Herrn Prewo gern einmal zu bw-i ein.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jawohl! Mach einen Lehrgang mit ihm! – Vereinzelt Beifall)

Wenn ich sehe, dass in den Partnerregionen und in Schanghai wieder drei Foren zu Investitionsansiedlungen abgehalten werden, dann muss ich sagen, dass es wirklich gut für Sie wäre, wenn Sie mit dabei sein könnten, damit auch Sie eine kleine Ahnung vom Export aus Baden-Württemberg und von der Zusammenarbeit mit China bekommen. Denn zu dem, was als „Werbeblock“ in Ihrer Rede enthalten war, muss ich Ihnen sagen: Wir haben schon über zehn chinesische Firmen in Baden-Württemberg, die baden-württembergische Firmen übernommen haben. Sie wollen anscheinend, dass alle Firmen in Baden-Württemberg von Chinesen übernommen und nicht mehr von uns gesteuert werden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist unglaublich! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wehret der gelben Gefahr! – Abg. Ursula Haußmann SPD: In China gibt es Reiswein! – Zurufe der Abg. Jürgen Walter und Brigitte Lösch GRÜNE – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist dabei, unsere Wirtschaft auf diesem Weg nach China intensiv zu unterstützen. Unterstützen Sie als Fraktionen ebenfalls diesen Weg.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Hierfür danke ich Ihnen und wünsche Ihnen natürlich auch ein frohes Weihnachtsfest. Kommen Sie gut ins neue Jahr.

(Abg. Winfried Mack CDU: Können Sie das auch auf Chinesisch sagen?)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck und Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Die Besprechung der Großen Anfrage und damit Tagesordnungspunkt 8 sind hiermit beendet.

Wir haben noch einige Beschlussempfehlungen zu behandeln.

(Unruhe)

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 27. August 2009 – Beratende Äußerung zur Neuausrichtung der Organisation der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) in der Landesverwaltung – Drucksachen 14/5032, 14/5503

Berichterstatter: Abg. Manfred Hollenbach

Sie stimmen ohne Aussprache der Beschlussempfehlung zu.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 22. Oktober 2009 – Beratende Äußerung zu Ansätzen für ein optimiertes Erhaltungsmanagement bei Landesstraßen – Drucksachen 14/5300, 14/5504

Berichterstatter: Abg. Werner Wölfl

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. September 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2006 – Beitrag Nr. 5: Festsetzung der Versorgungsbezüge – Drucksachen 14/5044, 14/5510

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Wenn ich mich hier vorn schon abmühe, liebe Kolleginnen und Kollegen, können Sie entweder zuhören oder einfach den Saal verlassen. Diese beiden Möglichkeiten gibt es.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 5. Oktober 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2004 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2002 – Beitrag Nr. 5: Einheitliches Personalverwaltungssystem und Führungsinformationssystem Personal – Drucksachen 14/5262, 14/5511

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. September 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Be-

schluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2006 – Beitrag Nr. 22: Gastprofessuren an den Hochschulen des Landes – Drucksachen 14/5167, 14/5512

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 7. September 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2006 – Beitrag Nr. 14: Förderung öffentlicher Tourismuseinrichtungen – Drucksachen 14/5080, 14/5513

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. August 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Staatshaushaltsplan 2009 – Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium – Drucksachen 14/5008, 14/5514

Berichterstatter: Abg. Dr. Frank Mentrup

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies war die letzte Plenarsitzung vor Weihnachten und in diesem Jahr. Ich wünsche Ihnen schöne und erholsame Weihnachtsfeiertage sowie alles Gute für das Jahr 2010.

Der Liederkranz Engstingen singt jetzt noch beim Christbaum im Landtag Weihnachtslieder.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 19. Januar 2010, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

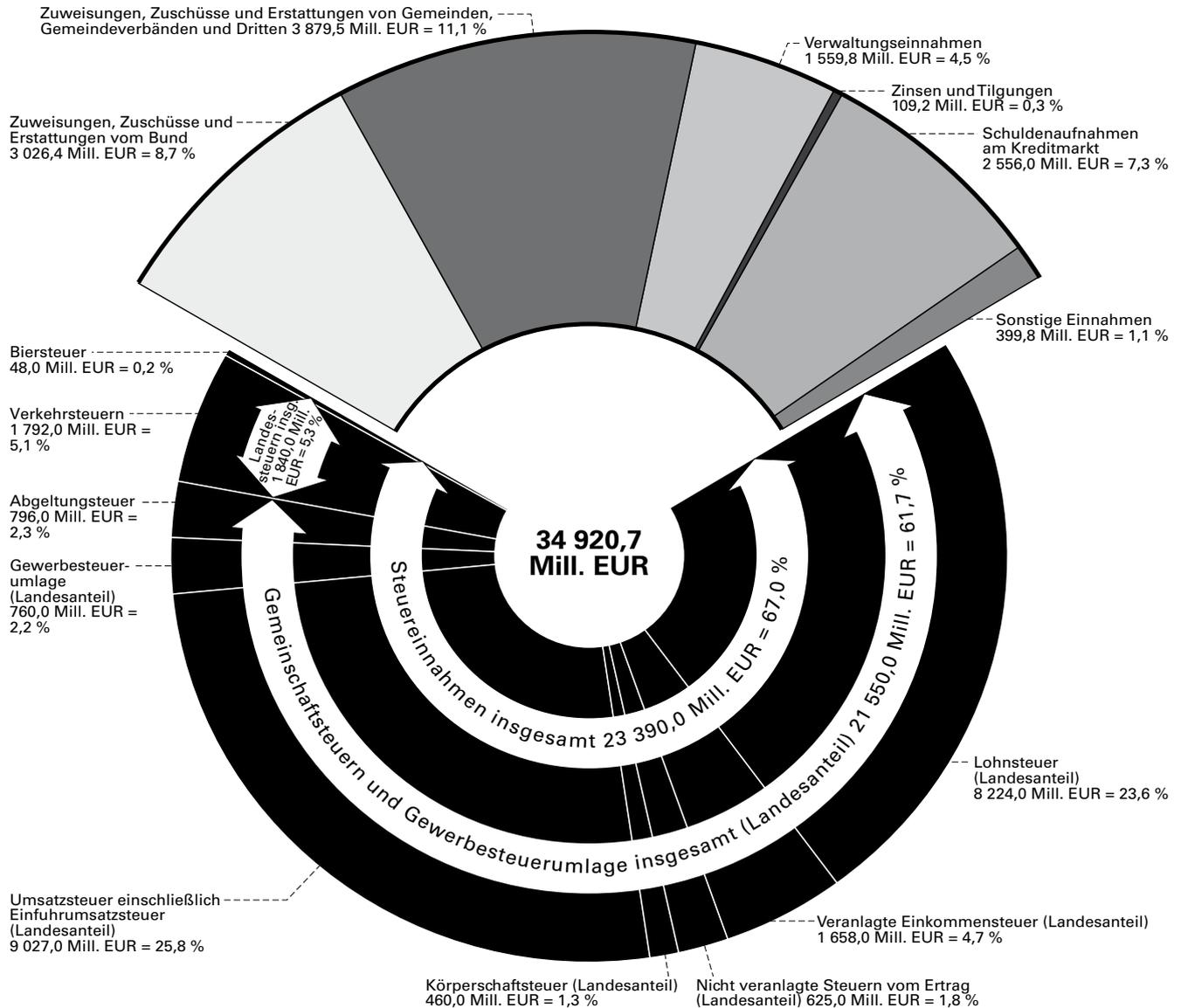
(Beifall bei allen Fraktionen)

Schluss: 12:59 Uhr

Einnahmen nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2010/11

Anlage 1

Planentwurf 2010



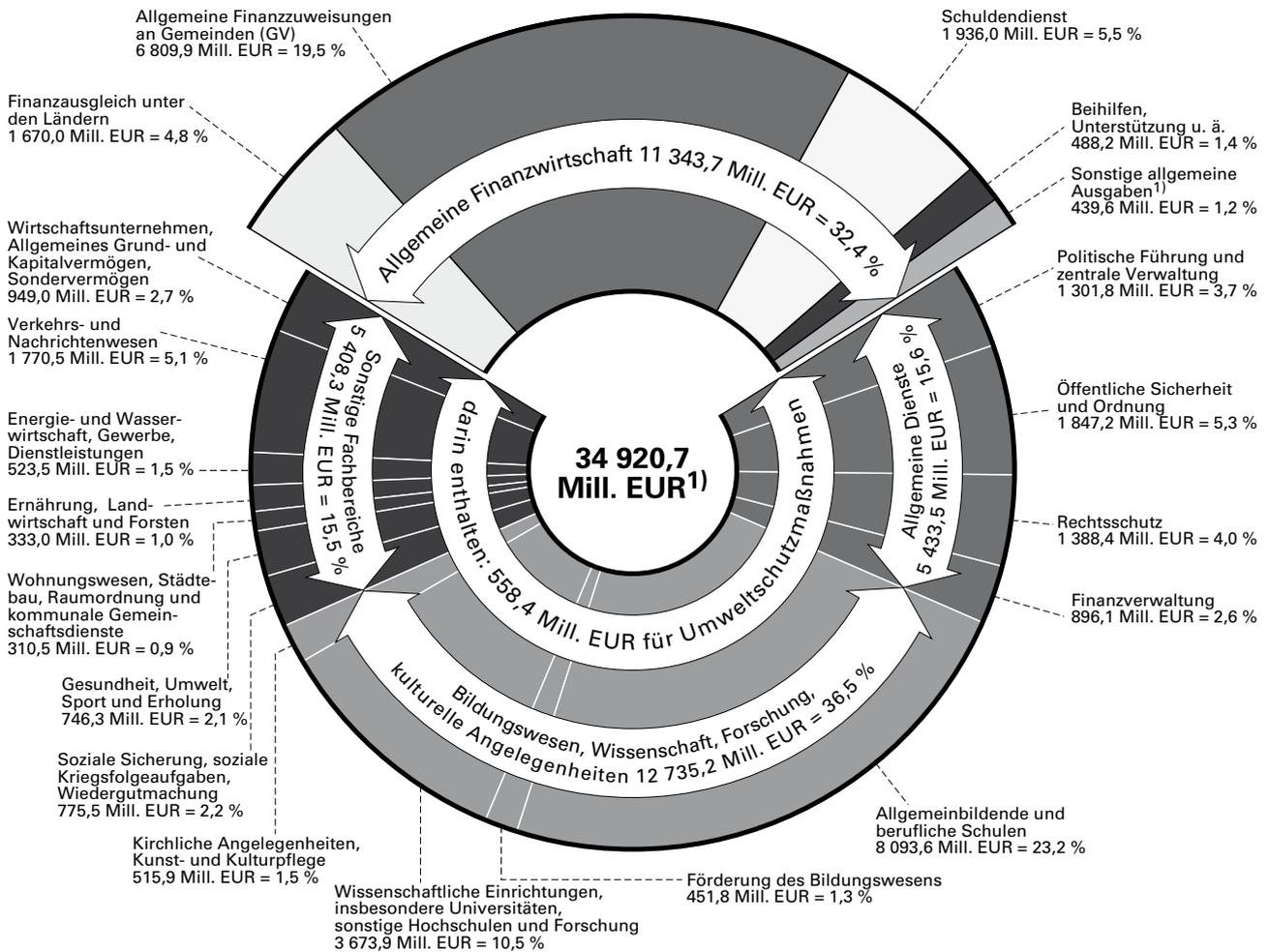
Planentwurf 2011

Einnahmen insgesamt.....	35 127,8 Mill. EUR = 100 %	b) Landessteuern insgesamt	1 920,0 Mill. EUR = 5,4 %
1. Steuereinnahmen insgesamt	23 820,0 Mill. EUR = 67,7 %	davon:	
davon:		Verkehrssteuern.....	1 872,0 Mill. EUR = 5,3 %
a) Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage		Biersteuer	48,0 Mill. EUR = 0,1 %
insgesamt (Landesanteil)	21 900,0 Mill. EUR = 62,3 %	2. Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen	
davon:		a) vom Bund	3 079,6 Mill. EUR = 8,8 %
Lohnsteuer (Landesanteil).....	8 449,0 Mill. EUR = 24,1 %	b) von Gemeinden, Gemeinde-	
Veranlagte Einkommensteuer		verbänden und Dritten	3 484,1 Mill. EUR = 9,9 %
(Landesanteil).....	1 568,0 Mill. EUR = 4,5 %	3. Verwaltungseinnahmen.....	1 530,7 Mill. EUR = 4,4 %
Nicht veranlagte Steuern vom		4. Zinsen und Tilgungen.....	105,5 Mill. EUR = 0,3 %
Ertrag (Landesanteil)	575,0 Mill. EUR = 1,6 %	5. Schuldenaufnahmen	
Körperschaftsteuer (Landesanteil)	580,0 Mill. EUR = 1,7 %	am Kreditmarkt.....	1 996,0 Mill. EUR = 5,7 %
Umsatzsteuer einschl. Einfuhr-		6. Sonstige Einnahmen.....	1 111,9 Mill. EUR = 3,2 %
umsatzsteuer (Landesanteil)	9 127,0 Mill. EUR = 26,0 %		
Gewerbesteuerumlage			
(Landesanteil).....	800,0 Mill. EUR = 2,2 %		
Abgeltungsteuer	801,0 Mill. EUR = 2,2 %		

Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2010/11

Anlage 2

Planentwurf 2010



Planentwurf 2011

Ausgaben insgesamt ¹⁾	35 127,8 Mill. EUR = 100 %	b) Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	739,3 Mill. EUR = 2,2 %
1. Allgemeine Dienste insgesamt	5 486,2 Mill. EUR = 15,6 %	c) Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	303,8 Mill. EUR = 0,9 %
davon:		d) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	327,5 Mill. EUR = 0,9 %
a) Politische Führung und zentrale Verwaltung	1 368,3 Mill. EUR = 3,9 %	e) Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	410,2 Mill. EUR = 1,2 %
b) Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1 802,5 Mill. EUR = 5,1 %	f) Verkehrs- und Nachrichtenwesen	1 767,5 Mill. EUR = 5,0 %
c) Rechtsschutz	1 409,8 Mill. EUR = 4,0 %	g) Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	716,7 Mill. EUR = 2,0 %
d) Finanzverwaltung	905,6 Mill. EUR = 2,6 %		
2. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten insgesamt	13 132,2 Mill. EUR = 37,3 %		
davon:			
a) Allgemeinbildende und berufliche Schulen	8 447,0 Mill. EUR = 24,0 %		
b) Wissenschaftliche Einrichtungen, insbesondere Universitäten, sonstige Hochschulen und Forschung	3 737,3 Mill. EUR = 10,6 %		
c) Förderung des Bildungswesens	451,5 Mill. EUR = 1,3 %		
d) Kirchliche Angelegenheiten, Kunst- und Kulturpflege	496,4 Mill. EUR = 1,4 %		
3. Sonstige Fachbereiche insgesamt	5 080,4 Mill. EUR = 14,5 %		
davon:			
a) Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	815,4 Mill. EUR = 2,3 %		

In Ziff. 1 – 3 enthalten: 558,4 Mill. EUR für Umweltschutzmaßnahmen.

1) Nach Abzug der Globalen Minderausgaben.

Die Einzelpläne nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2010/11

Anlage 3

Planentwurf 2010

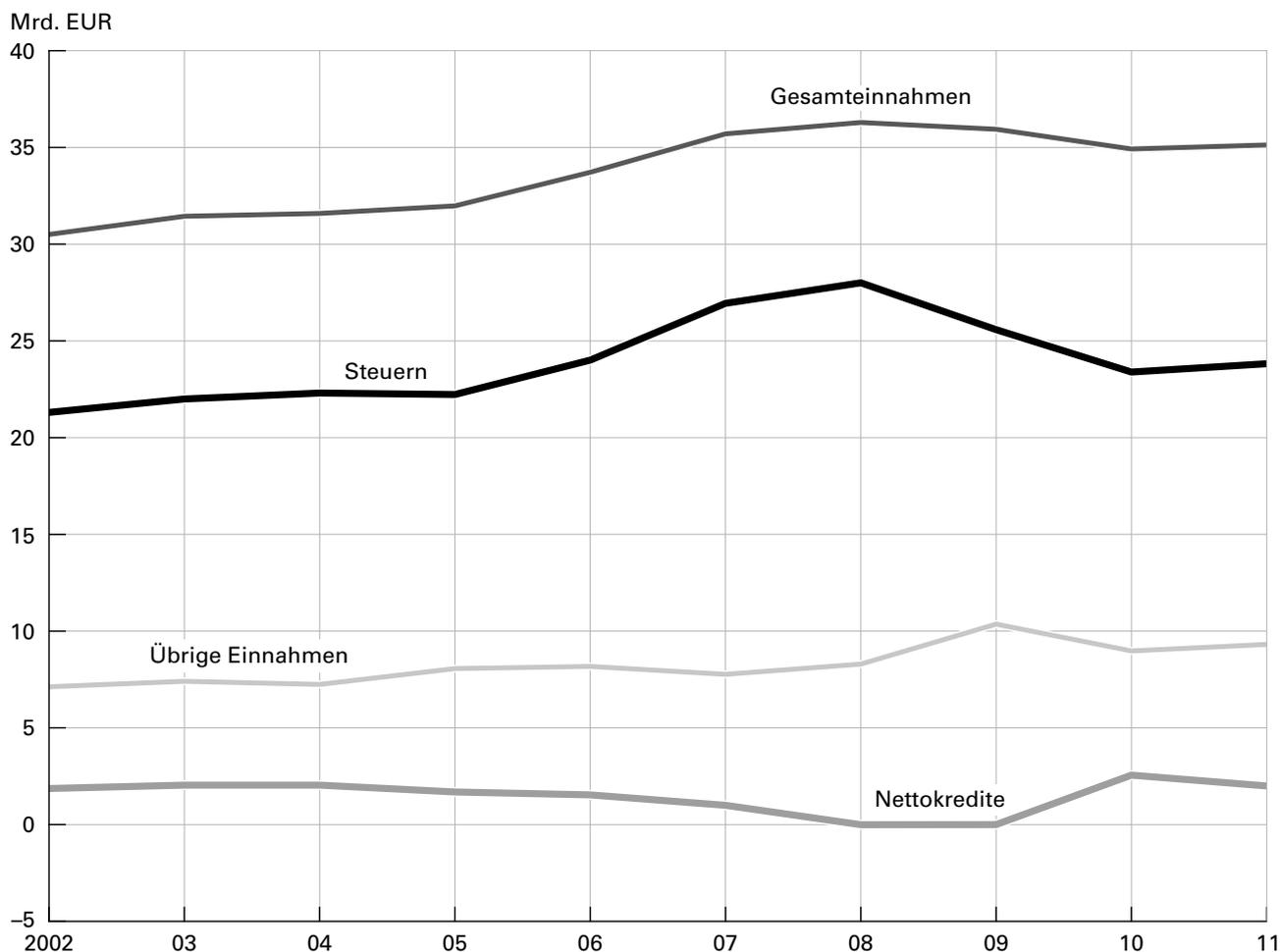
	Einnahmen in EUR	Ausgaben in EUR
Gesamtsumme	34 920 736 500	34 920 736 500
Einzelplan 01: Landtag	51 000	51 826 200
Einzelplan 02: Staatsministerium	1 825 800	42 715 300
Einzelplan 03: Innenministerium	1 130 239 300	4 010 581 900
Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	30 359 200	8 508 917 100
Einzelplan 05: Justizministerium	688 106 800	1 411 264 500
Einzelplan 06: Finanzministerium	436 357 200	1 311 897 300
Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium	243 480 900	671 291 400
Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum	230 829 300	758 003 100
Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Soziales	138 532 600	1 240 032 000
Einzelplan 10: Umweltministerium	149 703 600	332 728 600
Einzelplan 11: Rechnungshof	1 000	19 360 500
Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung	31 337 777 400	12 579 950 900
Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	533 472 400	3 982 167 700

Planentwurf 2011

	Einnahmen in EUR	Ausgaben in EUR
Gesamtsumme	35 127 823 300	35 127 823 300
Einzelplan 01: Landtag	51 000	61 319 500
Einzelplan 02: Staatsministerium	1 926 700	43 896 800
Einzelplan 03: Innenministerium	1 113 481 900	4 007 637 500
Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	28 977 100	8 857 027 200
Einzelplan 05: Justizministerium	688 343 800	1 437 459 500
Einzelplan 06: Finanzministerium	441 277 200	1 194 895 700
Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium	240 664 800	642 144 400
Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum	240 574 900	758 425 300
Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Soziales	148 012 400	1 286 195 300
Einzelplan 10: Umweltministerium	152 255 500	331 716 800
Einzelplan 11: Rechnungshof	1 000	19 759 800
Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung	31 520 383 700	12 443 661 600
Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	551 873 300	4 043 683 900

Entwicklung der Einnahmen des Landes 2002 bis 2011

Anlage 4



Jahr	Gesamteinnahmen ¹⁾	Steuern	Übrige Einnahmen	Nettokredite
Millionen EUR				
2002	30 504	21 304	7 122	1 864
2003	31 442	21 997	7 406	2 039
2004	31 588	22 305	7 244	2 039
2005	31 977	22 228	8 062	1 686
2006	33 717	24 006	8 175	1 536
2007	35 704	26 941	7 765	997
2008	36 291	28 002	8 294	- 5
2009	35 941	25 580	10 361	0
2010	34 921	23 390	8 975	2 556
2011	35 128	23 820	9 312	1 996

2002 bis 2008: Ist-Ergebnisse

2009: Staatshaushaltsplan in der Fassung des 3. Nachtrags

2010/11: Entwurf Staatshaushaltsplan

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Gesamteinnahmen ohne Kreditaufnahme am Kreditmarkt zur Schuldentilgung.

Entwicklung der Personalausgabenquote, der Zinsquote und der Kreditfinanzierungsquote 1999 bis 2011

Anlage 5

Jahr	Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben ¹⁾	Anteil der Zinsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben ¹⁾	Relation Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt zu den bereinigten Gesamtausgaben ¹⁾
1999	41,1 %	5,6 %	1,8 %
2000 ²⁾	39,6 %	5,4 %	1,4 %
2001 ³⁾	41,3 %	5,4 %	4,2 %
2002	41,4 %	5,5 %	6,1 %
2003	41,2 %	5,9 %	6,6 %
2004	41,8 %	6,0 %	6,5 %
2005	40,5 %	6,2 %	5,3 %
2006	39,5 %	6,9 %	4,7 %
2007	39,0 %	5,9 %	3,0 %
2008	37,9 %	5,4 %	0,0 %
2009	38,3 %	5,0 %	0,0 %
2010	40,6 %	5,4 %	7,3 %
2011	41,6 %	5,9 %	5,7 %

1999 bis 2008: Ist-Ergebnisse

2009: Staatshaushaltsplan in der Fassung des 3. Nachtrags

2010/11: Entwurf Staatshaushaltsplan

1) Gesamtausgaben abzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt und besonderer Finanzierungsvorgänge (Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung von Vorjahresfehlbeträgen und haushaltstechnische Verrechnungen).

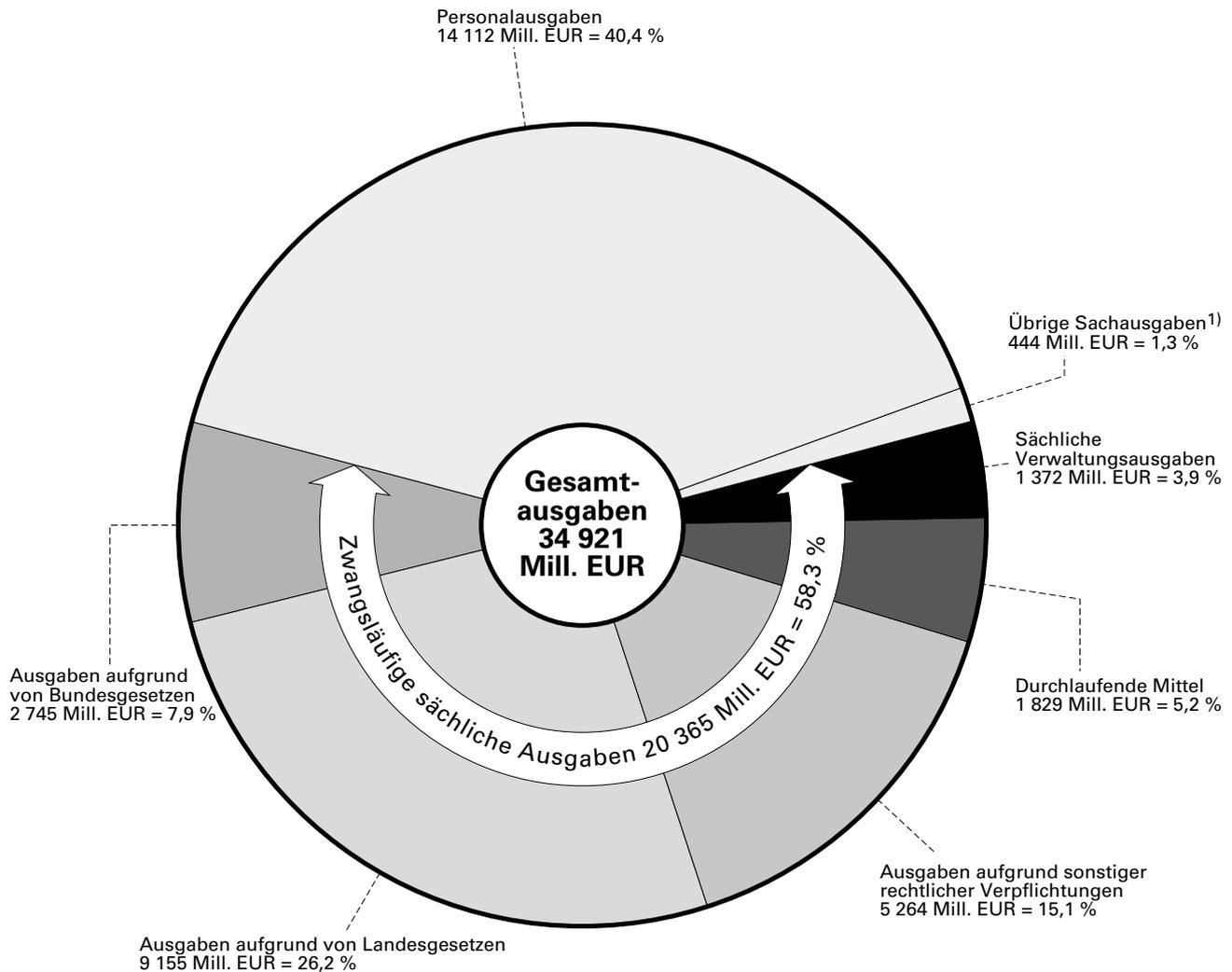
2) Die bereinigten Gesamtausgaben und die Nettokreditaufnahme wurden im Ist 2000 bereinigt um den Erwerb einer stillen Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg i. H. v. 303 Mill. EUR.

3) Die bereinigten Gesamtausgaben und die Nettokreditaufnahme wurden im Ist 2001 bereinigt um den Erwerb einer stillen Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg i. H. v. 1 010 Mill. EUR.

Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2010/11 aufgeteilt nach Zwangsläufigkeiten

Anlage 6

Planentwurf 2010



Planentwurf 2011

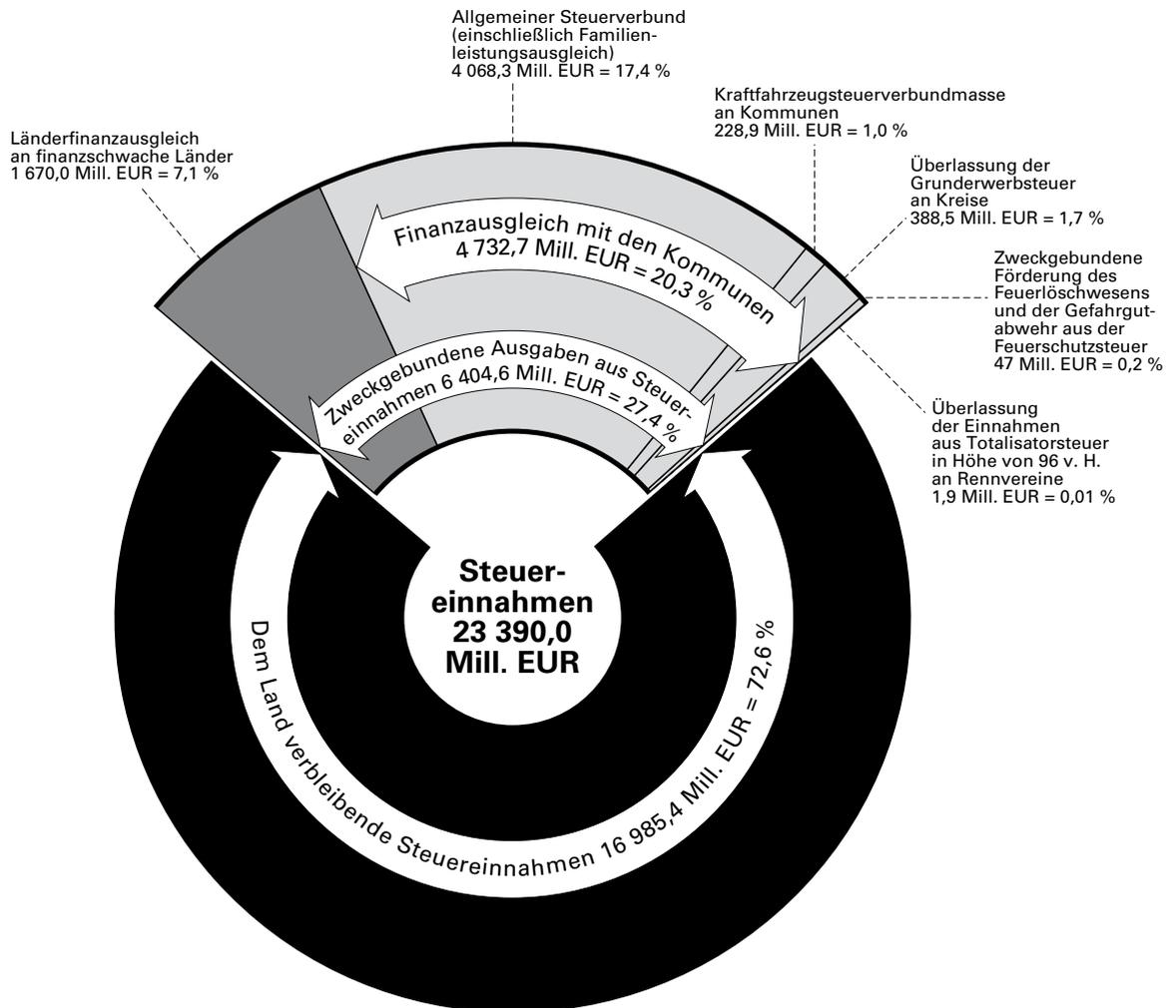
1. Personalausgaben	14 535 Mill. EUR = 41,4 %
2. Zwangsläufige sächliche Ausgaben	
2.1 Bundesgesetze	2 685 Mill. EUR = 7,6 %
2.2 Landesgesetze	9 127 Mill. EUR = 26,0 %
2.3 Sonstige rechtliche Verpflichtungen	5 147 Mill. EUR = 14,7 %
2.4 Durchlaufende Mittel	1 839 Mill. EUR = 5,2 %
2.5 Sächliche Verwaltungsausgaben	1 425 Mill. EUR = 4,1 %
zusammen	20 223 Mill. EUR = 57,6 %
3. Übrige Sachausgaben ¹⁾	370 Mill. EUR = 1,0 %
4. Gesamtausgaben	35 128 Mill. EUR

¹⁾ Nach Abzug der Globalen Minderausgaben.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Steuereinnahmen und die davon abhängigen Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2010/11

Anlage 7

Planentwurf 2010



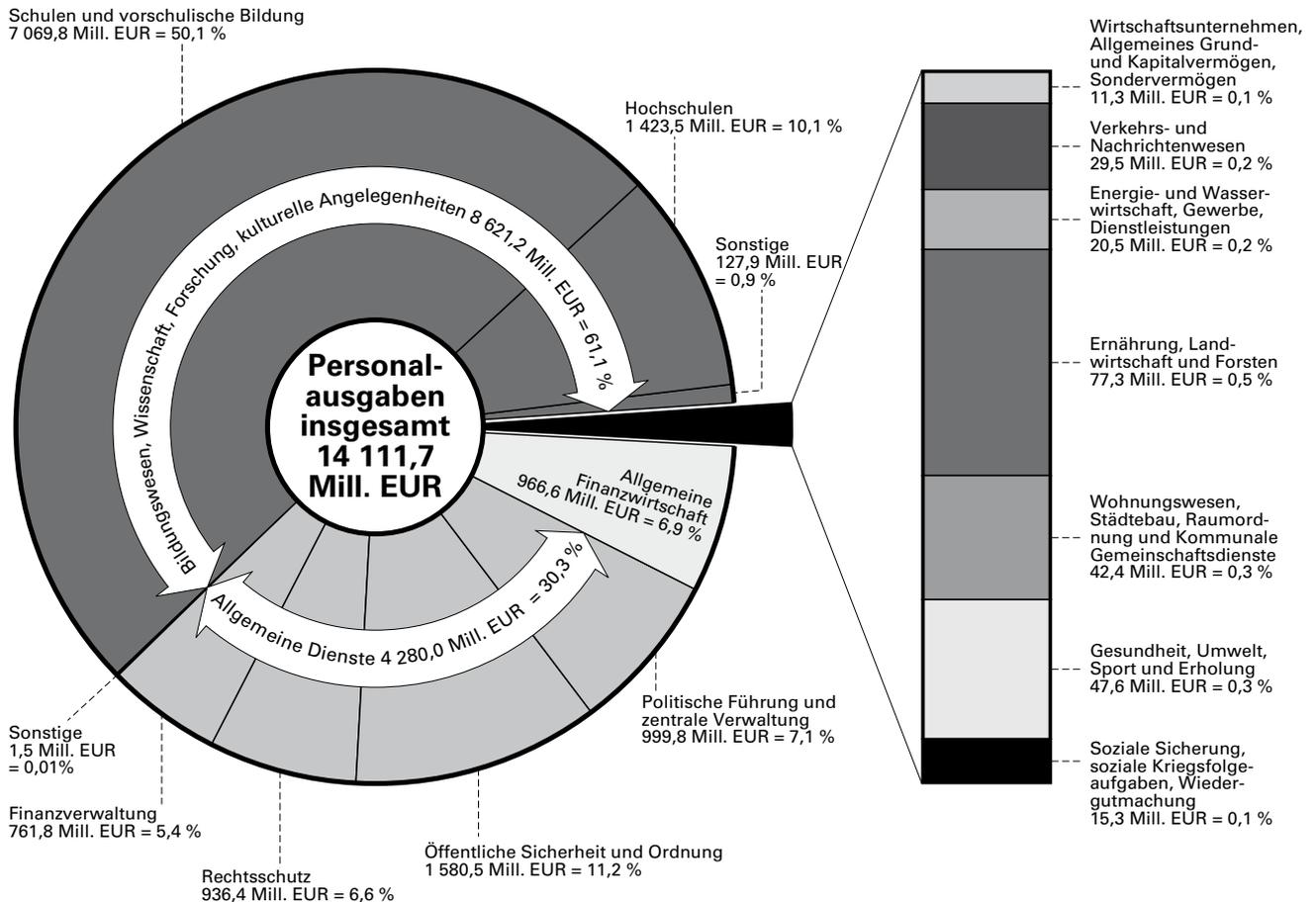
Planentwurf 2011

Steuereinnahmen	23 820,0 Mill. EUR :
Länderfinanzausgleich an finanzschwache Länder	1 700,0 Mill. EUR = 7,1 %
Allgemeiner Steuerverbund (einschließlich Familienleistungsausgleich).....	4 193,7 Mill. EUR = 17,6 %
Überlassung der Grunderwerbsteuer an Kreise	396,8 Mill. EUR = 1,7 %
Kraftfahrzeugsteuer – Verbundmasse an Kommunen	228,9 Mill. EUR = 1,0 %
Zweckgebundene Förderung des Feuerlöschwesens und der Gefahrgutabwehr aus der Feuerschutzsteuer.....	49,0 Mill. EUR = 0,2 %
Finanzausgleich mit den Kommunen	4 868,4 Mill. EUR = 20,5 %
Überlassung der Einnahmen aus Totalisatorsteuer in Höhe von 96 v. H. an Rennvereine.....	1,9 Mill. EUR = 0,01 %
Zweckgebundene Ausgaben aus Steuereinnahmen	6 570,3 Mill. EUR = 27,6 %
Dem Land verbleibende Steuereinnahmen.....	17 249,7 Mill. EUR = 72,4 %

Personalausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2010/11 nach Aufgabenbereichen

Anlage 8

Planentwurf 2010



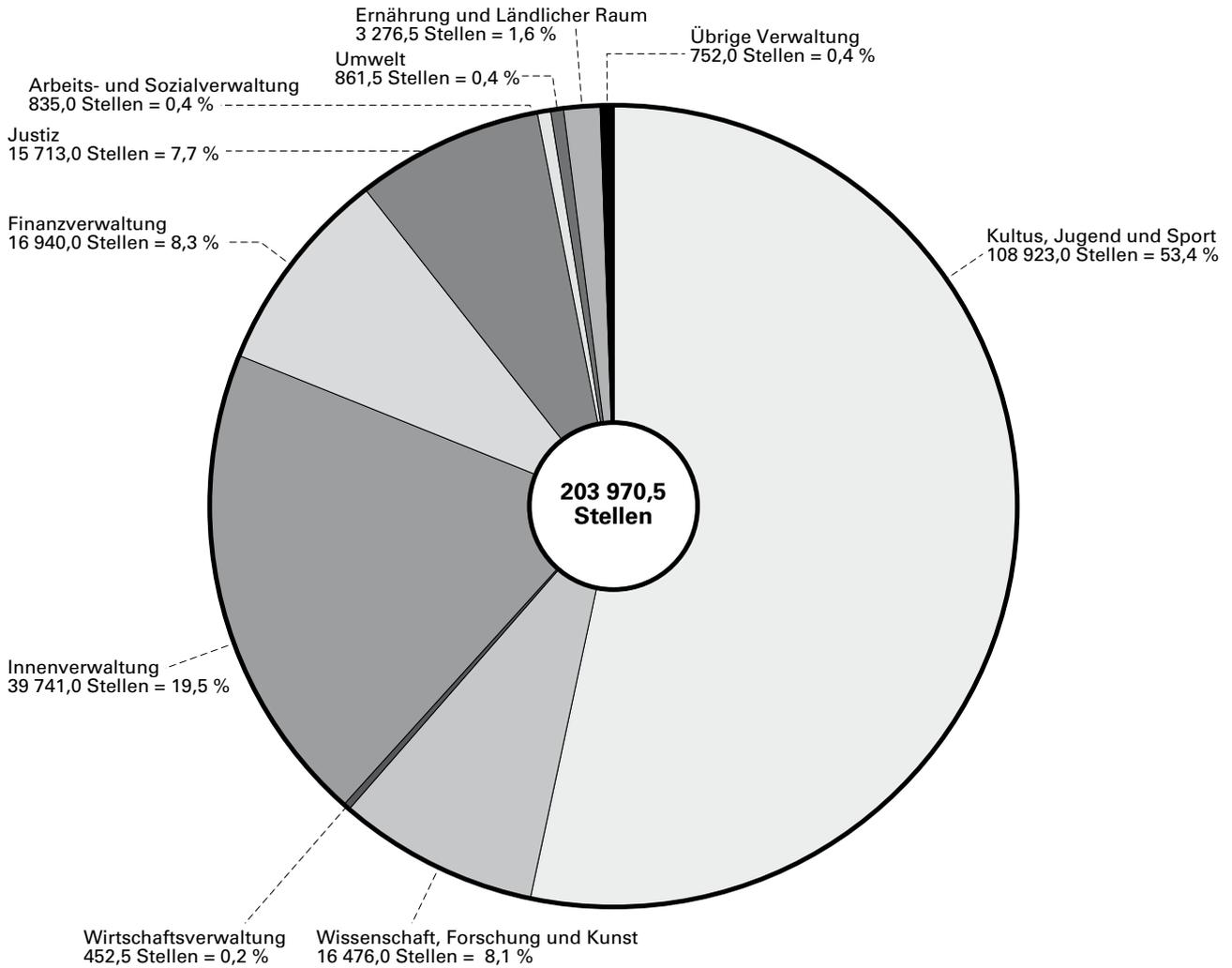
Planentwurf 2011

Personalausgaben insgesamt.....	14 535,3 Mill. EUR = 100 %	3. Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	15,4 Mill. EUR = 0,1 %
1. Allgemeine Dienste.....	4 372,4 Mill. EUR = 30,1 %	4. Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	47,5 Mill. EUR = 0,3 %
davon:		5. Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und Kommunale Gemeinschaftsdienste.....	42,2 Mill. EUR = 0,3 %
Politische Führung und zentrale Verwaltung.....	1 051,8 Mill. EUR = 7,2 %	6. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.....	77,4 Mill. EUR = 0,5 %
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1 591,2 Mill. EUR = 11,0 %	7. Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	20,5 Mill. EUR = 0,1 %
Rechtsschutz	949,8 Mill. EUR = 6,5 %	8. Verkehrs- und Nachrichtenwesen.....	29,7 Mill. EUR = 0,2 %
Finanzverwaltung	778,0 Mill. EUR = 5,4 %	9. Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	11,2 Mill. EUR = 0,1 %
Sonstige	1,6 Mill. EUR = 0,01 %	10. Allgemeine Finanzwirtschaft.....	941,6 Mill. EUR = 6,5 %
2. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	8 977,4 Mill. EUR = 61,8 %		
davon:			
Schulen und vorschulische Bildung	7 382,4 Mill. EUR = 50,8 %		
Hochschulen	1 466,9 Mill. EUR = 10,1 %		
Sonstige	128,1 Mill. EUR = 0,9 %		

Personalstellen nach dem Entwurf des Staathaushaltsplans 2010/11

Anlage 9

Planentwurf 2010



Planentwurf 2011

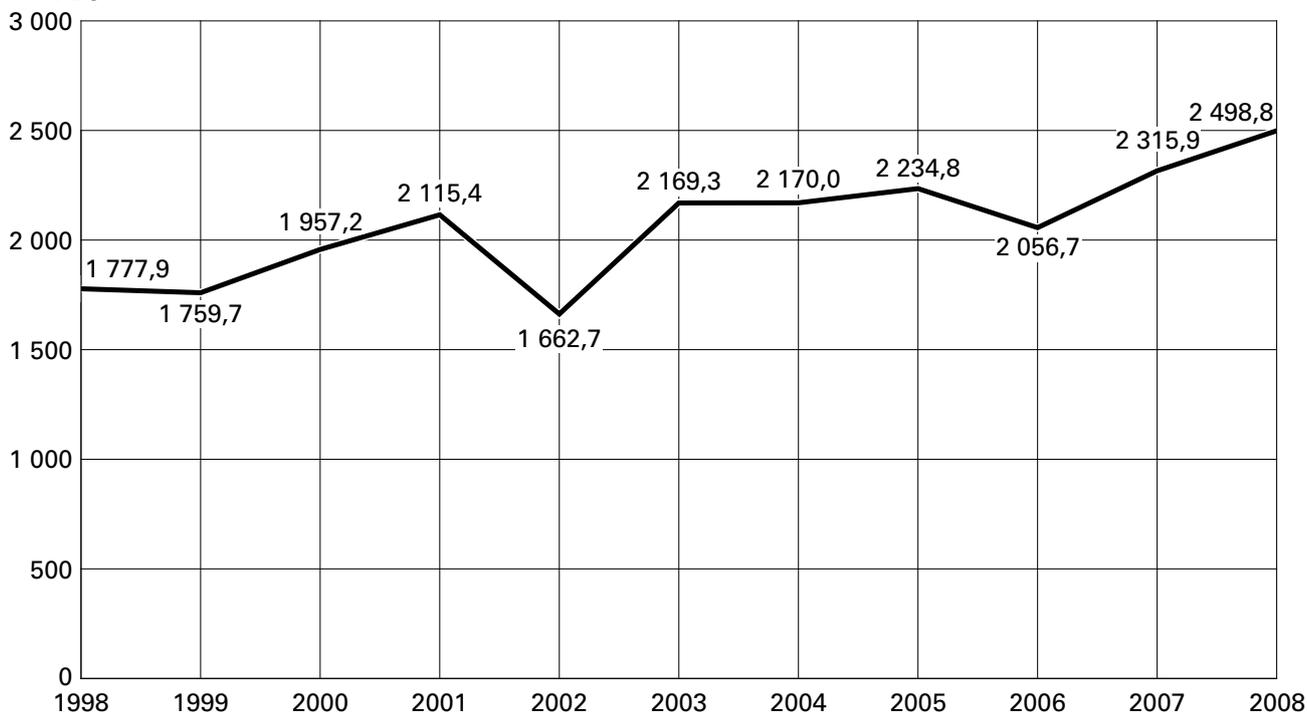
Bereich	Stellen	Anteil in %
Innenverwaltung	39 436,5	19,2
Kultur, Jugend und Sport	110 700,0	53,8
Justiz	15 702,5	7,6
Finanzverwaltung	16 925,0	8,2
Wirtschaftsverwaltung	452,5	0,2
Ernährung und Ländlicher Raum	3 267,5	1,6
Arbeits- und Sozialverwaltung	834,0	0,4
Umwelt	862,5	0,4
Wissenschaft, Forschung und Kunst	16 740,0	8,2
Übrige Verwaltung	752,0	0,4
Zusammen	205 672,5	100,0

Finanzausgleich unter den Ländern 1998 bis 2008

Anlage 10

Beiträge des Landes für ausgleichsberechtigte Länder

Mill. EUR



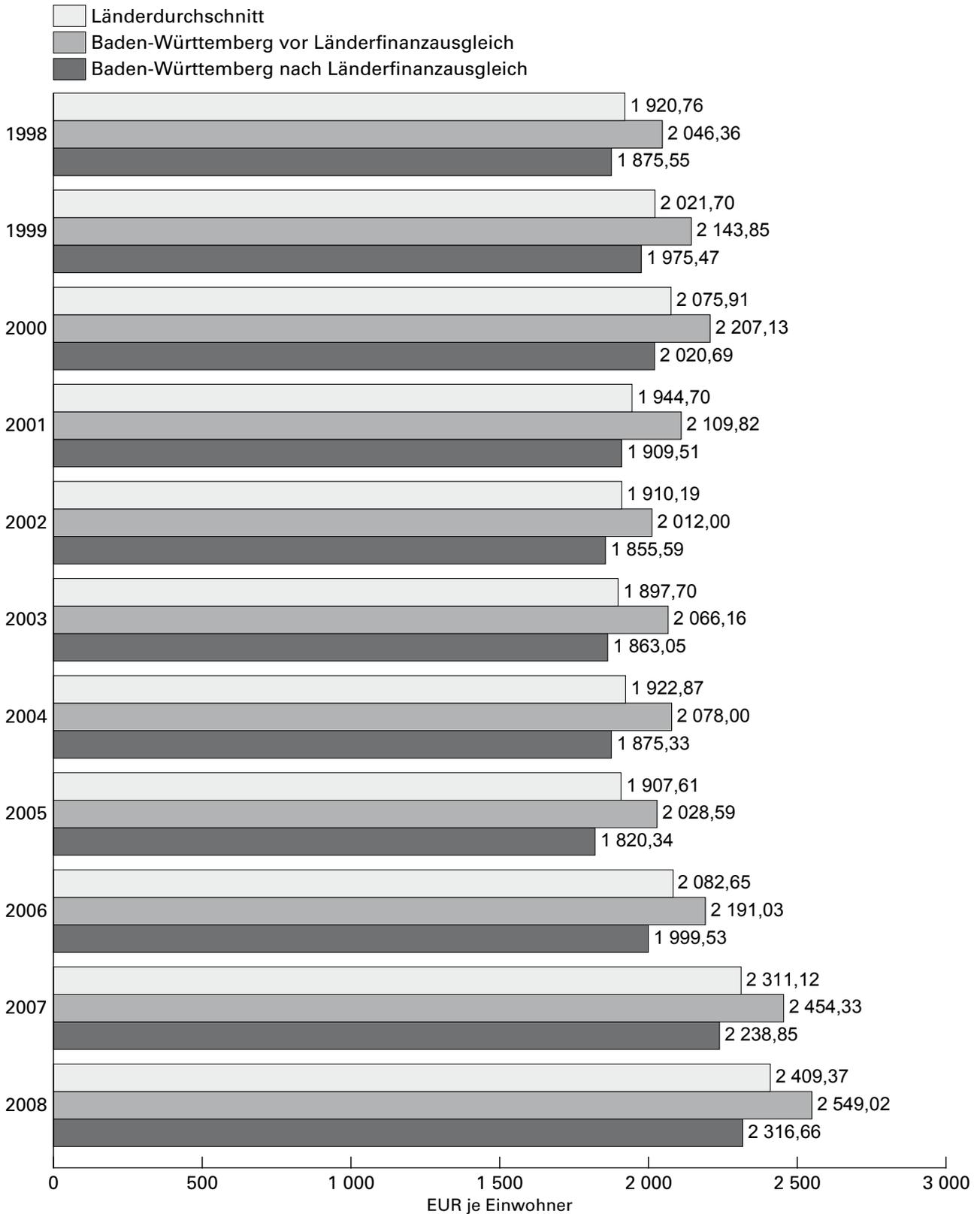
Anteile der ausgleichspflichtigen und ausgleichsberechtigten Länder*)

Land	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Ausgleichspflichtige Länder											
Baden-Württemberg	1 777,9	1 759,7	1 957,2	2 115,4	1 662,7	2 169,3	2 170,0	2 234,8	2 056,7	2 315,9	2 498,8
Bayern	1 486,5	1 635,3	1 884,1	2 276,8	2 047,5	1 859,2	2 315,4	2 234,2	2 093,1	2 310,8	2 923,5
Hamburg	314,3	344,9	556,0	268,1	197,1	656,0	578,0	383,3	622,6	367,5	370,9
Hessen	1 758,2	2 432,6	2 734,4	2 629,5	1 910,2	1 875,8	1 528,6	1 605,6	2 418,0	2 884,6	2 470,1
Nordrhein-Westfalen	1 583,0	1 317,5	1 141,2	277,9	1 628,1	49,6	212,9	489,9	131,6	37,7	-
Schleswig-Holstein	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	6 920,0	7 490,0	8 272,9	7 567,7	7 445,5	6 609,8	6 804,8	6 947,8	7 322,0	7 916,5	8 263,4
Ausgleichsberechtigte Länder											
Bayern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bremen	466,4	340,1	442,1	401,5	406,5	346,2	330,8	366,2	416,9	471,1	505,3
Niedersachsen	402,9	531,8	568,1	951,6	487,4	392,4	446,2	363,3	239,8	317,9	316,7
Hamburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	54,3
Rheinland-Pfalz	219,4	194,8	391,6	229,3	419,1	259,2	190,4	293,9	346,1	342,6	374,0
Saarland	116,4	152,5	166,7	145,5	139,2	106,6	115,7	112,6	115,3	124,9	116,4
Schleswig-Holstein	-	88,8	185,1	59,6	111,6	16,1	102,2	146,2	123,7	136,1	176,7
Sachsen	1 019,4	1 121,7	1 181,9	1 031,3	1 047,1	936,1	929,8	1 020,2	1 078,0	1 164,9	1 157,5
Sachsen-Anhalt	617,3	671,9	711,4	590,9	606,8	519,7	531,6	587,0	590,2	627,1	626,6
Thüringen	595,1	611,7	670,1	573,2	571,1	499,6	517,5	581,0	616,6	644,4	636,9
Brandenburg	534,0	587,5	644,0	498,0	540,8	502,1	534,3	588,3	611,2	674,7	620,7
Mecklenburg-Vorpommern	448,5	463,9	499,6	434,1	439,0	393,1	403,4	433,5	475,2	512,8	538,4
Berlin	2 500,7	2 725,3	2 812,3	2 652,8	2 676,9	2 638,8	2 702,9	2 455,5	2 709,0	2 900,1	3 139,8
Zusammen	6 920,0	7 490,0	8 272,9	7 567,7	7 445,5	6 609,8	6 804,8	6 947,8	7 322,0	7 916,5	8 263,4

*) Evtl. Differenzen in den Summen beruhen auf dem Runden der Zahlen.

Steuereinnahmen*) des Landes vor und nach dem Finanzausgleich unter den Ländern im Vergleich mit den durchschnittlichen Steuereinnahmen*) der Länder 1998 bis 2008

Anlage 11

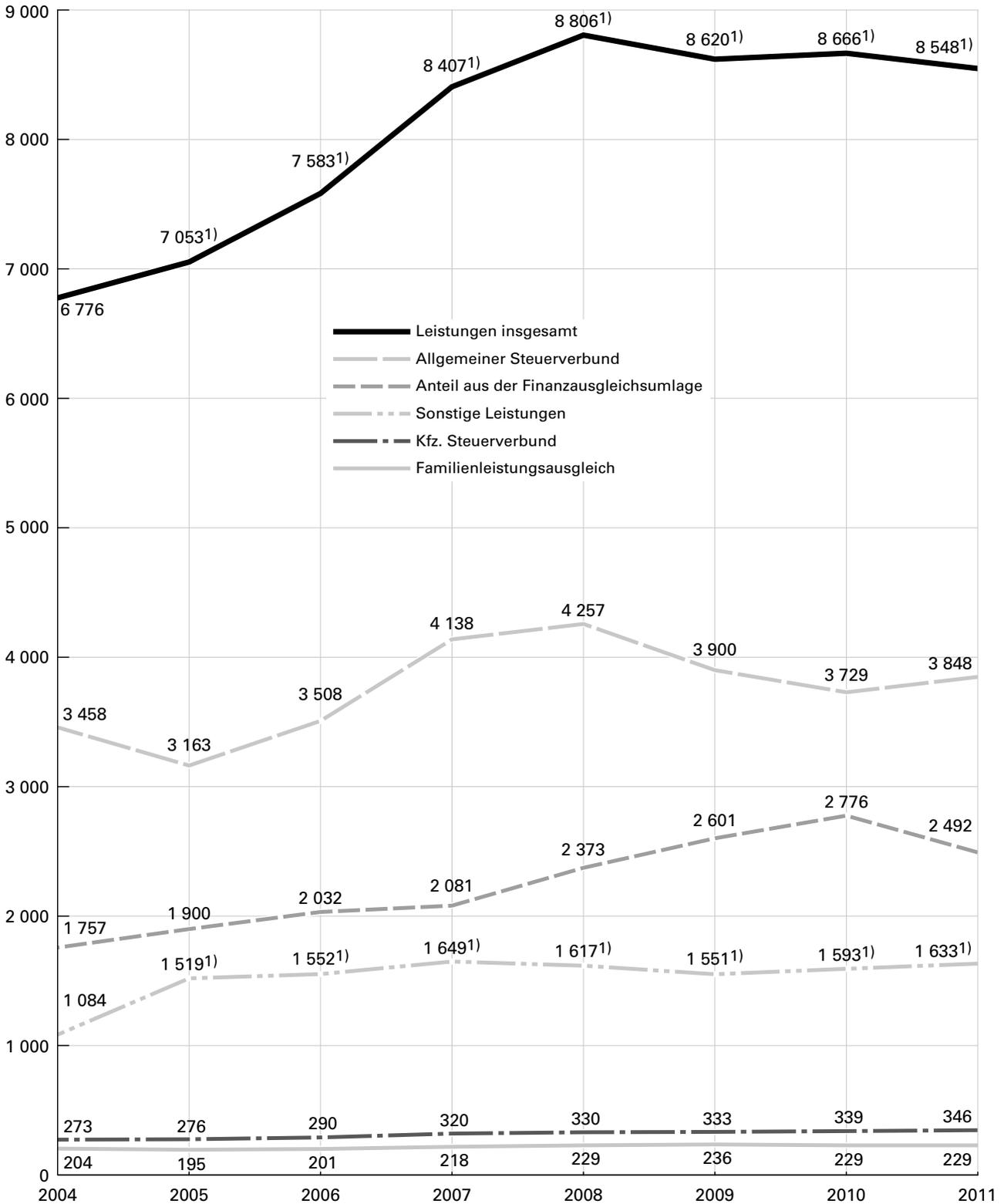


*) Einschließlich Spielbankabgabe und Förderabgabe (vor Abzug der Hafencosten bzw. der Prämie).

Ausgaben des Landes für Leistungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände 2004 bis 2011

Anlage 12

Mill. EUR



2004 bis 2008 : Ist-Ergebnisse
 2009: 3. Nachtrag zum Staatshaushaltsplan
 2010/11: Entwurf Staatshaushaltsplan

1) Einschließlich Ausgleich für die Verwaltungsstrukturreform.

Vorschlag

der Fraktion GRÜNE

Umbesetzung im Finanzausschuss

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Finanzausschuss	stellvertretendes Mitglied	Lehmann	Neuenhaus

17. 12. 2009

Winfried Kretschmann und Fraktion